

PROTOKOLL

über die 3. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

**am Donnerstag, 11. Dezember 2003, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatssitzungssaal.**

Beginn der Sitzung: 9.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Gerhard Bremm, Ing. Dietmar Spanring

STADTRÄTE/IN: Wilhelm Hauser, Gunter Mayrhofer, Walter Oppl, Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE: DI Christian Altmann, Kurt Apfelthaler, Karl Baumgartner, Rudolf Blasi, Dr. Braunsberger-Lechner Birgitta, Roman Eichhübl, Ute Fanta, Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Gerald Hackl, Ing. Franz-Michael Hingerl, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Hans Payrleithner, Rosa Rahstorfer, Dr. Michael Schodermayr, Rudolf Schröder, Mag. Erwin Schuster, Silvia Thurner, Eva-Maria Wührleitner, Mag. Helmut Zöttl

VOM AMT: MD OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Golda, OMR Mag. Helmut Lemmerer, OMR Mag. Augustin Zinedner, Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT: GR Rudolf Kohl

PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

TAGESORDNUNG:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER
- 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 4) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS
- 5) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE
- 6) AKTUELLE STUNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

- 1) GHJ2-66/03 Abschluss eines Nutzungsvertrages mit der Ersten gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung über die Wohnung Nr. 7 im Haus Azwangerstr. 30 zur Errichtung einer Dienstwohnung für den Hauswart der Stadthalle Steyr.
- 2) GHJ2-68/03 Umbau der Dienstwohnung des Hallenwartes der Stadthalle Steyr.
- 3) Fin-7/03 Kulturverein Röda Steyr; einmalige, außerordentliche Subvention.

4) Fin-62/03 Kulturzentrum AKKU, Steyr, einmalige, außerordentliche Subvention.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

1) SH-370/01 Seniorenpass; Kostenbeitragsanpassung.

2) SH-407/03 Aktion „Essen auf Rädern“; Reparaturkosten für Zustellfahrzeug; Kreditübertragung.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

3) GHJ2-10/03 Zweite Etappe Fenstertausch und Vollwärmeschutz Volks- und Hauptschule Tabor.

4) Sport-11/00 Stadthalle Steyr, Tarifordnung für Tiefgaragennutzung.

5) GHJ2-55/03 Anmietung von Büroräumlichkeiten im 3. Obergeschoss des Hauses Stadtplatz 31.

6) ÖAG-17/03 Verkauf des neu geschaffenen Grundstückes 721/2, Grundbuch Gleink, an die Dr. Rudolf Streicher Privatstiftung.

7) GemAbf-143/94 Anpassung der Deponieordnung und der Deponietarifordnung der Stadt Steyr an das AWG 2002 und die Deponieverordnung 1996 des Bundes.

8) GemAbf-1/03 Erlassung einer neuen Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

9) Präs-882/03 OÖ. Gemeindebediensteten-Schutzgesetz; Bestellung einer Kommission und deren Ersatzmitglieder.

10) Präs-166/00 Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977; Adaptierung der Betriebsvereinbarung betreffend Altersteilzeitgeld gem. §§ 27 u. 28 Arbeitslosenversicherungsgesetz.

BERICHTERSTATTER STADTRAT WILHELM HAUSER:

11) Stw-98/03 Bilanz und G&V Stadtwerke Steyr 2002.

12) Stw-103/03 Kooperationsvereinbarung zum RIO (Regionales Innovationssystem OÖ); Projekt – ARISTA – Beziehungsmanagement - als Vernetzungsprojekt FTI (Forschung, Technologie, Innovation) mit 6 Projektpartnern.

13) Stw-92/03 Stadtbad Steyr; Preisanpassung Freibad per 1. 5. 2004.

14) Stw-99/03 Städt. Wasserwerk; Wassergebührenordnung; Änderung der Anschlussgebühren zum 1. 1. 2004.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

15) K-1/03 Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther 2002“; Auszeichnung der Stadt Steyr für besondere Verdienste in der Denkmalpflege.

16) GemKan-27/97 Kanal-Anschlussgebührenordnung; Änderung zum 1. 1. 2004.

17) BauT-2/02 Kanalisation Innenstadt – Teil 2; Auftragserweiterung und Mittelfreigabe für zusätzliche Leistungen.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. FORSTENLECHNER DAVID:

18) Wi-8/03 Tourismuskommission Steyr; Neuernennung der Mitglieder.

19) GemHun-1/00 Hundeabgabeordnung der Stadt Steyr.

20) Fin-208/01 BMW-Motoren GmbH und BMW Österreich Holding GmbH; Hinterbergerstraße 2, 4400 Steyr; Förderung der 7. Ausbaustufe.

21) Fin-100/03 Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2004.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste, ich darf die heutige GR-Sitzung eröffnen und möchte die ordnungsgemäße Einberufung feststellen und auch die Beschlussfähigkeit feststellen. Als Protokollprüfer sind heute genannt Herr GR Gerald Hackl und Herr GR Roman Eichhübl. Entschuldigt ist der Herr GR Rudolf Kohl.

Ich komme damit zu Punkt 2), Beantwortung von allfälligen Anfragen.

Frau Gemeinderätin Dr. Birgitta Braunsberger Lechner von der ÖVP-Gemeinderatsfraktion richtete mit Schreiben vom 4. 12. 2003 folgende Anfrage an mich, die ich zuständigkeithalber an Herrn Vizebürgermeister Bremm weitergeleitet habe und ihn ersuche, diese zu verlesen und zu beantworten.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Anfrage von Frau GR Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner lautet:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Auf Anfragen von StR Gunter Mayrhofer, wer Eigentümer der Gebäude der HBLA und HAK ist, war es weder der Stadtverwaltung noch ihnen bekannt, dass die Stadt Eigentümerin des Objektes Bundesschulzentrum Werndlstraße ist. Aufgrund der prekären budgetären Situation ist es unerlässlich, über den Vermögensstand der Stadt Steyr im Detail informiert zu sein. Geschätzte 1000 Objekte stehen im Eigentum der Gemeinde. In Zeiten der Budgetknappheit ist es unerlässlich, über Reserven Bescheid zu wissen. Aus oben angeführten Gründen stellen wir folgende Anfrage:

1. Gibt es eine Auflistung der städtischen Liegenschaften?
2. Wenn nicht, ersuchen wir um Erstellung und Übermittlung einer lückenlosen städtischen Liegenschaftsaufstellung.

Bitte um Beantwortung meiner Fragen.

Hiezu kann ich Folgendes berichten:

Zu 1)

Selbstverständlich gibt es eine Aufstellung sämtlicher Immobilien der Stadt, getrennt nach Grundstückseigentum, Gebäudeeigentum, angemieteten Objekten und jenen Objekten, die im Eigentum der Stadt und in Verwaltung der GWG stehen.

Selbstverständlich, es sind ja auch Steuern und Instandhaltung und was weiß ich alles zu machen. Das wissen natürlich die Stadt und die zuständigen Fachabteilungen ganz genau. Da gibt es auch eine Auflistung, die im Computer geführt wird. Wir haben auch darüber gesprochen, dass wir diese auch für uns auflisten und dann ein Gespräch darüber führen, damit das auch diskutiert werden kann.

Zu 2)

Diese Auflistung habe ich in Händen und sie können jederzeit bei mir in diese Einsicht nehmen.

Vielleicht zur HBLA, HAK, möchte ich schon einiges sagen, weil es so dargestellt worden ist, wie wenn diese im Eigentum der Stadt Steyr sind und jetzt wir in budgetären Schwierigkeiten sagen, dass

wir vielleicht die Schule verkaufen können an irgendeinen Makler oder so was. Das ist ja nicht der Fall und daran ist auch nicht gedacht. Ich möchte nur darüber informieren, wieso dass da doch ein etwas eigenartiger Eindruck entstanden ist. Es wurde 1974 mit dem Bund, bei der seinerzeitigen Errichtung der HAK und HBLA eine Vereinbarung getroffen, dass die Stadt die Vorfinanzierung übernimmt, dieses Gebäude errichtet wird und der Bund dann in 15 Jahren die Finanzierung, also die Kosten, inklusive Steuern udgl. an das Magistrat zurückbezahlt. Das ist in einer Vereinbarung so niedergeschrieben worden. Dann hat es ein paar Nachträge gegeben, wie das so der Fall ist und es ist dort vereinbart gewesen, dass der Bund alle Leistungen, Instandhaltungen, Wartungen zu übernehmen hat. Aus Bundesgründen, weil es mit der Immobilien GesmbH. und dgl. nicht ganz einfach ist da übereinzukommen, hat der Bund die Option das Gebäude in das Eigentum des Bundes zu übernehmen, ist der dem nicht so nachgekommen. Das ist geschoben und geschoben worden und damit ist das auch ein bisschen aus dem Auge und aus dem Gedächtnis gerückt und kein Mensch in der Stadt hat eigentlich das so im Bewusstsein gehabt, außer dass der Grund, die Hälfte des Grundes, tatsächlich im Eigentum der Stadt Steyr ist, dass aber das Gebäude, das vom Bund in Auftrag gegeben worden ist die Stadt vorfinanziert hat, mittlerweile ja nach 15 Jahren abbezahlt worden ist auf Punkt und Beistrich, dass das rein formalrechtlich jetzt noch im Eigentum der Stadt Steyr ist. In Wirklichkeit hat es der Bund bezahlt und er hat auch vertraglich abgesichert, wenn der Bund das in das Eigentum übernehmen will, dass das ohne irgendwelches Entgelt, ohne finanzielle Abgeltung, auch so geschehen soll. So ist der Stand. Es mag schon ein bisschen verwirrend sein. Die Situation ist nicht einfacher geworden durch die Bundesimmobilien Gesellschaft, wo da zwischen Ministerium und der Bundesimmobilien Gesellschaft wenn da Eigentum verschoben wird, dass da Mieten zu bezahlen sein sollten, also, das ist nicht einfacher geworden. Aber aus Sicht der Stadt gehört das dem Bund, der hat das auch finanziert, aber formalrechtlich gehört es der Stadt. Sie haben da irgendwo im Grundbuch geschaut, Frau Doktor, und da steht die Stadt Steyr als Eigentümerin drinnen. Wir haben uns nie so gefühlt, weil das auch im Vertrag anders vereinbart war, dass jetzt wir auf einmal Besitzer eines großen Komplexes wären. Es wäre für die Stadt schön, wenn wir wirklich Eigentümer wären und wir könnten vom Bund dementsprechende Mieten für die HAK und HBLA einheben. Das wäre ja nicht unangenehm, gerade in Zeiten wie es jetzt der Fall ist. Aber so ist das leider nicht.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Faktum ist, dass die Eigentümerin die Stadt Steyr ist und Faktum ist, dass die Verwaltung der Stadt Steyr nicht davon gewusst hat. Ich habe bereits im Finanz- und Rechtsausschuss gefragt ob eine Liegenschaftsauflistung vorhanden ist, davon ist mir nichts gesagt worden, dass eine vorhanden ist. Warum haben sie mir damals, wo ich schon angefragt habe ob ich in eine vorliegende Liste Einsicht nehmen kann, nicht die Einsichtnahme gewährt?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Also wissen sie Frau Doktor, das ist schon eine Unterstellung die hier in den Raum gestellt wird, dass die am Magistrat so bescheuert sind und wissen nicht, was ihnen gehört. Das muss ich ehrlich sagen, das muss ich schon massiv zurückweisen. Wir wissen ganz genau, bis auf jeden Quadratmeter Grund und jedes einzelne Gebäude, so klein es auch ist, was im Eigentum der Stadt Steyr ist. Das wissen wir ganz genau. Ob es genau auf einem Zettel aufgelistet ist, das ist ja heute nicht mehr zeitgemäß. Aber dass alle diese Liegenschaften und Objekte in unserem Computer, in der EDV gespeichert sind, na net, selbstverständlich ist das so. Das ist auch nie anders dargestellt worden. Ob jeder einzelne Magistratsbeschäftigte und jeder einzelne politisch Tätige in der Gemeinde das weiß, das glaube ich nicht, weil über 1.000 Objekte, das werden sie sich auch in einer Woche nicht merken, wenn ich ihnen jetzt den Zettel gebe und nachher eine Prüfung mache. Wir wissen das ganz genau. Ich habe versucht das Gebäude HAK und HBLA darzustellen warum das eine eigenartige Situation darstellt. In Wirklichkeit hat es der Bund bezahlt. Auf Punkt und Beistrich und mit Zinsen. Nur hat er aufgrund der vertraglichen Situation nicht auf die Option zurückgegriffen das in das Eigentum des Bundes zu übernehmen. Das ist der einzige Punkt. Aber bezahlt und die Instandhaltung, die Wartung und die laufenden Aufwendungen die auf dem Gebäude sind, hat natürlich der Bund bezahlt.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Meine Zusatzfrage war ja eigentlich, warum mir die Einsichtnahme in diese Liste nicht gewährt wurde.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich habe gerade zuerst gesagt, mit dem Kollegen Mayrhofer müsst ihr ein bisschen besser kommunizieren.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Eine Zusatzfrage ist möglich und die ist beantwortet worden. Damit schreiten wir bei unserer GR-Sitzung weiter. Ich bitte um Ruhe.

Eine weitere Anfrage mit Schreiben vom 4. 12. 2003 richtete Frau Gemeinderätin Eva Wührleitner von der ÖVP-Gemeinderatsfraktion an mich. Ich habe diese an Frau Vizebürgermeisterin Friederike Mach weitergeleitet und ersuche sie, diese zu verlesen und zu beantworten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Auch ich möchte einen schönen guten Morgen sagen. Die Anfrage lautet:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!

Vor der Gemeinde- und Landtagswahl im September 2003 wurde Vertretern des Schulvereines der Kreuzschwestern Zusagen für höhere Unterstützung für die privaten Kindergärten gemacht. Nach der Gemeinderatswahl wurde den Vertretern seitens der Stadt Steyr schriftlich mitgeteilt, dass es keine Aufstockung der Subventionen für den Kindergarten der Kreuzschwestern geben wird.

Die Fragen lauten:

1. Stimmen diese Angaben und ist es richtig, dass die durchschnittlichen jährlichen Zuschüsse pro Kind bei den Kreuzschwestern € 174,00 und bei den öffentlichen Kindergärten € 3.079,00 betragen?
2. Ist es richtig, dass im Gegensatz zum Abgang des Magistratskindergartens von € 3.079,-- sich die Stadt Steyr aufgrund der kostensparenden Haushaltsführung des Kreuzschwesternkindergartens € 2.213,-- jährlich pro Kind ersparen würde (für 46 Kinder, die derzeit noch im Kreuzschwesternkindergarten betreut werden, sind dies an Ersparnis für die Stadt € 101.798,--).
3. Sollten diese Zahlen stimmen, was werden sie unternehmen, um die Kosten der öffentlichen Kindergärten zu senken?
4. Warum bekommen die Antragsteller erst nach einem ¾ Jahr eine schriftliche Mitteilung über eine Nichtaufstockung der Subvention, obwohl dieser Antrag nie im Gemeinderat oder Stadtsenat behandelt wurde?

Ich komme nun zur Anfragebeantwortung.

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin Wührleitner,

grundsätzlich ist für mich als Sozialreferentin nicht nur beim Thema „Kinderbetreuung“ Voraussetzung, dass zum einen seriös mit Zahlen und Daten umgegangen wird, und zum anderen, dass nicht Äpfel mit Birnen verglichen werden. Lassen wir daher die Kirche im Dorf und reden wir von Fakten, die ehrlich und aufrichtig sowie logisch nachvollziehbar sind.

Denn die Kinderbetreuung ist mir ein zu verantwortungsvoller Bereich, um hier nicht mit Zahlenspielerien Stimmungsmache betreiben zu wollen, wobei die von ihnen angeführten Zahlenmaterialien, die die Stadt betreffen, meines Erachtens und nach Prüfung durch die Finanzabteilung noch dazu nicht schlüssig sind und daher auch nachweislich nicht stimmen.

Nachdem die Anfrage komplexerer Natur ist, erlaube ich mir als Gesamtresümee kurz festzuhalten, dass ich ihnen nur in einem Punkt zustimmen kann, nämlich dass auf den ersten Blick die Ausgaben im Kreuzschwesterkindergarten geringer sein werden und so sich simpler darstellen lassen als in den stadteigenen Kindergärten.

Es muss ja so sein, da in den Städtischen Kindergärten ein bedeutsames, über die Stadt hinaus anerkanntes und signifikant unterschiedlicheres Leistungsspektrum angeboten wird und im Vergleich zu den Kreuzschwestern gegeben ist.

Ich nenne hier stellvertretend für den umfangreichen Leistungskatalog längere Öffnungszeiten,

Sommerbetrieb,
Sonderleistungen wie Logopädische Betreuung,
Betreuung durch Sonderkindergärtnerinnen,
Integrationskräfte.

Diese Liste ließe sich gerne noch fortsetzen, doch verbleiben wir in der Kürze beim Wesentlichen. All diese über den normalen Betreuungsmaßstab hinausreichenden Leistungen stellen eine soziale Errungenschaft dar, die den Steyrer Bürgerinnen und Bürgern unabhängig von ihrer wirtschaftlichen und sozialen Leistungskraft ohne soziale oder ethische Schranken zugänglich sind. Der Zugang zu vorschulischen Bildungseinrichtungen, wie sich unsere Kindergärten darstellen, ist für mich ein politisches und zutiefst soziales Anliegen. Wir haben ein höchst qualifiziertes pädagogisches Kindergartenpersonal.

Das bisher Ausgeführte stellt naheliegende und ausreichende Gründe dar, dass höhere Ausgaben bestehen. Das möchte ich gar nicht abstreiten.

Aber nun im Detail:

Zu Frage 1:

Die angeführten Daten betreffen einerseits die stadt eigenen Kindergärten und andererseits die Kreuzschwesterkindergärten.

Für die Richtigkeit der Daten des Kreuzschwesterkindergartens kann keine Beurteilung abgegeben werden, da kein offizieller Rechnungsabschluss vorliegt.

Die angeführten Daten der städtischen Kindergärten stimmen insofern nicht, als im Budgetentwurf keine Kennzahlen wie Ausgaben je Kind enthalten sind.

Gerne gebe ich ihnen jedoch die korrekten Zahlen des ordentlichen Haushaltes für den Teilabschnitt 240000 Kindergärten und Tagesheimstätten bekannt. Nämlich an Ausgaben 3,423.301 Euro und an Einnahmen 1,533.900 Euro pro Jahr.

Darüber hinaus weise ich darauf hin, dass Zahlen des Budgets Einzahlungen und Auszahlungen beinhalten und keine Kosten. Aus diesem Grund sind sämtliche mit Kosten angeführte Zahlen des von ihnen vorgebrachten Vergleiches nicht richtig und haben daher keinen Tatsachengehalt und dienen auch nicht einer redlichen Auseinandersetzung.

Zu Frage 2:

Ich erlaube mir auszuführen, dass die die Stadt Steyr betreffenden und dargestellten Daten nicht richtig und korrekt wiedergegeben sind, wodurch natürlich auch die genannten vermeintlich erzielbaren Ersparnisse denklogisch nicht richtig sein können.

Denn die Aussage der Einsparung aus dem Blickwinkel der vorhandenen Kapazitäten ist grundsätzlich ebenfalls nicht richtig. So hat die Stadt Steyr in den benachbarten Kindergärten freie Kapazitäten, womit sämtliche der genannten 46 Kinder des Kreuzschwesterkindergartens mitbetreut werden könnten, was einerseits eine Verbesserung im Bereich der Fixkosten zur Folge hätte und andererseits eine Reduzierung des Subventionsbereiches ebenfalls bedeuten würde. Es soll jedoch meiner Meinung nach die bestehende Vielfalt unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten erhalten und weiterhin im gegebenen Ausmaß gefördert werden.

Zu Frage 3:

Hinsichtlich Kostensenkung in öffentlichen Kindergärten mag ihnen, aufgrund der Kürze im Gemeinderat, entgangen sein, dass wir ständig aktiv an der Realisierung von Einsparungspotentialen arbeiten, ungeachtet der Frage, ob die von ihnen genannten Zahlen stimmen oder nicht. Gerade damit wir den hohen Leistungsstandard auch in Zukunft beibehalten können, sind wir permanent dazu aufgerufen, die vorhandenen Finanzmittel und materiellen Ressourcen nach den Prinzipien der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit einzusetzen, ohne jedoch unsere soziale Verpflichtung eines gerechten Zugangs zu den Kinderbetreuungseinrichtungen zu vernachlässigen. So verstehe ich Sozialpolitik, die gleichzeitig Entwicklungs- und Bildungspolitik in die Zukunft unserer Jugend ist und eine verantwortungsvolle Investition in die jungen Bürger unserer Stadt ohne sozialen

Unterschied darstellt.

Die Umsetzung von Einsparungspotentialen steht jedoch sehr oft in krassem Gegensatz mit qualitativen Ansprüchen, die an die Kindergartenverwaltung gestellt werden.

So kann sich jeder hier im Saal die Fragen überlegen und vielleicht für sich selbst beantworten, wo man meiner Meinung nach Kosten einsparen könnte.

1. Sollen die Öffnungszeiten der Tagesstätten von 06.30 Uhr bis meistens ca. 18.30 Uhr reduziert werden?
2. Soll das Leistungsangebot der logopädischen Betreuung eingeschränkt bzw. aufgegeben werden?
3. Soll das Leistungsangebot von Sonderkindergärtnerinnen eingeschränkt bzw. aufgegeben werden?
4. Soll das Leistungsangebot eines Sommerbetriebes eingeschränkt oder aufgegeben werden?
5. Soll das Leistungsangebot eines bezahlten Kindertransportes aufgegeben werden?
Soll eine Verknappung der Betreuungsplätze herbeigeführt werden, um den Wert der Betreuungsleistung erhöhen zu können?
6. Soll die Aufnahme von behinderten Kindern eingeschränkt oder aufgegeben werden, um Betreuungspersonal einsparen zu können?
7. Soll vom Prinzip der Bedarfsdeckung abgegangen werden, um die Auslastung der Kindergartengruppen zu maximieren?
8. Soll der demographischen Entwicklung Rechnung getragen werden, sodass die Unterstützung von privatwirtschaftlich organisierten Kindergärten eingeschränkt oder aufgegeben wird?

Denn es kann wohl nicht Ernst gemeint sein, dass wir zugunsten von privaten Betreibern die städtischen Einrichtungen zurückfahren. Die Leistungen der Daseinsvorsorge, und hiezu zählen auch die Kinderbetreuungseinrichtungen, sollen auch in der Zukunft ein autonomer Entscheidungsbereich der Kommunen bleiben. Wir scheuen uns nicht vor Wettbewerb, doch soll ein Vergleich nach tatsächlich vergleichbaren Kriterien angegangen werden.

Und nun zu den grundsätzlichen Problemen:

Die Datenbasis und Dateninhalte

Die Leistungsstruktur und Kennzahlen

Die Rahmenbedingungen für ein Benchmarking.

Zur Datenbasis allgemein möchte ich nur anmerken, dass sie sich auf Budgetwerte beziehen, wobei das Budget ausschließlich Einzahlungen und Auszahlungen beinhaltet. Aus diesem Grund können keine Kosten pro Kind genannt werden, wie sie zum Beispiel im Personalbereich gefordert worden sind. Außer sie wollen nur plakativ und vordergründig Stimmung pro und contra machen.

Denn aus den Daten der Kreuzschwestern geht ebenfalls nicht hervor, ob tatsächlich die Personalkosten angesetzt worden sind oder nicht, denn dann müssten die zur Verfügung stehenden Kreuzschwestern mit dem Wert ihrer Leistung angesetzt werden und nicht mit den tatsächlich anfallenden Ausgaben.

So ist auch aus einer Notiz des Geschäftsführers zu entnehmen, dass in den Ausgaben des Kindergartens keine Miete enthalten ist und dass in Zukunft mit erhöhten Ausgaben im Personalbereich zu rechnen sein wird, weil keine Kreuzschwestern mehr zur Verfügung stehen. Ebenso geht aus ihren übermittelten Unterlagen hervor, dass auch keine Vermögenskosten in Form einer Anlagenabschreibung enthalten sind.

Demgegenüber sind in den Budgetwerten der Stadt sehr wohl Mieten und Leasingraten (z.B. für den neu errichteten Kindergarten in der Leharstraße) enthalten und natürlich auch die gesamten Sanierungsmaßnahmen. Wir haben erst den Kindergarten in Gleink umgebaut, wir haben überall neue Gartengestaltungen gemacht. Das ist bei uns bitte alles enthalten. Dazu möchte ich schon sagen, dass wir in den letzten Jahren für die privaten Kindergärten für die Umbauten über 11 Millionen Schilling an Geldern an privaten Subventionen weitergeleitet haben. Das ist aber da nicht

enthalten in dem Entwurf vom Kreuzschwesternkindergarten.

Und es ist ein wesentlicher Unterschied, bleiben wir beim Personalbereich, ob das Betreuungspersonal oder das Reinigungspersonal gemeint ist oder beide Kostenfaktoren zusammen, wie bei uns.

Zur Leistungsstruktur und Kennzahlen:

Für einen Zeitvergleich kann der Verzicht auf die Abbildung der Leistungsstruktur in einer Kennzahl vertretbar sein. So zum Beispiel Abgang je Kind. Im Falle eines Betriebsvergleiches kann dies nicht mehr gelten. So macht es einen Unterschied, ob die tägliche Öffnungszeit 4, 5, 8 oder 11,5 Stunden beträgt. Es macht aber auch einen signifikanten Unterschied, welche Zusatzleistungen neben der standardmäßigen Betreuung angeboten werden, wie zum Beispiel im städtischen Bereich der Einsatz von Logopädinnen, von Sonderkindergärtnerinnen oder von Integrationskräften. Es macht weiters einen erheblichen Unterschied, ob der Zwang zur Bedarfsdeckung gegeben ist oder ob eine Warteliste geführt werden kann. Es macht darüber hinaus einen gewichtigen Unterschied, ob eine Betreuungsperson eine Gruppe betreut oder ob ein anderer Betreuungsschlüssel besteht. Wie bei uns, wenn wir 11,5 Stunden offen haben, brauchen wir natürlich 2 Kindergärtnerinnen für eine Gruppe und nicht nur eine.

Aus diesen Gründen heraus glaube ich, dass die Ausgaben in den städtischen Kindergärten höher und politisch sowie sozial verantwortbar sind als im Kreuzschwesternkindergarten, denn wir führen Tagestätten mit einer täglichen Öffnungszeit von 11,5 Stunden;
wir bieten eine Betreuung über die Sommermonate an;
wir bieten behinderten Kindern die Möglichkeit, einen Kindergarten zu besuchen;
und wir schließen auch keine Kinder aus, auch wenn das sprachliche Problem und die sozialen sowie kulturellen Unterschiede eine Betreuung erschweren;
und wir versuchen eine 100%ige Bedarfsdeckung den Steyrer Familien zur Verfügung zu stellen.

Zu den Rahmenbedingungen von Benchmarking:

Sollte diese Anfrage ein Auftakt für eine Zusammenarbeit unter den Kindergärten sein und somit „ein Lernen vom Besten“ gestartet werden, so sind dafür die Rahmenbedingungen:

Vertrauen schaffen,
gemeinsame Vergleichsbasis erarbeiten,
im eigenen Betrieb Umsetzungspotentiale entwickeln.

Sollte diese Anfrage lediglich dem Anzapfen von öffentlichen Geldern dienen, dann ist von derartigen Vergleichen Abstand zu nehmen, da nur Äpfel mit Birnen verglichen werden und niemals eine Vertrauensbasis geschaffen werden kann, da Ergebnisse nur zum Nachteil des Anderen ausgenutzt werden.

Zu Frage 4:

Es ist es mir ein Anliegen, einige Äußerungen von ihnen und dem Geschäftsführer des Kreuzschwesternkindergartens ins rechte Licht zu rücken. Richtig ist, dass zwei Besprechungstermine mit Herrn Baumgartner beim Bürgermeister Ing. Forstenlechner stattgefunden haben und zwar am 7. Juli 2003 in meinem Beisein und am 18. September 2003 alleine. Dabei wurden keine finanziellen Zusagen irgendwelcher Art getätigt, außer dass im Rahmen der budgetären Möglichkeiten auch in Hinkunft geholfen werden wird.

Es ist deshalb zutiefst unseriös und einer gedeihlichen Zusammenarbeit nicht dienlich, wenn von ihnen, Frau Gemeinderat Wührleitner, kolportiert wird, dass ein Subventionsansuchen erst nach einem $\frac{3}{4}$ Jahr beantwortet worden sei, obwohl nachweislich die betreffenden Schreiben erst mit Datum vom 30. September bzw. 2. Dezember 2003 abgefasst worden sind. Ich hätte mir von ihnen mehr Fairness im Umgang mit Daten und eine korrektere Faktenerhebung erwartet, bevor eine Anfrage gestellt wird. Danke.

GEMEINDERÄTIN EVA-MARIA WÜHRLEITNER:

Zusatzfrage: Sie sagen, die Zahlen sind nicht vergleichbar. Die Zahlen sind dem Budget entnommen,

die sind belegbar. Meine Frage: „Sind sie bereit, sich mit allen Beteiligten, den Kindergärtnerinnen, den Kindergartenerhalter, den Eltern und Elternvertretern und mit den Verantwortlichen sich an einen Tisch zu setzen, Lösungen zu finden und darüber zu diskutieren? Wenn ja, ist eine Terminierung möglich?“

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich möchte jetzt eines dazu sagen. Mein Bereich sind die städtischen Kindergärten. Ich schätze die privaten Kindergärten nach wie vor. Aber für mich ist einmal mein Betrieb wichtig. Ich muss sagen, wir haben bis jetzt immer eine Subvention an die privaten Kindergärten gegeben. Für mich ist das Schreiben vom Herrn Baumgartner direkt ein präpotentes Schreiben, weil es ist ja kein Ersuchen um eine Erhöhung, es ist eine Forderung. Ich glaube, dass wir dazu aufgerufen sind, schon vorher unsere eigenen Betriebe, wo alle Schichten gehen können. Wir haben 180 Kinder mit Nullbeiträgen. Wir müssen für alle Kinder da sein, das ist unsere oberste Aufgabe. Ich sehe nicht ein, ich habe Verschiedenes jetzt lange und breit ausgeführt, damit ich diskutieren soll, warum ein Kreuzschwesterkindergarten, wenn zuerst um Gottes Lohn gearbeitet worden ist, ich glaube, da müsste der Herr Baumgartner schon eine ganze Bilanz herlegen, damit man Vergleiche anstellen kann, auch finanzmäßig. Die können wir nach den Zahlen nicht. Um das ist es mir gegangen. Wir haben ihm auch gesagt, wie er bei uns war, dass er eine Subvention bekommt. Wir schätzen die Kindergärten, weil sonst hätten wir nicht zum Umbau so viel Geld dazu gegeben. Das ist auch eine freiwillige Leistung, das ist keine vertragliche Leistung und keine Verpflichtung, das sind alles freiwillige Leistungen. Wir haben auch bei der Caritas 1/3 bezahlt. Wir haben aber von keinem Unternehmen Subventionen für unsere Kindergärten bekommen. Wir müssen alles selbst bezahlen. Ich will als Sozialreferentin, dass wir in Steyr alle Kinder gleich behandeln. Das heißt aber, die sozial Schwächeren sollen dasselbe Recht haben eine pädagogische Ausbildung zu erhalten als wie die, wo es sich die Eltern leisten können. Wir unterstützen die privaten Kindergärten im Rahmen unseres Budgets. Wenn wir aber eine Budgetknappheit haben, dann wird es nicht möglich sein, hier eine Aufstockung vorzunehmen. Ich sage jetzt ein Beispiel. Z. B. der Herr Mayrhofer wird sich in seinen Betrieb nicht hineinschauen lassen und wird sagen, ich lege das alles auf den Tisch, wenn ein anderes Unternehmen kommt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Selbstverständlich, sie können in die Bilanz Einsicht nehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, ja! Ich stehe für meinen Betrieb und ich lasse mir nicht vorschreiben, wenn ich 180 Kinder habe, und ich habe mir das Daheim ausgerechnet, wenn ich 112,-- Euro verlange, habe ich fast um 3 Mio. mehr Einnahmen – an Schilling. Die Eltern können sich das aber nicht leisten. Das soll man bitte berücksichtigen. Dass wir sehr viele Kinder haben, wo die Eltern an der Armutsgrenze sind, und die müssen aber dasselbe Recht haben und für das trete ich als Sozialreferentin ein. Ich ersuche sie auch, das in Zukunft zur Kenntnis zu nehmen. Danke.

GEMEINDERÄTIN EVA-MARIA WÜHRLEITNER:

Sind sie bereit zu diesem Gespräch?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Eine Zusatzfrage.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Es war ja nur eine Zusatzfrage aber die ist nicht beantwortet worden Herr Bürgermeister.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich bin bereit im Sozialausschuss ein Gespräch zu führen. Aber ich bin nicht bereit zu einer allgemeinen Diskussion. Ich brauche zuerst Zahlen und Fakten. Das habe ich vorher vorgelesen. Wenn sie aufgepasst hätten, würden sie wissen, dass ich gesagt habe, dass vom Herrn Baumgartner das unvollständig ist. Wenn ich keine Zahlen und Fakten habe und nicht dieselbe Basis habe, dann können wir das nicht betreiben um was für Kosten es geht. Das habe ich vorher im Detail erwähnt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Kein Gespräch?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich habe ja keine Unterlagen. Ich habe nicht gesagt: „Kein Gespräch!“ Zudem gibt es auch eine

Sozialausschuss, dass man das vorher dort behandelt und erst später, wenn Fakten am Tisch liegen, dass man darüber weiter redet.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So, vielleicht noch eine ganz kleine Anmerkung bevor sie raus gehen (Zuhörer), es ist vielleicht auch noch wichtig, dass man bei diesem Thema immer betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Themen betrachtet. Es geht auch hier um Volkswirtschaft. Es geht um ganz elementare, soziale Verantwortungen die die Stadt übernommen hat und die wir auch wahrnehmen wollen. Und bei dem bleiben wir auch. Es wird auch ein Gespräch geben.

Wir kommen zu Punkt 3), Mitteilungen des Bürgermeisters.

Literaturpreis Steyr vergeben

Der mit insgesamt 7.200 Euro dotierte und auf fünf Ränge verteilte „Literaturpreis Steyr“ wurde vor kurzem an folgende Literatinnen und Literaten vergeben:

1. Preis (3.600 Euro) an Johannes Weinberger aus Wien für sein Werk „Wenn ich die Augen schließe“
2. Preis (2.150 Euro) an Christiane Enkeler aus Köln für ihre Einreichung „armand_flora@yahoo.de“ (nach Kampfabstimmung der Jury, weil es eine sehr knappe Entscheidung zwischen 1. und 2. Preis war)
3. Preis (750 Euro) an die Wienerin Angelika Reitzer für ihren Beitrag „Transport“.

Je einen Anerkennungspreis in Höhe von 350 Euro erhielten Mirka Vanessa Groschke aus Karlsruhe und Gesine Carl aus Kiel.

Stadtmarketing-Programm für 2004 vorgestellt

Stadtmarketing-Manager Alfred Pech präsentierte vor kurzem in der Steyrer Christkindlwelt das Stadtmarketing-Programm für 2004.

Die wichtigsten Vorhaben:

Eine Hochzeits-Schau am 17. und 18. Jänner in der Schlossgalerie, ein Litfaß-System, ein Stadtmarketing-Friendship-Modell und ein City-Journal für die Wirtschaft.

Für die Hochzeits-Ausstellung in der Schlossgalerie haben sich bereits an die 30 Betriebe angemeldet. Das wird eine feine, sehr sympathische Schau, denn das Interesse der Steyrer an dieser Hochzeits-Ausstellung ist schon sehr groß.

Das Litfaß-System, das Alfred Pech gemeinsam mit der Magistrats-Abteilung für Altstadterhaltung plant, soll Organisatoren die Möglichkeit geben, ihre Veranstaltungen publikumswirksam an gut frequentierten Plätzen anzukündigen.

Das Stadtmarketing-Friendship-Modell bietet seinen Mitgliedern wirtschaftliche Vorteile. Wir offerieren beispielsweise Pakete für günstige Werbemaßnahmen.

Das City-Journalist ist als Kommunikations-Plattform, für die innerstädtische Wirtschaft gedacht. Das Heft soll jeweils 10 bis 24 Seite pro Ausgabe umfassen.

Die bereits traditionelle Fun-Night, die gemeinsam mit der Gastronomie veranstaltet wird, wird im nächsten Jahr ebenfalls wieder auf dem Veranstaltungsplan stehen.

Das Weihnachts-Programm der Steyrer Stadtmarketing GesmbH läuft bereits. Alfred Pech empfiehlt den Steyrerinnen und Steyrern unter anderem, Stadtmarketing-Geschenk-Gutscheine zu kaufen, die heuer erstmals angeboten werden. Man bekommt die Gutscheine in der VKB-Bank am Stadtplatz, einlösen kann man sie in den meisten Steyrer Geschäften. Er erwartet einen Umsatz durch die Geschenk-Gutscheine von etwa 100.000 Euro.

Volkshilfe eröffnet Café im Stadtgut Neue Integrations-Firma schafft Jobs für Behinderte

Kommunikation und moderne Kaffeehauskultur stehen im Zentrum der Erlebniswelt im neuen Stadtgut-Café, das seit 1. Dezember 2003 in Steyr von der Volkshilfe betrieben wird. Das Café wird als Integrations-Firma geführt. D. h., man schafft auf eine neue Art Jobs für behinderte Menschen.

Mit dieser Integrations-Firma im Stadtgut haben wir eine Pionierleistung geschafft. Dieses Modell gibt es erst einmal in Oberösterreich, wir beschreiten also hier in Steyr ganz neue Wege. Integrations-Firmen sind Unternehmensneugründungen, in denen mindestens 30 Prozent der Arbeitsplätze von behinderten Menschen eingenommen werden. Integrations-Firmen müssen sich auf dem freien Markt bewähren und arbeiten gewinnorientiert. Mit diesem innovativen Ansatz zur Firmengründung werden erstmals wirtschaftliche und soziale Interessen gleichermaßen unter einen Hut gebracht. Geleitet im Technology & Innovation Center Steyr wird das Stadtgut-Café zum kommunikativen Mittelpunkt des Wirtschafts- und Dienstleistungsparkes.

Die Volkshilfe Steyr und die Volkshilfe Oberösterreich als Betreiber des Stadtgut Cafés geben mit den Catering-Angeboten für die benachbarten Firmen und die Versorgung des TIC und seiner Nachbarschaft einen neuen Impuls für die Infrastruktur dieses interessanten Standortes.

Die Idee der Integrations-Firma wird von Sozial-Landesrat Josef Ackerl seit Anfang an unterstützt. Er sieht die Idee der Integrations-Firmen als eine der fortschrittlichsten in der Arbeitsmarktpolitik für Menschen mit Beeinträchtigung.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Arbeitslosenquote im November 2003 betrug 6,1 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,4 Prozentpunkte höher. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr erhöhte sie sich um 0,1 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im November 2003 2.502. Diese erhöhte sich gegenüber dem Vormonat um 6,1 % (d.s. 144 Personen) sowie auch gegenüber dem Vorjahr erhöhte sie sich um 2,2 % (d.s. 54 Personen).

Im November 2003 sind 361 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 65 Stellen sowie auch gegenüber dem Vorjahr um 2 Stellen weniger.

Ich komme zu Punkt 4), und bitte um Kenntnisnahme der Beschlüsse des Stadtsenates und leite dann gleich über zu Punkt 5), zu den Verhandlungsgegenständen. Ich bitte als erste Berichterstatterin meine Kollegin Vzbgm. Friederike Mach um ihre Berichte.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

In meinem ersten Antrag geht es um die Kostenbeitragsanpassung für den Seniorenpass. Sie werden ja alle den Amtsbericht gelesen haben. Es sind jetzt immer 200,-- ATS eingehoben worden, das wären jetzt 14,53 Euro und wir sollten den jetzt auf 15 Euro erhöhen.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

1) SH-370/01 Seniorenpass; Kostenbeitragsanpassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Soziales vom 13.11.2003 wird der Kostenbeitrag für den Seniorenpass von € 14,53 auf € 15,00 (Euro fünfzehn) erhöht. Die Bezieher von Ausgleichszulagen sind von der Entrichtung eines Kostenbeitrages weiterhin befreit.

Die Kostenbeitragsänderung wird mit der Ausgabe des Seniorenpasses 2004/2005 erstmals wirksam.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung. Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Der nächste Punkt betrifft die Aktion „Essen auf Rädern“, Reparaturkosten für Zustellfahrzeug, Kreditübertragung. Es hat einer mit dem Fahrzeug einen Unfall gehabt und da wir das Auto dringend brauchen gibt es daher auch eine Bürgermeisterverfügung.

2) SH-407/03 Aktion „Essen auf Rädern“; Reparaturkosten für Zustellfahrzeug; Kreditübertragung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 25.11.2003, womit gem. § 49 Abs. 7 StS 1992 wegen Dringlichkeit Nachstehendes verfügt wurde, wird genehmigt.

„Wegen Dringlichkeit wird der Kreditübertragung in Höhe von € 2.500,-- von der VSt. 1/423000/400000 (Geringw. Wirtschaftsg. des Anlagevermögens) auf die VSt. 1/423000/617000 (Instandhaltung von Fahrzeugen), zur Begleichung anfallender Reparaturkosten beim Zustellfahrzeug, Toyota Hiace-Kastenwagen (KZ: SR108A) zugestimmt.“

Ich ersuche auch hier um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen. Das ist nicht der Fall. Einstimmige Annahme. Ich danke der Berichterstatterin und bitte als nächsten Berichterstatter Herrn Vzbgm. Gerhard Bremm um sein Anträge.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

In meinem ersten Antrag, meine sehr verehrten Damen und Herren, geht es um die 2. Etappe des Fenstertausches und Vollwärmeschutz in der VS und HS Tabor. Es geht um die Mittelfreigabe von 160.300,-- Euro. Ich ersuche den Gemeinderat um Zustimmung.

3) GHJ2-10/03 Zweite Etappe Fenstertausch und Vollwärmeschutz Volks- und Hauptschule Tabor.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 7. 11. 2003 wird den Auftragsvergaben für die zweite Etappe des Fenstertausches und des Vollwärmeschutzes der Volks- und Hauptschule Tabor, Taschelried 1, an die

Fa. Gaulhofer, Pichl – Fenster inkl. Fenstertausch € 32.865,60 inkl. USt.

Fa. Alpine, Steyr – Vollwärmeschutz € 80.413,12 inkl. USt.

Fa. Klotzner, Linz – Jalousien € 875,52 inkl. Ust.

Fa. Federer, Ramingdorf - Schlosserarbeiten € 7.254,00 inkl. USt.

Fa. Held & Francke, Steyr - Baumeisterarbeiten € 27.011,59 inkl. USt.

Fa. Frank, Garsten – Malerarbeiten € 1.858,63 inkl. USt.

Fa. Klausriegler, Steyr – Installateur € 4.468,32 inkl. USt.

Fa. Faatz, Steyr – Spenglerarbeiten € 3500,00 inkl. USt.

Fa. für kommunale Dienstleistungen – Rekultivierung € 2.000,00 inkl. USt.

sowie einer Kreditübertragung in der Höhe von € 160.300,00 inkl. USt. von der VA-Stelle 5/211000/010000 (Volksschulen Gebäude)

auf die VA-Stelle 5/212000/010000 (Hauptschulen Gebäude)

und um Mittelfreigabe von € 160.300,00 inkl. USt. (einhundertsechzigtausenddreihundert) bei der VA-Stelle 5/212000/010000 (Hauptschulen Gebäude)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 160.300,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die

Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr GR Lengauer hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Herrn Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren. Keine Angst, wir stimmen dem Antrag zu. Ich habe mich nur bei diesem Antrag erinnert, dass ich vor 3 ½ Jahren eine Anfrage gestellt habe, warum die Stadt Steyr sich nicht angemeldet hat bei der Liste für Revitalisierung und Renovierung der Schulen und öffentlicher Gebäuden. Damals habe ich vom Herrn Vizebürgermeister die Antwort bekommen, wir brauchen das nicht, bei unseren Gebäuden gibt es keine Probleme, wir haben das fest im Griff. Nun haben wir in letzter Zeit laufend Anträge zur Revitalisierung und zur Erneuerung der Gebäude. Das stimmt nicht ganz zusammen. Hat man das damals wirklich nicht sehen können, nicht gewusst oder nicht wissen können? Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ja, ganz eine einfache Beantwortung. Ich kann mich, obwohl das drei Jahre aus ist, wie sie gesagt haben Herr GR Lengauer, und in meinem Alter das Langzeitgedächtnis besser funktioniert wie das Kurzzeitgedächtnis, und drei Jahre fallen schon in das Langzeitgedächtnis hinein, nicht erinnern, dass ich gesagt habe, wenn wir wo Geld bekommen könnten für unsere Schulobjekte, dass wir das nicht wollen, dass wir das nicht brauchen. Wir wissen das gemeinsam, und sie wissen das als ehemaliger Direktor einer Privatschule, aber trotzdem, sie wissen sehr genau, dass wir seit 5, 6 Jahren in meiner Zeit als Schulreferent ein Gremium, eine Arbeitsgruppe installiert haben, bestehend aus Bezirksschulinspektor, die Interessensvertretung der Lehrer und der zuständigen Fachabteilungen, wo wir die Anliegen und Probleme der Schulen mit Einrichtungen und Objekten, Gebäuden immer behandelt haben. Wir wissen sehr genau, dass es aufgrund der ins Alter gekommenen Schulen, dass wir hier einen großen Sanierungsbedarf vorfinden. Das wissen wir. Zur Frage zwei, dass wir hier beim Land nicht angesucht haben, das ist nicht so. Wir haben beim Land OÖ angesucht. Das ist mittlerweile auch über ein Jahr her. Wir haben in den vergangenen Jahren seitens des Landes immer die Antwort bekommen, dass wir für Schulsanierungen oder auch für in Eigentum der Stadt befindliche Objekte keine Unterstützung, keine Subventionen bekommen. Wir haben auch für die Schulen in der Vergangenheit nichts bekommen obwohl wir immer beim Land angeklopft haben. Wir haben das auch schriftlich gemacht. Wir haben es zwar bestätigt bekommen, dass die Beurteilung über unseren Standard richtig ist und dass das auch vom Land so gesehen wird aber Geld bekommen wir keines. Es ist zwar keine endgültige Absage da, aber auch keine Zusage und wir wissen, was das auf politischer Ebene heißt, dass das geschoben wird bis zum St. Nimmerleinstag, bis wir zu schreiben aufhören. Das ist halt das Los der Statutarstädte, dass sie bei diesen Förderungen immer durch die Fingern schauen müssen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Keine. Danke, einstimmige Annahme. Nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Der nächste Punkt ist die Tarifordnung für die Tiefgaragennutzung in der Stadthalle. Es ist im Amtsbericht beschrieben. Wir beantragen hier, dass die Tarifordnung in der Form ausschauen soll, dass die ersten drei Stunden in der Stadthalle unentgeltlich sind und über die drei Stunden hinaus ein Tarif eingehoben wird, der gleich sein soll wie bei den Gebührenpflichtigen Kurzparkzonen. Drei Stunden kostenlos oder gratis wegen dem, damit der Sportbetrieb und die Sportler auch die Möglichkeit haben ihre Autos einzustellen und ihren Sport nachgehen zu können. Warum den Tarif überhaupt? Wir möchten nicht, dass wir in der Tiefgarage der Stadthalle, keinen Tarif haben, dass wir dann dort Dauerparker aus der Umgebung vorfinden. Das wollen wir nicht und aus diesem Grund dieser Antrag. Ich ersuche sie, dem Antrag die Zustimmung zu geben.

4) Sport-11/00 Stadthalle Steyr, Tarifordnung für Tiefgaragennutzung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 24. November 2003 wird den Tarifen für die Tiefgaragennutzung in der Stadthalle Steyr, entsprechend dem im zitierten Amtsbericht unterbreiteten Vorschlag, mit Wirkung vom 1. Jänner 2004 zugestimmt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr GR Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Diese Tarifordnung, die uns heute zur Beschlussfassung vorliegt, regelt ja nur die paar spärlichen Parkplätze in der Stadthalle. Unsere Fraktion hat ja auch schon während des Baus und der Errichtung dieser Stadthalle immer auf diese Problematik hingewiesen und auch immer wieder kritisiert, dass dieser Standort nicht der ideale Standort sein wird. Es hat sich jetzt leider herausgestellt, dass diese Befürchtungen tatsächlich stimmen. Es mehren sich nämlich die Beschwerden der Anrainer, dass bei Veranstaltungen in der Stadthalle rundherum geparkt wird und die Anrainer nicht mehr die Parkplätze in dem Ausmaß vorfinden wie sie es gewohnt sind, vor allem vor ihren Wohnungen rundherum.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wann war das?

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Es haben sich Anrainer bei uns beschwert Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Konkret.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Das ist jederzeit nachvollziehbar. Ich kann dir auch die Namen dieser Leute geben, wenn es wünschenswert ist.

Ich möchte diese Gelegenheit noch einmal nützen um darauf hinzuweisen, dass man sich Gedanken macht vom zuständigen Ressort und auch vom zuständigen Referenten und den Ausschüssen, wie man dieses Problem in Zukunft in den Griff bekommt. Denn offensichtlich ist auch diese Variante, die ja immer wieder ins Spiel gebracht wurde, dass man die Parkplätze der angrenzenden Supermärkte verwendet, nicht befriedigend. D. h., die paar Parkplätze die unter der Stadthalle sind, sind zuwenig. Wir haben immer auf dieses Problem hingewiesen und ich kann nur wiederum fordern, dass man sich mit dem Problem auseinandersetzt. Es ist nicht zufriedenstellend und die Anrainer beschweren sich zu Recht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ja, lieber Kollege Payrleithner, die Debatte haben wir ja schon endlos geführt, ob der Standort dort günstig oder nicht günstig ist. Ich habe ja auch, und auch der Bürgermeister, versucht, schon zum x-ten Mal zu erklären, warum dieser Standort gewählt worden ist. Er ist in der Gesamtbetrachtung der beste Standort, den wir dort gewählt haben. Zu den Parkplätzen, da habe ich selbst die Gelegenheit gehabt bei mehreren Veranstaltungen in der Stadthalle dabei zu sein. Auch bei Großveranstaltungen, bei einem Tanzturnier, wo fast tausend Besucher waren. Bei den Box-Staatsmeisterschaften war ich auch dabei und ich bin hingefahren und habe mir gedacht, jetzt fahre ich in die Tiefgarage hinunter und ich habe mir gedacht, die wird sowieso voll sein, weil ich hübsch knapp gekommen bin. Ich habe festgestellt, dass die Tiefgarage bis auf wenige Autos leer gewesen ist. Also, es ist da noch eine Gewöhnungszeit notwendig, dass die Besucher dieser Veranstaltung auch in die Tiefgarage hinunter fahren. Da trauen sie sich noch nicht so.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Weil sie Angst haben, da dürfen nur Politiker parken.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Aber es steht keine Tafel dort und somit ist die Tiefgarage offen. Also, das ist eine Gewöhnungsphase, bis die Leute dann auch in die Tiefgarage hinunter fahren.
Zu den Parkplätzen insgesamt: Es ist hier schon vorgesorgt worden für Großveranstaltungen. Es sind mit den angrenzenden Großkaufhäusern Vereinbarungen getroffen worden, dass bei

Großveranstaltungen diese Parkplätze von den Besuchern auch genützt und benützt werden können. Der Weg zur Stadthalle vom Leiner oder vom Taborland hält sich wirklich in Grenzen. Wenn ich nur denke, wenn man nach Linz fährt in die Intersportarena und es ist eine Großveranstaltung, dann ist der Weg zur Halle hin vom Parkplatz wesentlich länger wie es bei uns der Fall ist. Wir haben genügend Parkraum zur Verfügung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltungen? Kein. Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Im nächsten Antrag geht es um die Anmietung von Büroräumlichkeiten im 3. Obergeschoss des Hauses Stadtplatz 31. Das ist in dem Gebäude, wo Schule und Sport, die Kulturabteilung, das Kontrollamt, untergebracht ist. Ich ersuch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

5) GHJ2-55/03 Anmietung von Büroräumlichkeiten im 3. Obergeschoss des Hauses Stadtplatz 31.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 24. November 2003 wird dem Abschluss eines Mietvertrages mit den Ehegatten Dr. Johannes und Marianne Riedl, 3350 Haag, Hollengruberstraße 35, über Büroräumlichkeiten im Haus Stadtplatz 31 entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf zugestimmt.

Zur Bezahlung der Vertragsgebühr in Höhe von Euro 972,-- und der Maklergebühr in Höhe von Euro 9.000,-- wird bei der VA-Stelle 1/029000/728000 (Entgelt für sonstige Leistungen) der Betrag von Euro 10.000,-- als Kreditüberschreitung bewilligt. Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Manchmal werden Amtsberichte vorgelesen, manchmal werden sie nicht vorgelesen, manchmal hält man sich sehr kurz und sagt nur „Anmietung von Büroräumlichkeiten, gibt es dazu irgendeine Meldung“. Um das ein bisschen zu vervollständigen möchte ich ihnen aus dem Amtsbericht zitieren, warum man jetzt diese Büroräumlichkeiten braucht. Damit man nicht, wie den beiden Kolleginnen, denen heute schon einmal vorgeworfen worden ist, irgendetwas zu behaupten, zitiere ich ganz einfach kommentarlos den Amtsbericht. Ich habe nichts dazugefügt. „Der Flächenbedarf für den Magistrat Steyr ergibt sich, da zusätzliche Räumlichkeiten für die Mitglieder des Stadtsenates einschließlich der notwendigen Sekretariatsräume und Fraktionszimmer geschaffen werden sollen, wobei diese in den Büros der Fachabteilung Liegenschaftsverwaltung untergebracht werden sollen, so dass diese und gegebenenfalls auch andere Abteilungen des Rathauses in die neu anzumietenden Räumlichkeiten abzusiedeln sind.“ Jetzt habe ich mich gefragt, die Wahl hat zwar Änderungen mit sich gebracht, was das Verhältnis der Fraktionen anbelangt, aber es sind nicht mehr Fraktionen geworden, es sind nicht mehr Stadtsenatsmitglieder geworden, es sind noch immer 8 Stadtsenatsmitglieder, es gibt genau die gleiche Zahl an Bürgermeistern aber trotzdem brauchen wir zusätzliche Räumlichkeiten für die Mitglieder des Stadtsenates und Fraktionszimmer. Von den Kosten, die dadurch entstehen, insgesamt mieten wir jetzt mit diesem Beschluss eine Fläche von 755 m² zu einem monatlichen Preis, inkl. Betriebskosten und

Umsatzsteuer, von 7.398,-- Euro. Sie werden mir jetzt natürlich erklären, das ist eh ein Schnäppchen, das ist klar, und sie werden mir auch erklären, dass das ganz ein toller Vertrag ist für die Stadt. Da haben sie Recht. Ich wünsche mir eigentlich seit Jahren irgendwann einmal einen Vertrag mit der Stadt abzuschließen, weil immer wenn jemand mit uns Verträge abgeschlossen hat, war es eigentlich so, dass der andere super toll ausgestiegen ist.

Wir verzichten z. B., weil der Vertrag so toll ist, auf ein Kündigungsrecht für fünf Jahre. D. h., die frühestmögliche Kündigung ist, heute haben wir den 11. 12. 2003, und auflösen können wir diesen Mietvertrag frühestens am 31. 12. 2009. Bis dahin haben wir diesen Mietvertrag, ob wir die Räume brauchen oder nicht, ob sich in der Zwischenzeit Änderungen ergeben. Eines ist schon ganz

interessant. Seit Jahren kann ich mich erinnern, dass wir gesagt haben, dass am Stadtplatz 31 die Miete für diese Räumlichkeiten eigentlich zu hoch ist und dass man sich Alternativen überlegt. Jetzt machen wir es umgekehrt, wir mieten zusätzlich noch etwas an. Ich denke mir, es ist ganz interessant, wenn man sich das so anschaut. Wenn ich auf der anderen Seite höre, und da muss ich sagen, packt mich wirklich die Wut, da gehen wir so darüber, da wird gar nicht so groß diskutiert, da geht es monatlich um fast 8.000,-- Euro. Das ist uns piepegal. Auf der anderen Seite erlebe ich bei Budgetverhandlungen, dass wir uns ein paar tausend Euro für eine Schulwegsicherung nicht leisten können. Da muss ich sagen, da kommt mir wirklich die Galle hoch.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Herr GR Payrleithner hat sich gemeldet.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eigentlich wollte ich mich zu diesem Tagesordnungspunkt jetzt nicht melden, muss aber zu dem, was die Frau Kollegin Frech eingangs erwähnt hat, schon etwas sagen. Wie unsere Fraktion noch etwas stärker in diesen „Heiligen Hallen“ vertreten war, haben wir uns dazu bekannt, dass die Minderheiten oder die kleinen Fraktionen, wie eben auch die Frau Kollegin Frech eine darstellt, Räumlichkeiten und Arbeitsbedingungen in diesem Haus vorfindet, wie es in der Demokratie selbstverständlich sein sollte. Wir, unsere Fraktion, würden uns auch erwarten, dass sie dieses Verständnis anderen gegenüber bringen, weil es ist halt einmal so, dass wir kein Vizebürgermeisterbüro mehr haben und auch Räumlichkeiten in diesem Haus brauchen. Was uns derzeit vom Herrn Magistratsdirektor zur Verfügung gestellt wird, kann man ja als Büro nicht bezeichnen. Ich lade sie gerne ein, dieses einmal zu begutachten. Sie werden dann selbst wahrscheinlich feststellen müssen, dass man so nicht arbeiten kann. Ich glaube es ist ein Akt der Fairness, dass man auch der Freiheitlichen GR-Fraktion, ich glaube das haben sie auch damit gemeint, ich würde sie auch bitten, die Dinge beim Namen zu nennen, ein Büro vergönnt. Wenn sie uns kein Büro vergönnt sind, dann gehen sie heraus und sagen das in aller Klarheit. Wir sagen das auch ganz klar. Ich glaube uns steht das Recht genauso zu wie ihnen und zu dem sollten wir uns auch alle bekennen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Frau Frech zum 2.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Herr geschätzter Kollege Payrleithner, da muss ich schon etwas darauf sagen. Selbstverständlich soll die FPÖ genauso ein Fraktionszimmer haben, völlig klar. Nur die FPÖ hat ja bisher auch Räumlichkeiten gehabt. Dass man die jetzt der FPÖ anscheinend weggenommen hat, oder was auch immer, weiß ich nicht.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Wir haben nie Fraktionsräume gehabt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Dann hätte man halt das Büro des Vizebürgermeisters als Fraktionsbüro für die FPÖ hernehmen können. Es geht auch darum, dass im Amtsbericht drinnen steht, man braucht jetzt zusätzliche Räumlichkeiten. Da geht es nicht um ihre Fraktion.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlusswort.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Also, es ist schon interessant. Es wäre schade, wenn sie nicht mehr hier wären Frau Kollegin Frech. Ihre Argumentation im Gemeinderat die ist schon sensationell. Im Glashaus sitzen und mit riesigen Felsen schmeißen. Das sind keine Steine mehr, das sind Felsen. Wir haben sie, und ich habe mich auch da als Fraktionsobmann der Sozialdemokraten immer dazu bekannt, obwohl das immer so kleine Nadelstiche von jenen Kollegen gewesen sind der da auf dem Eck gesessen ist wo ich jetzt sitze, dass auch die kleinen Fraktionen anständig und fair behandelt werden und dass sie eine dementsprechende Infrastruktur zur Ausübung ihrer Funktion inne haben. Zu dem habe ich mich immer bekannt. Ich habe es immer abgelehnt, Anträge, die gekommen sind in der Vorperiode, da die kleinen Fraktionen zu beschneiden, zu unterstützen. Da habe ich mich immer dagegen gewehrt. Und

jetzt stellen sie sich mutig da her und tun so, als ob uns wir was weiß ich was herrichten wollen. Ich verlese keine Anträge. Wenn sie aufmerksam sind, ich verlese überhaupt keine Anträge, weil jedes GR-Mitglied bekommt inkl. der Stadtsenatsakten alle Akten zugesandt und jeder kann es sich anschauen und jeder kann es sich durchlesen und kann dann darüber diskutieren. Das ist zeitökonomisch betrachtet und nicht, weil es etwas zu verheimlichen gibt. Wenn ich etwas verheimlichen würde, dann hätte ich den Amtsbericht in dieser Form nicht unterschrieben, weil das ist nämlich in meiner Möglichkeit gelegen. Es gibt auch nichts zu verheimlichen, dass wir Räumlichkeiten anmieten. Eines gehört dazu gesagt und das kommt ja nicht in den GR weil das nur eine Stadtsenatsangelegenheit ist, wir haben Räumlichkeiten in der CA angemietet, Stadtplatz 29. Im letzten StS haben wir den Beschluss gefasst, dass diese Räumlichkeiten gekündigt werden. Also, wir ziehen dort wieder aus wo wir auch nur ein Provisorium gehabt haben und werden dort drüben diese Räumlichkeiten nützen.

Eines möchte ich schon auch in diesem Raum sagen und ich glaube es sollte auch offen angesprochen werden. Die Infrastruktur für die Stadtsenatsmitglieder in unserem Haus, also es gibt nichts Sparsameres mehr, in ganz Österreich, wie wir das betreiben. Ich nehme jetzt mich her, meine Sekretärin, die halbtags beschäftigt ist, sitzt bei mir im Büro. Auch beim Kollegen Mayrhofer ist das so. Seine Kollegin die für ihn schreibt und die für die Fraktion dort natürlich auch administrative Aufgaben hat, sitzt bei ihm im Büro. Wenn einer zum Sprechtag kommt und sagt, Herr Stadtrat, ich möchte mit ihnen alleine sprechen, dann muss er zu seiner Kollegin Voglsam sagen, da hast du 50 Cent, geh bitte hinaus und kaufe dir einen Kaffee. Aber geh' nicht auf den Stadtplatz zum Würstelstand, weil wenn dich jemand sieht, dann sagen sie, schaut her, die Sekretärinnen am Magistrat arbeiten eh nichts. Das ist die Infrastruktur in unserem Haus. Ich glaube, dass es da nicht übertrieben ist, wenn wir sagen dass ein Stadtrat oder ein Vizebürgermeister einen Arbeitsraum hat, wenn er eine Sekretärin hat, eine Kollegin die für ihn schreibt, dass die auch einen Raum hat wo sie drinnen arbeitet. Also, das ist das mindeste was man verlangen kann. Wir sind nicht luxuriös ausgestattet, wir nehmen uns überall die Büros zusammen. Darüber hinaus, der Kollege Payrleithner hat es eh gesagt, der Kollege Eichhübl, in seiner Funktion als Referent der Stadtwerke, hat oben ein Büro gehabt. Indem er nicht mehr Referent ist, ist es natürlich auch für ihn legitim, dass er kommt und sagt, ich möchte auch jetzt, so wie alle anderen Fraktionen, einschließlich mit ihnen, einen Raum haben, wo ich mein Zeug unterbringen kann, wo ich meine Arbeit als Gemeinderat machen kann, wo auch die Infrastruktur da ist. Er bekommt nicht fünf Räume als FPÖ, sondern er wird ein Büro bekommen, wo er seine Arbeit mit seinen Kollegen drinnen machen kann, so wie sie es haben. Nichts anderes ist das. Wir leisten uns da drüben nicht was weiß ich was für einen Luxus. Aus dem Grund, Frau Kollegin Frech, haben wir das befristet auf 5 Jahre, damit man dort auch einen absehbaren Zeitraum ausstehen kann, weil es die Bestrebung sein muss, und ich bin da massiv dahinter, nur ist es nicht ganz so einfach, dass wir zu einer Lösung kommen, längerfristig, wo wir die Räumlichkeiten und Büros angemietet haben, dass wir längerfristig da überlegen, dass wir, so wie es seinerzeit Bürgermeister Leithenmayr schon transportiert hat, so quasi ein zweites Amtsgebäude wo man das zusammenfassen kann, damit man aus den nicht immer günstigen Anmieten heraus kommt. Das muss das Ziel sein. Das wird aber in den nächsten zwei, drei Jahren nicht realisierbar sein. Aber in 5, 6 Jahren sollte diese Konzeption stehen und darum auch dieser befristete Vertrag. Befristet auch deswegen auf 5 Jahre. Wir hätten es für ein Jahr auch machen können und dann alle Jahre wieder verlängern. Aber das wäre ungleich teurer gekommen. Sie hätten das Ganze dazu sagen müssen. Wir sind ja dort drüben mit der Schule und Sport, Kultur, das habe ich zuerst schon gesagt, eingemietet und wir werden dort, aufgrund der Anmietung des 3. Obergeschosses, das wir dringend brauchen, wir sind da herinnen randvoll zu. Es ist ja nicht nur für die Politik sondern die Liegenschaft wird hinüber kommen, der Herr Hübsch wird da herüber ein Büro haben, also es werden nur ein paar Büros für die Politik notwendig sein. Wir haben insgesamt, für die gesamte Anmietung erreichen können, dass der Mietzins oder der Pachtzins gesenkt worden ist auf einen doch halbwegs vertretbaren Rahmen. Natürlich, die Miete ist nie die billigste Form, aber es ist in einem Ausmaß das jeder vertreten kann. Wir haben insgesamt mehr Quadratmeter dazu bekommen und von der Gesamtmiete, die wir als Stadt dort zahlen, wird es kaum eine Erhöhung geben. Das haben sie nämlich nicht herausgelesen, das steht nämlich auch da drinnen.

Ich ersuche den Herrn Bürgermeister darüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Also, da muss ich auch einmal ein paar Bemerkungen dazu machen, weil das ist für mich wirklich unerträglich. Eine Wortmeldung dieser Art von der GR Frech verstehe ich einfach nicht. Ich verstehe das nicht. Ich muss mich bemühen, dass ich da nicht deutlicher werde in meiner Qualifizierung dieser Aussagen, weil das ist ja wirklich eine bodenlose Geschichte. Also sensationell. Ein Wahnsinn, das

kann ich gar nicht verstehen.

Also, wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP, GAL, FPÖ. Wer ist dagegen? 1 Gegenstimme (Bürgerforum Frech). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Im nächsten Antrag geht es um den Verkauf des neu geschaffenen Grundstückes 721/2, Grundbuch Gleink, an die Dr. Rudolf Streicher Privatstiftung. Ich ersuche den Gemeinderat um Zustimmung.

6) ÖAG-17/03 Verkauf des neu geschaffenen Grundstückes 721/2, Grundbuch Gleink, an die Dr. Rudolf Streicher Privatstiftung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 26. November 2003 wird dem Abschluss eines Kaufvertrages mit der Dr. Rudolf Streicher Privatstiftung, 1010 Wien, Mahlerstraße 11, über das neu geschaffene Grundstück 721/2, Grundbuch Gleink, im Ausmaß von 4.966 m² zu den im vorstehenden Amtsbericht festgehaltenen Bedingungen zugestimmt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es zu diesem Punkt eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke schön, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Im nächsten Antrag geht es um die Anpassung der Deponieordnung und der Deponietarifordnung der Stadt Steyr an das Abfallwirtschaftsgesetz 2002 und die Deponieverordnung 1996 des Bundes. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Er ist im Finanz- und Rechtsausschuss auch diskutiert worden.

7) GemAbf-143/94 Anpassung der Deponieordnung und der Deponietarifordnung der Stadt Steyr an das AWG 2002 und die Deponieverordnung 1996 des Bundes.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 27. November 2003 werden die in der Anlage angeschlossene Verordnung über die Tarife für die Abfalldeponie der Stadt Steyr (Deponietarifordnung) sowie die Deponieordnung genehmigt.

Die Deponietarifordnung tritt am Tag ihrer Kundmachung in Kraft und ist gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr kundzumachen.

Gleichzeitig tritt die Tarifordnung für die Mülldeponie der Stadt Steyr vom 3. 7. 1992 in der Fassung vom 21. 11. 1994 und 16. 5. 2002 außer Kraft.

Diese Deponieordnung tritt mit 1. 1. 2004 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Deponieordnung der Stadt Steyr vom 23. 6. 1992 außer Kraft. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine Wortmeldung zur Deponieverordnung? Wir kommen gleich zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? 1 (Bürgerforum Frech). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

In meinem letzten Antrag geht es um die Erlassung einer neuen Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr. Wir haben das auch im Finanz- und Rechtsausschuss vorgetragen bekommen und auch diskutiert. Aufgrund der doch längeren Zeit wo nicht erhöht worden ist, aufgrund der Deponieverordnung 2004 und mit den Veränderung die es gibt, ist es notwendig hier eine Anpassung und Erhöhung vorzunehmen. Ich ersuche sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

8) GemAbf-1/03 Erlassung einer neuen Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Steuerangelegenheiten vom 4. Dezember 2003 wird die in der Anlage beigeschlossene Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr genehmigt. Gleichzeitig wird die Abfallgebührenordnung des Gemeinderates vom 10. Dezember 1998, Gem ABF – 1/98 i.d.g.F., aufgehoben.

Diese Verordnung tritt mit 1. 1. 2004 in Kraft. Die Kundmachung dieser Verordnung hat gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr, LGBl. Nr. 9/1992 i.d.g.F., durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr zu erfolgen. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es eine Wortmeldung? Roman hat sich zu Wort gemeldet. Bitte schön.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Vertreter der öffentlichen Medien. Diese vorhin beschlossene neue Deponieordnung, die ja aufgrund eines Bundeserlasses auch die Stadtgemeinde Steyr trifft, bringt ja tatsächlich eine Reihe von sehr schwerwiegenden Veränderungen. Nicht nur, dass der Hausmüll nicht mehr in der bisherigen Art auf unsere Deponie verbracht werden kann, weil er ja, wie im Amtsbericht auch drauf hingewiesen wird, thermisch oder mechanisch biologisch vorbehandelt werden muss, bringt das auch eine wesentliche Veränderung in finanzieller Hinsicht. Trotz der Tatsache, dass es notwendig ist die Gebühren entsprechend anzuheben, wird es am Ende des Finanzjahres 2004 so sein, dass wesentlich weniger Einnahmen als bisher aus diesem Bereich für die Stadt zu lukrieren sind. Wir, von der Freiheitlichen GR-Fraktion, entziehen uns nicht der Verantwortung, hier klar und deutlich zu sagen, dass es bedauerlicherweise notwendig ist derartige Anhebungen der Gebühren vorzunehmen. Ich darf aber doch auch auf einige Problembereich hinweisen, zumindest auf einen im besonderen Maße. Ich habe das auch bereits in der Finanz- und Rechtsausschusssitzung zum Ausdruck gebracht. Es betrifft die Abholung von Sperrmüll, sperrigen Abfällen, Alteisen oder Altholz. Bisher war es ja so, ich denke da vor allen Dingen an die Siedlungsgebiete, dass, wenn jemand umgezogen ist und eben derartiger Müll angefallen ist, er diesen Sperrmüll in der Regel auf den Gehsteig deponiert hat und dann gewartet hat, vielfach ohne die zuständigen Bereiche, nämlich den Wirtschaftshof, zu verständigen, dass irgendjemand sich schon diesen Müll annehmen wird und er abgeholt wird. Ich habe selbst aus leidvoller Erfahrung im Finanz- und Rechtsausschuss berichtet und ich sage das auch heute, dass ich dann vielfach von den Bürgern gebeten wurde, wenn wochenlang derartige Sperrmüllfraktionen vor den Wohnhäusern gelegen sind, dann den Wirtschaftshof verständigt habe. Bisher, wie gesagt, war es ja so, dass diese Abholung für die Betroffenen völlig kostenlos war. Nunmehr soll es mit einem Betrag von Euro 30,-- pro Abholung behaftet werden. Es ist durchaus dagegen nichts einzuwenden. Aber es bringt doch eine gewisse Problematik, der Kollege Bremm wird wahrscheinlich dann dieselbe Antwort geben wie im Finanz- und Rechtsausschuss, dass man eben dann entsprechend mit den Wohnungsgenossenschaften Kontakt aufnehmen wird, dass sie sich mehr um diese Sache kümmern. Ich befürchte eines, das war eigentlich der Grund meiner Wortmeldung, dass, wenn jetzt dann der Sperrmüll oder die Abholung einen Beitrag von Euro 30,-- kostet, die Situation sich noch verschlimmern wird und dass dann bei Umzügen und ähnlichen Vorgängen der Sperrmüll womöglich dann monatelang vor den Häusern herumliegt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich ist es immer unerfreulich Tarife zu erhöhen, anzupassen, aber das liegt auch in der Natur der Sache. Alles steigt, aber auch die Einnahmen, das ist ein ständiges hinauf und hinab. Die Besonderheit in der diesjährigen Erhöhung liegt natürlich, wie ich schon erwähnt habe und auch der Kollege Eichhübl darauf hingewiesen hat, aufgrund gesetzlicher Veränderungen die natürlich dementsprechende Mehrkosten aufgrund der Vorbehandlung des Restabfalls aus den Steyrer Haushalten mit sich bringt. Also, dass die Vorbehandlungskosten dazu kommen. Ein bisschen schon dem Budget vorweggenommen, natürlich ist diese Änderung auch in der Finanzlage der Stadt, reißt es ein großes Loch, weil wir halt mit den Deponieeinnahmen stark darunter leiden werden. Zum angesprochenen Bereich Sperrmüll möchte ich eines sagen, wir haben beim Sperrmüll eine Entwicklung gehabt, die einfach in dieser Form nicht mehr verantwortbar gewesen ist. Wir haben im Jahr 2001 über 4.000 Hausabholungen beim Sperrmüll gehabt. 2002 ist es ein bisschen besser

geworden, haben wir 3.500 Hausabholungen gehabt. Also, das hat Dimensionen erreicht, das einfach nicht mehr so zu sehen gewesen ist, dass man das kostenlos abholt. Es hat sich auch eines so eingerissen und hat sich so entwickelt, dass nicht nur mehr sperrige Abfälle vor die Haustüre rausgeschmissen wurden, sondern dass da alles drunter und drüber, Papier, Karton, Plastik und Restabfall, dass das alles zum sperrigen Abfall dazugeworfen worden ist. Mit immensen Kosten haben wir das dann abgeholt. Wir müssen das in die Sortieranlage führen, wo es sortiert wird und da bezahlen wir noch einmal dafür. Also, das hat Kosten verursacht, die man versuchen muss in den Griff zu bekommen. Darum haben wir gesagt, bei der Hausabholung soll ein gewisser Selbstkostenanteil, ein gewisser Transportanteil von den Betroffenen geleistet werden. Die Euro 30,-- pro Abholung ist ja nur ein geringer Anteil von den tatsächlichen Kosten, aber es soll auch ein Steuerungsinstrumentarium sein. Es besteht nach wie vor die Möglichkeit, und das möchte ich schon betonen, dass jede Steyrerin und jeder Steyrer kostenlos im Abfallsammelzentrum sperrige Abfälle oder Problemabfall oder sonst irgendwas, Bauschutt udgl. in Haushaltsmengen abgeben kann. Also, man muss sich da auch ein bisschen die Mühe machen und wir brauchen auch die Bereitschaft der Bürger, dass die da mithelfen zu sparen. Also, man kann das dort nach wie vor kostenlos abgeben. Wenn aber jemand die Bequemlichkeit haben will, dass er sagt, ich lasse mir das lieber vor meiner Haustüre holen, dann soll ein gewisser Kostenbeitrag geleistet werden. Zu dem, was der Kollege Eichhübl gesagt hat, dann werden die Leute das anonym hinauswerfen und werden sich nicht rühren, es müssen einfach die Wohnungsgenossenschaften in der Stadt Steyr auch ihre Verantwortung übernehmen. Die haben für ihre Gebäude und für ihre Wohnungen und auch gegenüber ihren Mietern eine Verantwortung und eine Verpflichtung. Sollte es sich so entwickeln, dass immer mehr anonym und illegal vor die Haustüre geschmissen wird, dann werden die Wohnungsgenossenschaften diese Kosten der Abholung übernehmen müssen. Es gibt überall Verwalter und Hausbetreuer, die wissen genau, wer diese Abfälle vor die Haustüre geworfen hat und die müssen halt dort auch mithelfen und lenkend eingreifen, dass das nicht geschieht. Auf diese Weise wollen wir zumindest im Kostenbereich keine weitere Explosion haben, sondern eine geringfügige Kostensenkung erreichen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? 1 (Bürgerforum Frech). Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich danke dem Berichterstatter und bitte als nächsten Berichterstatter Herrn Vzbgm. Dietmar Spanring um seine Anträge.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, in meinem ersten Antrag geht es um das OÖ Gemeindebediensteten-Schutzgesetz, um die Bestellung einer Kommission und deren Ersatzmitglieder.

9) Präs-882/03 OÖ. Gemeindebediensteten-Schutzgesetz; Bestellung einer Kommission und deren Ersatzmitglieder.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Personalverwaltung vom 4. November 2003 werden folgende Personen auf die Dauer der Funktionsperiode des Gemeinderates als Mitglieder der Kommission gem. § 51 Oö. Gemeindebediensteten-Schutzgesetz 1999, LGBl. Nr. 15/2000 bestellt:

Funktionen:

ein Vertreter der Gewerkschaft der Gem. Bediensteten; Landesgr. OÖ (gem. § 51 (2) Z. 2)

Mitglied:

Mag. Erwin Schuster

Ersatzmitglied:

OAR Kurt Buchner

Funktionen:

zwei Vertreter des Dienstgebers

(gem. § 51 (2) Z. 3)

Mitglied:

TAR Ing. Hingerl Franz-Michael;

AR Gerhard Aigner

Ersatzmitglied:

TOAR Ing. Ritt Johann

OAR Hans Greinöcker

Funktionen:

ein Mitglied der PV der jeweiligen Statutarstadt

(gem. § 51 (2) Z. 4)

Mitglied:

Günther Vollenhofer

Ersatzmitglied:

OS Josef Ecker

Funktionen:

ein Mitglied mit abgeschl. Studium der Technik oder der Naturwissenschaften (gem. § 51 (2) Z. 5)

Mitglied:

DI Schönfelder Wilfried

Ersatzmitglied:

DI Kremsmayr Alfred

Funktionen:

ein Arbeitsmediziner

(gem. § 51 (2) Z. 6)

Mitglied:

Dr. Nones Reinhard

Ersatzmitglied:

Dr. Gmainer

Ich ersuche um die Bestellung der Kommission entsprechend der vorliegenden Liste.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es eine Wortmeldung? Frau GR Braunsberger-Lechner bitte.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Hohes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Hier geht es um die Bestellung einer Kommission die zur Überprüfung der Einhaltung der Bestimmungen im Gemeindebedienstetenschutzgesetz dienlich ist. Als gewählter Personalvertreter des Magistrats wurde Mag. Schuster Erwin bestellt. Er soll die Interessen der Gemeindebediensteten vertreten. Gleichzeitig ist Herrn Mag. Erwin Schuster GR-Mitglied und soll auch die Interessen der Gemeinde vertreten. Unserer Meinung nach ist das eindeutige eine Interessenskollision, weil niemand kann die Interessen einer Seite sowohl der anderen gleichzeitig mit bestem Tun vertreten. Aus diesem Grund wird sich meine Fraktion der Stimme enthalten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr Mag. Schuster.

GEMEINDERAT MAG. ERWIN SCHUSTER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Irgendwann hat ja so eine Anfrage kommen müssen. Ich darf sie, Frau Doktor, vielleicht korrigieren. Ich bin nicht als Vertreter der Personalvertreter in dieser Gemeindebediensteten-Schutzkommission sondern als Vertreter der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten. So sieht es auch das öö. Gemeindebediensteten-Schutzgesetz vor. Das zum 1.

Zum 2., ich glaube, aber vielleicht stehe ich da alleine mit der Meinung, dass auch die Stadt Steyr und auch der Gemeinderat der Stadt Steyr aufgerufen sind, den Schutz der Bediensteten genauso mitzutragen wie die Personalvertretung oder die Gewerkschaft. Ich glaube, in diesem Sinne sitzen wir in einem Boot. Es kann nicht so sein, dass die Bediensteten unter Arbeitsbedingungen leiden, die nicht zumutbar sind. Ich glaube, da ist auch der Gemeinderat aufgerufen z. B. das abzustellen. In diesem Sinne glaube ich, habe ich meine Stellungnahme weitgehend geklärt. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Herr Kollege Schuster, wenn ich sie korrigiere, bitte schön das jetzt nicht persönlich nehmen. Das eine hat mit dem anderen überhaupt nichts zu tun. Das Gesetz sieht ganz klar vor, dass in so einer Kommission Arbeitnehmervertreter drinnen sitzen und Dienstgebervertreter. Sie sind in einer Doppelfunktion im Prinzip drinnen, weil sie sind einerseits bitte gewählter Personalvertreter und auf der anderen Seite sollen sie Dienstgebervertreter sein und die Interessen des Dienstgebers vertreten. Das ist eine absolut schiefe Optik. Ich halte es nicht für klug, das so zu machen. Es gibt genügend andere Personalvertreter auch die als Dienstnehmervertreter in diese Kommission gehen müssen, da müssen wir nicht den gewählten Personalvertreter in die Funktion des Dienstgebervertreters hineingeben. Das ist nicht klug und auch für sie, glaube ich, nicht von Vorteil.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Mag. Schuster noch einmal.

GEMEINDERAT MAG. ERWIN SCHUSTER:
Geschätzter Herr StR Mayrhofer, diesen Konflikt, ob Dienstgebervertreter oder Dienstnehmervertreter, der bleibt mir nicht erspart, den muss ich mit mir selbst austragen, da werde ich auch kaum Unterstützung seitens der ÖVP finden. Daher glaube ich ist es mein persönliches Problem. Vom Gesetz her ist es möglich und daher ist es auch so. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke. Herr Vizebürgermeister.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ja, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Man kann das natürlich als Gewissenskonflikt hinstellen oder nicht. Ich sehe das in vielen anderen Bereichen z. B. im Aktiengesetz ist geregelt, dass Betriebsräte in den Aufsichtsräten ab einer bestimmten Größe zu entsenden sind. Das Aktiengesetz schreibt vor, dass Betriebsräte dort im Interesse des Unternehmens agieren und verhalten zu haben. Also im Interesse des Unternehmens. Ich glaube, dass mich das als Belegschaftsvertreter überhaupt in keinen Gewissenskonflikt begibt, weil wir nämlich eh als Personalvertreter oder Betriebsrat immer im Interesse des Unternehmens handeln müssen. Im Interesse des Unternehmens heißt aber nicht, dass ich gegen die Interessen der Beschäftigten sein muss. Es sollte da nämlich im Einklang sein. Ich sehe da überhaupt keinen Konflikt, dass da der Obmann der Personalvertretung drinnen sitzt. Das ist überhaupt keine Frage. Wir als Personalvertreter oder Betriebsräte ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Als Dienstnehmervertreter!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Das Aktiengesetz sagt, dass er nicht als Betriebsrat, aufgrund des Aktienrechtes sitze ich als Betriebsrat drinnen, aber wenn ich im Aufsichtsrat drinnen sitze, sitze ich drinnen als Arbeitgebervertreter und nicht als Arbeitnehmervertreter. Ich habe überhaupt noch nie ein Problem gehabt. Das würde ja heißen, dass man die Interessensvertretungen überall hinausschmeißen muss, weil sie dann in einen Interessenskonflikt kommen. Ich habe eher den Eindruck, dass ihr ein ideologisches Problem damit habt, dass die Personalvertretung wo drinnen sitzt. Das weiß ich schon, das ist in vielen ÖVP-Kreisen der Fall, dass man dort ein Problem damit hat. Also, wir haben das auch diskutiert bei uns und wir sehen da überhaupt kein Problem, dass die Personalvertretung, also der Obmann der Personalvertretung, gleichzeitig von unserer Fraktion da drinnen sitzt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr GR Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, so einfach ist es natürlich nicht, wie sie sich alle das so vorstellen, weil ich denke mir, wenn wir damit ein Problem haben, aber wenn das angesprochen wird von der ÖVP, sollten wir ruhig darüber diskutieren. Auf der anderen Seite, wenn ich Dienstnehmer wäre hier in diesem Haus, hätte ich ein Problem damit, weil ich dann auch nicht wüsste, in welcher Funktion letzten Endes der Herr Mag. Schuster dann agiert, wenn er im GR als Dienstgeber da ist, aber gleichzeitig bei der Gewerkschaft der Vertreter ist. Aber das ist ja nicht nur die eine Seite des Problems, die andere Seite des Problems haben wir ja in doppelter Form, nämlich bei der Begutachtungskommission sitzt ja der Herr Mag. Schuster auch als Dienstnehmervertreter drinnen

und ist aber auch gleichzeitig Mitglied des Gemeinderates. Also, ich denke mir, es ist ja nicht zwingend notwendig. Oder? Es ist laut Gesetz zwingend vielleicht, aber wenn es zu dieser seltsamen Konstellation kommt, sollte man sich schon in der Richtung etwas überlegen. Ich glaube, das ist ja nicht eine Sache die wir heute erledigen, weil unter Umständen tauchen Probleme in ein oder zwei Jahren auf und der Herr Magister, so hoffe ich, ist ja die nächsten sechs Jahre bei uns im Gemeinderat. Also, bitte schön, wir werden uns da auch in dieser Causa der Stimme enthalten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es noch eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall.

Ich möchte vielleicht auch noch dazu erwähnen, ich habe das ja selbst am eigenen Leib erlebt, ich war im Aufsichtsrat von BMW und es war immer meine Aufgabe auch als Betriebsrat, für einen guten Gang der Geschäfte innerhalb der Firma zu sorgen und auch mit dazu meinen Beitrag zu liefern. Für mich war das eine Selbstverständlichkeit und es ist auch ein gesetzlicher Auftrag, dass man für Ruhe und Ordnung in einem Betrieb sorgt. Nichts anderes macht der Herr Mag. Schuster.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Er sorgt für Ruhe? Ha, ha.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Für Ruhe und Ordnung in der Belegschaft.

Kein Schlusswort mehr. Gut, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer gegen diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltungen? ÖVP, FPÖ, GAL, Bürgerforum Frech.

Wer ist für diesen Antrag? SPÖ. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich bitte um den nächsten Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem nächsten Antrag geht es um das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977. Durch eine gesetzliche Änderung im Oktober 2003 ist diese Betriebsvereinbarung entsprechend abzuändern. Der Abs. 1 der Betriebsvereinbarung soll in Zukunft lauten: „Die privatrechtlich Bediensteten beim Magistrat Steyr können gem. §§ 27 und 28 Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 eine Einzelvereinbarung mit dem Dienstgeber betreffend Altersteilzeitgeld bis zu Erfüllung der Voraussetzungen für eine gesetzliche Leistung aus der Pensionsversicherung unter folgenden Voraussetzungen abschließen:“

Ich ersuche dies zu beschließen:

10) Präs-166/00 Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977; Adaptierung der Betriebsvereinbarung betreffend Altersteilzeitgeld gem. §§ 27 und 28 Arbeitslosenversicherungsgesetz.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Personalverwaltung vom 1. Oktober 2003 wird der Abänderung der Betriebsvereinbarung mit der Personalvertretung beim Magistrat Steyr betreffend der Inanspruchnahme einer Altersteilzeit im Ausmaß bis zur Erfüllung der Voraussetzungen für eine gesetzliche Leistung aus der Pensionsversicherung im Sinne der §§ 27 und 28 Arbeitslosenversicherungsgesetzes zugestimmt.

Absatz 1 der Betriebsvereinbarung lautet:

„Die privatrechtlich Bediensteten beim Magistrat Steyr können gem. §§ 27 und 28 Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 eine Einzelvereinbarung mit dem Dienstgeber betreffend Altersteilzeitgeld bis zu Erfüllung der Voraussetzungen für eine gesetzliche Leistung aus der Pensionsversicherung unter folgenden Voraussetzungen abschließen:“

Die FA für Personalverwaltung wird beauftragt, die Einzelvereinbarungen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Wege des Personalbeirates an das zuständige Organ gem. § 1 Zi. 6 der Verordnung über die Übertragung von Angelegenheiten aus der Kollegialen Zuständigkeit des Stadtsenates auf das gem. § 32 Abs. 6 StS 1992 zuständige Mitglied des Stadtsenates zur Genehmigung vorzulegen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen. Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichtersteller und bitte als nächsten Berichtersteller Herrn StR Wilhelm Hauser um seine Anträge.

BE: STADTRAT WILHELM HAUSER:

Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich darf Ihnen zuerst den Geschäftsbericht 2002 vortragen bzw. der Geschäftsbericht ist Ihnen zugegangen und auch der dazugehörige Amtsbericht. Sie erlauben mir aber ein paar Bemerkungen dazu zu machen. Das Angenehmste des Geschäftsberichtes 2002 ist wahrscheinlich, dass wir ein positives Ergebnis von 643.000,-- Euro gemacht haben. Das, obwohl sozusagen die gesamte Verlustrechnung innerhalb der Stadtwerke unter den Teilbetrieben abgerechnet wurde. Diese Möglichkeit, dass wir diese Verlustabdeckungen durchführen innerhalb der Teilbetriebe, ist letztlich nur möglich aufgrund der angewandten Rechenkreise 1 und 2 in den Stadtwerken und dazu gehört natürlich auch dieser oftmals viel kritisierte Quersubventionierungsverbund, der Versorgungsbetriebeverbund. Auf der anderen Seite erspart uns das natürlich, dass wir vorher Steuern abliefern müssen insofern und dann sozusagen die Verluste durch die Zuschüsse der Stadt abdecken. D. h., für uns als Stadt insgesamt rechnet es sich, und nicht nur für die Stadtwerke alleine, denn sonst müssten die Verluste ja letztlich von der Stadt abgedeckt werden. Es war aber kein so einfaches Jahr ursprünglich, auch von der Budgetierung her, und wenn Sie im Geschäftsbericht nachschauen, hat sich ja das Ergebnis, vor allen Dingen gegenüber dem Budgetplan, um fast 1,3 Millionen Euro dahingehend verbessert, weil man also sehr vorsichtig budgetiert hat aufgrund der Liberalisierung des Gaswirtschaftsgesetzes. Es ist Gott sei Dank am Anfang diese Liberalisierung noch nicht so griffig geworden, im Jahr 2002, und daher ist das Ergebnis in diesem Bereich vor allen Dingen besser geworden als es letztlich ursprünglich berechnet war.

Weiters kommt dazu, dass wir aufgrund dieses Rechenkreises 1 der Stadtwerke jene Verluste die im Bad bzw. auf der Kunsteisbahn, im Hallenbad und in der Sauna erwirtschaftet werden, durch das Ergebnis im Wasserverkauf auch abdecken konnten. Die Investitionszuschüsse der Stadt sind auch erkennbar. Vor allen Dingen gehen Sie in Richtung Neuanschaffung von Autobussen. Im Jahr 2002, das ja letztlich uns auch dieses Jahrhunderthochwasser beschert hat, zur Abdeckung von Schäden die durch das Hochwasser entstanden sind bzw. war ein sehr großer Posten letztlich die Neuauskleidung des Sportbeckens und die Gestaltung des Umfeldes, das ja immerhin in etwa 3 Millionen Euro betragen hat. Die Hochwasserschäden haben natürlich auch dazu geführt, dass es einerseits ein paar Einbußen gegeben hat, weil man natürlich das Stadtbad, das zur Gänze verwüstet war, früher schließen musste, andererseits aber dadurch auch einen verzögerten Beginn der Wintersaison mit dem Hallenbad hatte und wir erst am 20. 10. das Hallenbad und die Sauna wieder eröffnen konnten. Hier möchte ich vor allen Dingen sehr den Helferinnen und Helfern danken, die vor allen Dingen massiv aus dem Bereich des Bundesheeres und der Feuerwehr, aber auch aus dem Magistratsbereich und vielen privaten Hilfen gekommen sind. Ich möchte mich hier noch einmal sehr herzlich bedanken, auch im Namen der Stadt, dass es möglich war, am 20. Oktober immerhin wieder den Betrieb im Hallenbad bzw. auch in der Sauna aufnehmen zu können. Ein paar Schäden hat es natürlich auch bei Gasleitungen udgl. gegeben. Ein massiver Schaden war da vorne, wenn Sie durch die Fenster hier blicken, an Zwischenbrücken bei einer Gasleitung, das ist nicht ganz ungefährlich gewesen ist. Auch diese Reparaturen haben natürlich einiges gekostet. Es soll auch nicht übersehen werden, dass gerade beim Stadtbad Absicherungsmaßnahmen gegen solche Schäden in dieser Art, durch das Hochwasser, notwendig sein werden, dass es zu keinen großen Schäden mehr kommt, die natürlich baulicher Art sein werden. Wir müssen auch in Zukunft daran denken, dieses Geld vorzusehen.

Es sei mir auch noch erlaubt, ein paar Worte zu den Verkehrsbetrieben zu sagen. Hier befinden wir uns aus meiner Sicht auf dem richtigen Weg. Wenn Sie also im Geschäftsbericht ein bisschen nachgelesen haben, dann haben Sie gesehen, dass wir wieder steigende Beförderungszahlen haben und fallende Kilometerleistungen. Das ist gelungen durch die Optimierung der Linienführung. Es kommt daher auch zu einem etwas besseren Ergebnis dadurch. Wir befinden uns insofern auf dem richtigen Weg, dass wir eine Aufwandsdeckung von 58 % haben. Vorher sind wir ein bisschen darunter gelegen. Es ist jetzt wieder ein bisschen steigend.

Daher glaube ich, dass im Gesamten gesehen, vor allen Dingen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei den Stadtwerken hier zu danken ist für ihre Leistungen die Sie erbracht haben. Ich möchte nur eine kleine Zahl erwähnen, dass in den Stadtbetrieben also 137 Mitarbeiter und 3 Lehrlinge arbeiten, die immerhin eine Wertschöpfung pro Kopf und Nase haben von derzeit 60.800,-- Euro im Jahr. Das war eine Steigerung der Wertschöpfung von 58.700,-- auf 60.800,-- im Jahr 2002 um 4 % pro Kopf und Nase. Wobei auf der anderen Seite der Personalkostenaufwand durch die Besoldungsmerkmale und die Besoldungssprünge die notwendig sind durch 0,8 % gestiegen sind. Insgesamt aber natürlich gerechnet um die 4 %, weil es auch Jubiläumszuwendungen bzw. Abfertigungen udgl. zu bezahlen gibt und das natürlich in die Personalkosten eingerechnet wird. In

diesem Sinne noch einmal sei von dieser Stelle aus hier ein herzlicher Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Teilbetriebe in den Stadtwerken gerichtet, aber auch an die Verwaltung und die Geschäftsführung. Ich ersuche in diesem Sinne die Bilanz der Stadtwerke Steyr zu beschließen.

11) Stw-98/03 Bilanz- und G&V Stadtwerke Steyr 2002.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der beiliegende Jahresrechnungsabschluss 2002 der Stadtwerke Steyr wird im Sinne der § 4, Abs. 3b auf Antrag des Verwaltungsausschusses nach § 5 Abs. 5 des Organisationsstatutes für die Unternehmung Stadtwerke Steyr genehmigt.

Gleichzeitig wird die Saldoauflösung der Rücklagen mit insgesamt Euro 345.000,-- genehmigt. Ebenso wird den stadtwerkeinternen Betriebskostenzuschüssen für Stadtbad, Eislaufplatz und Stadtbus zugestimmt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr GR Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe ja allgemeine Aufmerksamkeit erregt, habe ich soeben festgestellt. Der Kollege Hauser hat ja als Stadtrat und Zuständiger für die Stadtwerke soeben die Bilanz-, Gewinn- und Verlustrechnung sowie den Geschäftsbericht der Stadtwerke und des Versorgungsbetriebeverbundes Gas und Verkehr erläutert und auf das gute Ergebnis hingewiesen. Dennoch möchte ich, nachdem ich im Jahr 2002 noch der zuständige Referent war für diesen Bereich, ebenfalls hier vor diesem hohen Gremium einige grundsätzliche Anmerkungen machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, gerade das Jahr 2002 war ja in vielen Bereichen für die Mitarbeiter aller Teilbereiche der Stadtwerke ein sehr schwieriges Jahr. Ich möchte das nur an ein paar Beispielen erläutern und einige herausgreifen. Für den städtische Linienverkehr war das gesamte Jahr 2002 mit besonderen Behinderungen deswegen behaftet, weil ja in diesem Jahr der Neubau der Rederbrücke stattgefunden hat sowie des Kreisverkehrs und auch der Umbau des Blümlhuberberges. Durch die Liberalisierung des Gasmarktes sind auf die Mitarbeiter der Stadtwerke eine Reihe von Veränderungen zugekommen in Form von neuen Vorschriften, Erstellungen von Berichten udglm. Es hat aber auch in diesem Zusammenhang der angestrebten Liberalisierungsmaßnahmen vorsorgliche Kündigungen von Großabnehmern, die die Stadtwerke bisher beliefert haben, gegeben. Ich erlaube mir auch das hinzuzufügen, was die Liberalisierung betrifft, dass es bis heute noch Probleme gibt im Zusammenhang der Berechnung des Netzkostenbeitrages und zwar deswegen, weil ja dieser Netzkostenpreis zum Nachteil der bisherigen Gaslieferanten, so also auch der Stadtwerke Steyr, aufgrund der Forderungen der E-Controll, die die Interessen einiger Großabnehmer vertreten, massiv gedrückt werden soll, obwohl andererseits die Stadtwerke und auch die anderen bisherigen Gasversorger die Aufrechterhaltung und Instandhaltung dieser Netze zu betreiben haben, die vorher mit Steuergeldern errichtet wurden. Das Jahrhundertereignis, nämlich das Hochwasser im August des Jahres 2002, mit all seinen dramatischen Auswirkungen, traf ja nicht nur viele Bürger und Firmen unserer Stadt, sondern auch im besonderen Maße Teilbereiche der Stadtwerke. Der Kollege Hauser hat ja hingewiesen, dass gerade im Bereich des Stadtbades das Hochwasser sehr schlimm gewütet hat und sehr hohe Schäden angerichtet hat. Im Besonderen waren natürlich die Mitarbeiter der Teilbereiche städt. Bad, Gas- und Wasserwerk im besonderen Maße und weit über ihre Dienstverpflichtungen hinaus gefordert und sie haben ihre Aufgaben auch tatsächlich sehr vorbildlich erledigt und dafür ist ihnen sehr zu danken. Trotz dieser wirklich schwierigen Situation, die ich an ein paar Beispielen geschildert habe, war es den Mitarbeitern der Stadtwerke, durch entsprechenden Einsatz, möglich, ein sehr gutes Gesamtergebnis zu erwirtschaften. Nicht nur dass die Wertschöpfung pro Mitarbeiter bei einem Jahresumsatz von 16,4 Millionen Euro um 4 % von 58.700,-- auf 60.800,-- Euro angestiegen ist, war es auch möglich, einen vorgesehenen Finanzausschuss von der Stadt in Gesamthöhe von 871.000,-- Euro nicht in Anspruch zu nehmen. Es war auch weiterhin möglich, das wurde auch bereits vom Vorredner angeführt, dass intern die Abgänge, vor allen Dingen im Verkehrsbetrieb aber auch bei der städt. Kunsteisbahn und des Stadtbades, abgedeckt werden konnten. Diese Abgänge waren einfach nicht zu vermeiden trotz der Tatsache, dass auch in diesen Bereichen die Mitarbeiter vorbildliche Arbeit geleistet haben. Für diese Leistungen möchte ich mich ebenfalls, so wie mein Vorredner, bei den Mitarbeitern der Stadtwerke recht herzlich bedanken.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke Roman. Als Nächster hat sich Herr GR Hack zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, auch wir, die ÖVP-Fraktion, möchten uns sehr herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtwerke bedanken. Sie haben wirklich gute Arbeit geleistet. Aber wir machen uns Sorgen. Wir machen uns richtige Sorgen um die Mitarbeiter, weil wenn da in dem Stadtwerkebericht schon drinnen steht, dass die Krankenstandsentwicklung so explodiert fast, stark steigt und überhaupt über den Durchschnitt ist, dann würde ich sagen ist der Herr Mag. Schuster als Personalvertreter und ja auch im Kommunalausschuss tätig, das wäre jetzt genau dann die richtige Position für ihn, für beide Seiten eine gute Lösung zu finden und da vielleicht einzugreifen oder Gespräche zu führen oder die Ursachen zu ergründen, dass es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wieder besser geht und auch den Stadtwerken damit, weil diese Krankenstandstage sind ja doch irgendwo eine Belastung auch für den Geschäftsbetrieb der Stadtwerke.

Wenn der Kollege Hauser sagt, die Stadtwerke sind am richtigen Weg, vor allen Dingen die Verkehrsbetriebe, in manchen Bereichen sicher, aber im Sommer dann das Leistungsangebot um 50 % zurückzunehmen, das ist sicher nicht der richtige Weg, vor allen Dingen auch, wenn man sich für die Stadt Steyr, für die Bewohner der Stadt Steyr, für die Mitarbeiter, wenn man sich nämlich dann auch den allgemeinen Zustand, die Bemerkungen des Herrn Zeilinger, glaube ich, der schreibt die Bemerkungen über die Umfeldsituation, dann muss man wirklich sagen, das passt eigentlich nicht zusammen. Das ist sicher in dem Bereich nicht der richtige Weg.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau GR Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Wie sie ja wissen, liegt mir besonders der öffentliche Verkehr am Herzen und wenn ich mir den Geschäftsbericht der Stadtwerke anschau, mache ich mir auch Sorgen. Nämlich nicht nur Sorgen um die Mitarbeiter, wie es der Kollege Hack angesprochen hat, sondern Sorgen um die Entwicklung im öffentlichen Verkehr, und zwar aus mehreren Gründen. Zum einen einmal stellt der Geschäftsbericht fest, dass aufgrund der finanziell schlechteren Lage der Stadt Steyr, wahrscheinlich auch in Zukunft Einsparungen vorgenommen werden, was die Investitionen anbelangt im Bereich vor allem des Stadtbusses und des Stadtbades. Also von den Bereichen die hier umfasst sind. In erster Linie wird es möglicherweise den Stadtbusbereich treffen. Zum anderen sind die Fahrgastzahlen leicht rückläufig. Es wird auch wieder festgestellt, wir sind eigentlich dort wo wir schon vor Jahren waren. Es fahren nur jene mit dem Bus, nämlich Schwergewicht der Busbenützer wird zitiert ältere Menschen, Schüler, Lehrlinge, Frauen mit Kindern. Es ist uns nicht gelungen in den letzten Jahren auch andere Bevölkerungsschichten auf den öffentlichen Verkehr zu bringen. Zum einen dadurch, dass die Pünktlichkeit der Busse, die auch zitiert wird, gerade im letzten Jahr nicht besonders hoch war. Die war dann nur mehr bei ungefähr 90 %, hat natürlich auch Ursachen im Bereich der generellen Verkehrssituation in Steyr. Allerdings wird natürlich zitiert auch im Geschäftsbericht, es müsste viel mehr investiert werden in den Bereich Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs gegenüber dem motorisierten Individualverkehr z. B. durch eigene Busspuren oder Beschleunigungsmaßnahmen. Leider habe ich sehen müssen, dass diese zwar vorgesehen waren, beantragt waren im Voranschlag, aber auch wieder hinausgeflogen sind. Was immer noch nicht geklärt ist, ist der Wartebereich Stadtplatz Zwischenbrücken, auch dafür gibt es im Budget leider keine finanziellen Mittel. Die Anbindung, die längst fällig wäre, in die Nachbargemeinden St. Ulrich und Garsten lässt ebenfalls auf sich warten, obwohl die Verkehrsbetriebe sehr wohl sagen, das würde eine Erlösverbesserung mit sich bringen.

Meine Hoffnung ist, nachdem es heute nicht auf der Tagesordnung des Gemeinderates ist, es allerdings im Ausschuss schon beschlossen wurde, hoffe ich, dass inzwischen ein kleiner Meinungswandel stattgefunden hat und dass man nicht das macht, was man seitens der Mehrheit vorgehabt hat, nämlich im Juli und August den Bus nur mehr jede ½ Stunden fahren zu lassen, in der Zeit zwischen 8 und 16 Uhr, weil damit würde man dem öffentlichen Verkehr letztlich wiederum einen weiten Todesstoß verpassen. Also, mich stimmt dieser Bericht nicht besonders froh, weil eigentlich die Entwicklung genau in die andere Richtung geht, statt mehr in den öffentlichen Verkehr zu investieren, statt mehr zu machen um die Bevölkerung zum Umsteigen zu bewegen, mehr im Bereich Marketing zu machen, die Stadtwerke haben eigentlich im Bereich Marketing fast überhaupt kein Budget, d. h., sie können also auch den öffentlichen Verkehr nicht ausreichend bewerben. Wenn ich mir auf der anderen Seite anschau, dass die Stadt Steyr jene Stadt ist die die höchsten Unfallzahlen

aufweist, pro 1.000 Einwohner. Wenn sie sich den Bericht des Kuratoriums für Verkehrssicherheit aus dem Jahr 2002 anschauen, dann sehen sie, dass Steyr der absolute Spitzenreiter ist, jene Stadt, die pro 1.000 Einwohner die meisten Verkehrsunfallopfer aufweist, nämlich 14. Wenn sie dem gegenüber die Stadt Wien vergleichen, dann liegt das irgendwo bei vier oder fünf Personen. In diesem Bericht vom Kuratorium für Verkehrssicherheit steht z. B., dass es einen klaren Zusammenhang gibt zwischen der Zahl der Unfallopfer im Verkehr und dem öffentlichen Verkehr, je nachdem wie er ausgebaut ist. In Wien ist er sehr gut ausgebaut, also habe ich weniger Verkehrsunfälle. In Steyr könnte ich wahrscheinlich auch den einen oder anderen Verkehrsunfall verhindern, indem mehr Leute den öffentlichen Verkehr benützen. Ich hoffe zumindest, dass diese eine Entscheidung wieder revidiert wird, nämlich dieser ½-Stunden-Verkehr im Juli und im August.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist offensichtlich nicht der Fall. Schlusswort bitte.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Sehr geehrter Kollege Eichhübl, es freut mich sozusagen einerseits deine Betrachtungen zu hören und andererseits natürlich, dass es mir klar ist, dass die Freude über den Geschäftsbericht auch auf deiner Seite ist, weil damals warst du ja noch verantwortlicher Stadtrat, das ist völlig logisch. Ich denke mir natürlich, dass gerade im Rahmen der Gasliberalisierung wir jetzt die Auswirkungen zu spüren bekommen. Wir haben jetzt einmal darüber geschaut und wir sind derzeit im Rahmen der Gasliberalisierung so, dass wir bei eben als Stadtwerke bei den Haushaltstarifen die wir haben und den Preis den wir weiter geben gegenüber anderen privaten Anbietern um 85 % günstiger für den Haushalt als wie ein anderer Anbieter an den einzelnen Haushalten liefern würde aber bei Großbetrieben natürlich zwischen 10 und 30 % teurer. Das ist auch der Grund warum gerade diese Liberalisierung des Gaswirtschaftsgesetzes ja nicht dazu geführt hat, dass die großen Gasanbieter jetzt kommen und für jeden einzelnen Kleinen einen Vertrag machen, sondern dass es letztlich so ist, dass sich die nur um die Großkunden kümmern. Wie du richtig gesagt hast, lieber Kollege Eichhübl, aufgrund des sozusagen versucht Niedrighaltens der Netzgebühren die man bezahlt natürlich auch dementsprechend günstig die Großabnehmer beliefern zu können. Das wird uns sicherlich in der Zukunft treffen. Das wird uns aber nicht nur bei den Stadtwerken treffen, sondern es wird uns als gesamte Stadt treffen insofern, weil natürlich dann diese Verlustabdeckung in diesem Ausmaß nicht mehr stattfinden wird können.

Der Kollege Hack hat die Krankenstandstage zitiert. Es ist natürlich richtig und es steht auch schwarz auf weiß drinnen, dass das so ist. Man muss aber auch davon sprechen, dass wir ca. 60 Buslenker haben, die einen Schicht- und Wechseldienst haben und wo es eine sogenannte 7-Tage-Berechnung gibt. Man muss also diese Zahlen noch einmal differenzierter einerseits anschauen was das betrifft und andererseits ist es so, dass die Geschäftsführung von mir einmal den Auftrag bekommen hat zu analysieren, wie es hier wirklich aussieht, wo sozusagen die Schwergewichte der Krankenstände sind und dann wird man sich sicherlich damit befassen, mit dieser Analyse dann heranzugehen wie wir das eine oder andere verändern können. Ich will gar nicht sagen, dass es nicht womöglich im Umfeld durchaus einige Dinge gibt, um hier die eine oder andere Spitze wegzubekommen. Es ist aber ganz sicherlich so, dass das im Einvernehmen mit den Bediensteten und der Dienstnehmervvertretung natürlich passieren wird und nicht irgendwelche eigentümlichen Aktionen stattfinden werden.

Zu den Bemerkungen des öffentlichen Verkehrs von der Frau Kollegin Frech sei gesagt, ja, dass man gar kein Marketing macht ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich habe nicht gesagt Marketing.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Ja, das ist schon richtig. Dass man gar kein Marketing macht, das wäre natürlich falsch, dass es zu wenig ist, denke ich mir, es ist immer eine Form der Betrachtungsweise wie man es sich anschaut. Aber ich denke mir, dass eine vernünftige Linienführung, ordentliche Busse die allen Komfort bieten, diese Niederflurbusse, von der Absenkung und alle diese Dinge mehr, und wenn man auf der anderen Seite dann die positiven Rückmeldungen auch hört von denen, die dort mitfahren, weil mittlerweile fahre ich auch mit dem Autobus um mir genau diese Dinge auch anzuhören. Es ist also so, dass man schon sagen muss, dass die Leute durchaus zufrieden sind. Ich glaube aber nicht, dass man Leute, die überall hin mit ihrem Auto fahren und das schon immer gefahren sind, hier großartig bewegen können wird in einer Stadt, wo Autos gebaut werden bzw. Teile von Autos gebaut werden, und das Auto noch dazu ein gewisses Statutssymbol ist in dieser Stadt, es letztlich dazu kommen

wird, dass hier großartige Vermehrungszahlen beim öffentlichen Verkehr stattfinden. Wobei ich durchaus eingestehe, dass natürlich ein paar bauliche Maßnahmen bzw. Ampelbeeinflussungen ja nicht so ist, dass diese gänzlich vom Tisch sind. Man wird auch an diesem Projekt weiter arbeiten. Genauso wie an der Anbindung des öffentlichen Verkehrs an die Nachbargemeinden. Nur da darf man nicht immer nur über den Tellerrand hinausschauen und sagen die Stadt Steyr trägt hier die Verantwortung sondern es ist ja so, dass natürlich die Nachbargemeinden hier aufgefordert sind letztlich auch mitzufinanzieren. Das ist halt bei weitem nirgends gegeben. Das muss man halt auch fairerweise dazu sagen. Dass wir nicht einfach mit unserem Stadtbus irgendwo hin fahren können und sagen jetzt sind wir da und jetzt steigt ihr gefälligst bei uns ein, so einfach spielen sich halt die Dinge auch nicht ab.

Und über den Sommerfahrplan wird zu diskutieren sein. Ich ersuche um Beschlussfassung des Geschäftsberichtes.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? 1 (Bürgerforum Frech). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Ich bitte um den nächsten Antrag.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, der nächste Tagesordnungspunkt befasst sich mit einer Kooperationsvereinbarung zum Regionalen Innovationssystem OÖ, Projekt ARISTA, Beziehungsmanagement, als Vernetzungsprojekt (Forschung, Technologie, Innovation) mit 6 Projektpartnern. Es hat also hier einmal eine Besprechung stattgefunden und es ist dann an mich herangetreten worden, einen Tag vor der notwendigen Abgabe dieses Kooperationsvertrages, ich möge doch so nett sein und diesen Antrag unterschreiben bzw. die Dringlichkeit hier verfügen, dass die Unterschrift unter diesem Projektvertrag bzw. unter diese Kooperationsvereinbarung gesetzt werden könne, da bekannt wurde, dass am 24. 11. erfolgen muss, damit das sozusagen rechtzeitig eintrifft um nicht die Möglichkeit zu verpassen hier EU-Förderungen lukrieren zu können für dieses Projekt. Bei dem Projekt geht es also darum, dass eine Bürgercard überlegt wird und erstellt werden soll mit der man so ziemlich alles machen kann. Ich sage jetzt da einmal so ein bisschen lapidar, vom Eintritt ins Stadtbad bis zum Busfahren, bis zum Parkautomaten, bis zur elektronischen Unterschrift, bis zum Geldabheben. So soll also diese Bürgercard in etwa ausschauen, die hier geplant ist, an diesem Projekt zu arbeiten. Letztlich ist es so, dass das ein Projekt ist, das uns auch als Stadt sehr entgegen kommen würde. Das Auftragsvolumen für das Jahr 2003 bis 2005 für die Stadtwerke selbst, bedarf eine Einbringung von 371 Arbeitsstunden in dieses Projekt. Aus diesen Gründen habe ich also, nachdem es hier durchaus potente Projektpartner wie das Magistrat Steyr, das Stadtmarketing Steyr, der Tourismusverband Steyr und das Technologie- und Innovationscenter Steyr auch gibt als Projektpartner, mich nicht gescheut, diese Unterschrift unter diesen Antrag zu stellen, auch mit Dringlichkeit, und ich ersuche diese Kooperationsvereinbarung zu beschließen.

12) Stw-103/03 Kooperationsvereinbarung zum RIO (Regionales Innovationssystem OÖ); Projekt – ARISTA – Beziehungsmanagement – als Vernetzungsprojekt FTI (Forschung, Technologie, Innovation) mit 6 Projektpartnern.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 21.11.2003 wird dem Vertragsabschluss zugestimmt.

Aus Dringlichkeit wurde in Abstimmung mit dem Bürgermeister vom politischen Referenten für die Stadtwerke, Herrn StR Wilhelm Hauser, die Genehmigung zur Unterschrift vorweg erteilt.

Die Unterschrift der Stadtwerke unter den Kooperationsvertrag erfolgte am 24.11.2003. (Beilage).

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Herr Kollege Hauser, wir haben ja diskutiert über diesen Kooperationsvertrag im Verwaltungsausschuss der Stadtwerke und da sind einige Fragen offen geblieben, eben wie sie auch richtig gesagt haben,

anhand der Dringlichkeit die gegeben war. Sie haben uns damals zugesichert, sie würden heute die offenen Fragen noch beantworten. Ich würde sie bitten, das jetzt auch zu tun. Die Frage war nämlich die, die unter anderem auch aufgetaucht ist, bezüglich der Projektpartner. Es sind insgesamt 7 Projektpartner genannt, die in diesem Kooperationsvertrag vorkommen und der Großteil war uns irgendwie logisch, weil sie, wie gesagt, der Magistrat Steyr, die Stadtbetriebe, der Tourismusverband, also stadtnahe Einrichtungen oder städtische Betriebsind. Der Projektpartner 7 dann aber war die Connect Bildungs- und Fitness GmbH. & CoKG und da ist natürlich die Frage aufgetaucht, wie kommt man jetzt auf Connect bzw. haben nicht auch andere private Unternehmen in Zukunft die Möglichkeit hier teilzunehmen? Diese Frage hat ja dann nicht beantwortet werden können und da möchte ich sie bitten, das jetzt hier zu beantworten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr GR Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium, die Frau Kollegin Frech hat mir soeben eine Feststellung vorweg genommen, aber dennoch darf ich vielleicht grundsätzlich ein paar Anmerkungen zu dieser Kooperationsvereinbarung machen. Die Ausgangslage wurde ja bereits vom Referenten dargelegt und ist durchaus als positiv zu beurteilen, dass nämlich mit einer Chipkarte in Zukunft mehrere Freizeiteinrichtungen der Stadt benützt werden können. Ich verweise ebenfalls auf die Diskussion im Verwaltungsausschuss in diesem Zusammenhang, wo auch von mir die Frage gestellt wurde, bei Betrachtung der Auflistung der Projektpartner, warum ein Privatbetrieb unter den sonst angeführten öffentlichen Unternehmungen aufscheint und ob man auch die Frage geprüft hat, ob weitere Privatunternehmer in diesem Zusammenhang Interesse an dieser Sache haben. Das zum einen. Zum anderen ist mir zu Ohren gekommen, und das bitte ich auch aufzuklären, dass die Stadt, also Magistrat Steyr, als Projektpartner angeführt ist, offensichtlich kein großes Interesse an dieser Sache zeigt. Vielleicht könnte man das doch auch in diesem Kreis hier darlegen. Wie gesagt, die eine Frage betreffend Connect Bildungs- und Fitness GmbH, ich möchte gleich klarstellen, dass ich nichts gegen diese Firma habe, aber es ist halt auffällig, wenn ein Privatunternehmen unter der Auflistung von öffentlichen Unternehmen aufscheint und zum anderen, ob es der Tatsache entspricht, dass der Magistrat Steyr kein besonderes Interesse daran hat.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Also, eine Frage die ich nicht beantworten kann ist, ob der Magistrat erhöhtes Interesse hat. Da ist es gescheit, wenn der Herr Bürgermeister dazu Stellung nimmt. Ich kann nur sagen, wir haben insofern unsere Interesse bekundet, weil es also bei unseren Betrieben durchaus einen Sinn machen würde eine Karte zu haben für die verschiedensten Einrichtungen. Aus diesem Grund wollen wir uns auch daran beteiligen.

Die Frage, die ich beantworten möchte zur Firma Connect ist, dass es hier eine Verbindung gegeben hat Stadtmarketing Connect und RIS, die also sich über das schon vorher Gedanken gemacht haben und die anderen Vertragspartner erst dann dazugestoßen sind. Das war also dann nicht so, dass man zuerst mit denen gemeinsam redet wie man denn so etwas machen könnte und dann sagt man, jetzt sind nur mehr lauter öffentliche Institutionen dabei, jetzt stoßen wir die Firma Connect hinaus. Das ist also der Grund, warum die Firma Connect hier als Vertragspartner dabei ist. Ob es erweiterungswürdig ist oder nicht, hat mir in Wirklichkeit keiner beantworten können, ob also noch zusätzliche Kooperationspartner dazukommen können oder nicht. Derzeit ist es so, dass es jetzt einmal in der Bearbeitung ist um überhaupt diese Förderungsgelder lukrieren zu können.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, vielleicht noch zu dem Thema erhöhtes Interesses des Magistrates. Ich kann leider da auch nichts dazu sagen. Ich kann nur sagen, dass ich als Bürgermeister Interesse habe, dass diese Bürgercard entsteht und dass ich das befürworte.

Ich würde jetzt um die Abstimmung bitten. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? 2 (1 Bürgerforum Frech, 1 ÖVP – GR Hack). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Nächster Punkt.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, mein nächster Antrag befasst sich wieder einmal mit einer Preisanpassung, um sozusagen hier in kleinen

Schritten immer wieder die Leistungsfähigkeit auch anzuhalten im Stadtbad. Aufgrund dieses Antrages würde es hier zu einer Preisanpassung im Stadtbad in Steyr mit 1. 5. 2004 kommen. Es ist also dem Amtsbericht beigelegt, um welche Erhöhungen es hier geht. Gerade durch diese kleinen Schritte versuchen wir hier sehr moderate Erhöhungen umzusetzen. Ich denke mir, dass es durchaus vertretbar ist. Wenn sie bei ihrem Amtsbericht schauen, sind also in der dritten Spalte die prozentualen Erhöhungen und es ist halt so, dass leider Gottes 5 Cent auch schon 3,33 % ausmachen. In diesem Sinne ersuche ich diesen Antrag zu beschließen.

13) Stw-92/03 Stadtbad Steyr; Preisanpassung Freibad per 1. 5. 2004

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 9. 10. 2003 über die Preisanpassung für das Freibad mit Wirksamkeitsbeginn 01. 05. 2004 und zufolge des Beschlusses im Verwaltungsausschuss für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ entsprechend der Beilage wird der Anwendung der neuen Eintrittspreise zum genannten Zeitpunkt zugestimmt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau GR Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Wie sie ja wissen, bin ich normalerweise nicht unbedingt geneigt, Preiserhöhungen zuzustimmen, vor allem, wenn sie sich wie z. B. bei der Müllgebühr im Bereich von 10 – 20 % bewegen. Wenn es sich aber argumentieren lässt, und im vorliegenden Fall lässt es sich argumentieren, dass die Erhöhungen, wie der Herr StR Hauser gemeint hat, durchaus moderat ausfallen, wir im Vergleich zu anderen Freibädern noch relativ günstig liegen und natürlich auch daran interessiert sind das Stadtbad weiterhin zu attraktivieren, denke ich mir kann man mit dieser Gebührenerhöhung sehr wohl leben. Aus diesem Grund werde ich dieser Preisanpassung hier auch die Zustimmung erteilen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wünscht noch jemand das Wort? Schlusswort bitte.

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Es ist an und für sich nichts mehr hinzuzufügen. Wir haben versucht sehr moderate Preiserhöhungen zu machen und ich glaube, dass das auch vernünftig ist. Ich ersuche den Antrag zu beschließen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmige Annahme. Danke. Nächster und letzter Punkt.

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Mein letzter Antrag befasst sich mit der Wassergebührenordnung. Wenn sie sich an die letzte GR-Sitzung erinnern, haben wir also hier beschlossen die Wassergebühren anzuheben aufgrund der Vorschriften im Landesgesetz. Nun ist es also erfolgt, dass uns, wie ich damals schon erwähnt habe, also kurz der letzten GR-Sitzung, erreicht hat, dass also auch die Wasseranschlussgebühren nachjustiert wurden gemäß dem Landesgesetz. Es ist also so, dass die Anschlussgebühren von 1.492,-- auf 1.513,-- Euro bei einem 20 mm Rohr angehoben werden. Auch hier ist es so, dass wir über diese Größenordnung nicht drübersteigen, wie es im Landesgesetz vorgesehen ist, wo wir sie aber anpassen müssen, um letztlich bei Errichtungen von Wasserleitungen udglm. die notwendigen Förderungen auch lukrieren zu können. Ich ersuche diesen Antrag zu beschließen.

14) Stw-99/03 Städt. Wasserwerk; Wassergebührenordnung; Änderung der Anschlussgebühren zum 1. 1. 2004.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 11.11.2003 wird der Wertanpassung der Wasserleitungsanschlussgebühren entsprechend dem in der Beilage mitübermittelten Verordnungstext und der darin enthaltenen Gebührenhöhe zum 1.1.2004 zugestimmt.

Diese Verordnung tritt am 1.1.2004 in Kraft und wird gem. § 65 Abs. 1 StS 1992, LGBl. Nr. 9/1992, durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundgemacht. Gleichzeitig tritt die Verordnung vom 13.11.2003 außer Kraft. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Eine Wortmeldung. Roman bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herrn Bürgermeister. Ich wiederhole mich, wenn ich im Zusammenhang der vom zuständigen Referenten vorgetragene Situation betreffend der Änderung der Anschlussgebühren was die Wasserversorgung betrifft zum Ausdruck bringe, dass es für alle Beteiligten unangenehm ist, Preiserhöhungsanträge zum einen vorzutragen und zum anderen zu beschließen, aber auch unangenehm ist für jene, die schlussendlich diese höheren Gebühren zu bezahlen haben. Unsere Meinung hat sich aber keinesfalls geändert. Wir haben in der Vergangenheit und werden es auch in der Zukunft so halten, immer jenen Preiserhöhungen zugestimmt, die zum einen aufgrund von betriebswirtschaftlichen Überlegungen und Kalkulationen indexmäßig angepasst werden oder eben wie gesagt aus betriebswirtschaftlichen Gründen unabdingbar notwendig sind. Total konträr verhält es sich bei dieser Gebührenerhöhung. Diese Gebührenerhöhung wird uns vom Land aufgezwungen obwohl, und davon bin ich überzeugt, sich überhaupt nichts ändert wenn der GR diese Gebührenerhöhung nicht beschließt. Wir werden ja Gelegenheit haben im Zusammenhang des Budgets, beim letzten Tagesordnungspunkt heute, darauf hinzuweisen, dass es in Wahrheit so ist, dass die Beiträge der Stadt an das Land immer größer werden und die Rückflüsse immer weniger werden. Das werde ich aber noch genauer ausführen. Das ist die eine Seite der Preiserhöhung. Die andere Seite ist die, dass es keinesfalls betriebswirtschaftlich erforderlich und notwendig ist, dass man hier in diesem Bereich eine Gebührenerhöhung vornimmt. Gerade die Bilanz der Stadtwerke, die vorhin beschlossen wurde, weist im Besonderen auch darauf hin, dass es Gott sei Dank aufgrund der aktiven Mitarbeit der Mitarbeiter in diesem Bereich Wasserversorgung es möglich ist, entsprechende Gewinne zu erzielen die auch einerseits notwendig sind um die Wasserversorgung im entsprechenden Maße aufrecht zu erhalten und weiter voranzutreiben aber auch andererseits es ermöglicht, die Verlustsätze die im Stadtbad und auf der Kunsteisbahn erwirtschaftet werden abzudecken. Diese Verluste sind immerhin in einer Größenordnung von etwa 700.000,- Euro jährlich, also an die 9 Mio. Schilling oder etwas mehr. Meine Damen und Herren, aus diesem Grunde, weil es wie gesagt nicht nachvollziehbar ist und es uns einfach vom Land aufgezwungen wird, werden wir dieser Preiserhöhung die Zustimmung nicht geben. Ich darf gleich vorweg nehmen, dieselbe Argumentation trifft auch auf die Kanalanschlussgebührenordnung zu, die ebenfalls ab 1.1.2004 entsprechend abgeändert bzw. um es klar und deutlich zu sagen angehoben werden soll.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Es ist nichts mehr hinzuzufügen, außer dass wir hier in einer Zwangssituation sind von der wir uns leider nicht befreien können, um andererseits dann bei gewissen Bautätigkeiten nicht die notwendigen Fördermittel zu verlieren. In diesem Sinne ersuche ich um Beschlussfassung für diesen Antrag.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP, GAL. Wer ist dagegen? 4 (3 FPÖ, 1 Bürgerforum Frech). Stimmenthaltung? Keine. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Ich danke dem Berichterstatter und bitte als nächsten Berichterstatter Herrn StR Gunter Mayrhofer.

BE: STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, angesichts der prekären Finanzsituation übe ich mich in Zurückhaltung und habe nur drei Anträge heute da, die noch dazu fast nichts kosten. Der erste Antrag ist die Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther 2002“. Die jährliche Auszeichnung der Stadt Steyr für drei Personen oder auch Institutionen. Es wird vorgeschlagen sie an Herrn Dr. Heinrich und Frau Elisabeth Schubert, Herrn Eglmayr Robert und die Österreichische Bundesforste zu vergeben. Ich ersuche um Zustimmung.

15) K-1/03 Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther 2002“; Auszeichnung der Stadt Steyr für

besondere Verdienste in der Denkmalpflege.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung vom 30. Oktober 2003 wird an folgende Personen, die sich besonders für die Pflege und Erhaltung von Baudenkmalern in der Stadt Steyr einsetzen und Außergewöhnliches für die Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung geleistet haben, als Anerkennung das Ehrenzeichen „Steyrer Panther“ verliehen.

Gemäß III Abs. 1 der Richtlinien werden genannt:

1. Herr Dr. Heinrich und Frau Elisabeth Schubert
2. Herr Eglmayr Robert
3. Österreichische Bundesforste AG Forstbetrieb Steyr, in Vertretung zu Handen Herrn DI Gerhard Fischer und Herrn Johann Rammelmüller.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr GR Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist sehr erfreulich, wenn die Stadt Steyr jene Bürger ehrt, die mit Privatinitiativen, Aktionen und finanziellem Aufwand einen Beitrag leisten, dass die historische Bausubstanz in Steyr erhalten bleibt. Es sind ja hier einige Steyrer angeführt, die jetzt diese Auszeichnung erhalten sollen. Wenig Verständnis habe ich allerdings dafür, dass dann die Stadt selbst diese Aktivitäten teilweise konterkariert. Im Konkreten ist ja der Herr Dr. Schubert auch erwähnt, der sein Haus am ehemaligen Gesamtgelände des Schlosses Voglsang, später herausgelöst, in hervorragender Weise saniert hat. Es ist hier auch erwähnt, die Auffahrt und das Gesamtensemble ist sozusagen erwähnenswert, wie schön das restauriert wurde. Daher möchte ich hier schon bemerken, dass die Stadt gerade das Umfeld von der Villa des Herrn Dr. Schubert alles andere als dementsprechend, alles andere als diesem Antrag entsprechend behandelt hat. Im Gegenteil, man hat unter fadenscheinigen Begründungen das Grundstück umgewidmet. Man hat auch den Gemeinderat ein bisschen mit falschen Informationen offensichtlich gefüttert, denn die öffentlichen Interessen die damals angegeben wurden um diese Umwidmung herbeizuführen haben sich inzwischen als Luftblase herausgestellt, weil jene, die damals angeblich diese Umwidmung betrieben haben und ein öffentliches Interesse bekundet haben, inzwischen längst auf andere Grundstücke ausgewichen sind. Das AMS baut, wie den Medien zu entnehmen ist, ganz wo anders und daher die Gründe für diese Umwidmung längst nicht mehr gegeben sind. D. h., auf der einen Seite ehren wir jene, die in hervorragender Weise einen Beitrag leisten um die Altstadt zu erhalten und schöner zu machen, auf der anderen Seite schießt da die Stadt selbst dagegen indem man dort Betonklötze hinbauen wollte und eine Umwidmung damit begründet hat mit öffentlichem Interesse und jetzt gerade hat sich herausgestellt, dass dem überhaupt nicht so ist. Wir haben das damals schon hinterfragt und kritisiert und für nicht richtig empfunden. Es ist inzwischen leider bestätigt worden. Auch die Stadt sollte sich daher in Zukunft an diese Dinge vorsichtiger heranbewegen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlusswort Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Danke. Ich gehe davon aus, dass die Freiheitlichen trotzdem der Preisverleihung für die Verdienste um die Architektur und vor allem die Altstadterhaltung mitgehen werden. Die Vorgänge um die von dir angesprochene Umwidmung bei den Franziskaner-Gründen, ich glaube, dass es niemanden gibt, der eine Freude daran hat und wir fühlen uns hier vom AMS ehrlich gesagt auch etwas über den Tisch gezogen. Immerhin existiert ja das Schreiben vom AMS, dass sie gesagt haben, das ist der bevorzugte Standort und sie möchten dort hin gehen. Mittlerweile sind wir wieder mit einem neuen Standort konfrontiert, übrigens einer, der vom Gestaltungsbeirat überhaupt nicht gut geheißen wird, auch der Vorschlag nicht. Sie schlagen vor, dass zusätzliche architektonische Planungen vorgenommen werden. D. h., hier müssen wir wirklich aufpassen, dass die Interessen der Stadt nicht von Eigeninteressen oder Einzelinteressen in dem vor einer Institution missbraucht werden. Ich glaube wir sind aufgerufen, dass wir da auch selbstbewusst genug auftreten, und sagen, so weit und um keinen Schritt mehr, das können wir uns vorstellen oder das nicht. Also insofern gebe ich dir

vollkommen Recht, Hans.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Im nächsten Antrag geht es um die Kanal-Anschlussgebührenordnung, es handelt sich um eine Anpassung. Und zwar wird die mit 1. 1. 2004 in Kraft treten. Ich ersuche um Zustimmung.

16) GemKan-27/97 Kanal-Anschlussgebührenordnung; Änderung zum 1. 1. 2004.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 10. November 2003 wird die in der Anlage beigeschlossene Verordnung betreffend die Änderung der Kanal-Anschlussgebührenordnung der Stadt Steyr genehmigt.

Die Verordnung tritt am 1. 1. 2004 in Kraft und ist durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? 4 (3 FPÖ, 1 Bürgerforum Frech). Stimmenthaltung? Keine. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der letzte Antrag bezieht sich auf die Kanalisation Innenstadt. Es geht um eine Auftragserweiterung und Mittelfreigabe für zusätzliche Leistungen. Der angesprochene Bereich liegt bei der Promenade in der Preuenhuberstraße und im Bereich Beginn Stögerstraße. Es sind insgesamt mehr Mittel in Höhe von 25.914,82 Euro für zusätzliche Kanalbauarbeiten notwendig und eine Kreditübertragung in Höhe von 7.105,90 Euro und dafür eine zusätzlich Darlehensaufnahme. Ich ersuche um Zustimmung.

17) BauT-2/02 Kanalisation Innenstadt – Teil 2; Auftragserweiterung und Mittelfreigabe für zusätzliche Leistungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 17. November 2003 wird der Auftragserweiterung für zusätzliche Kanal- und Oberflächengestaltungsarbeiten an die Fa. Auinger KG, 3300 Amstetten, Stift Ardagger, in Höhe von EUR 230.545,93 exkl. MWSt. um EUR 33.020,72 exkl. MWSt. auf EUR 263.566,65 exkl. MWSt. und der Kreditübertragung in Höhe von EUR 7.105,90 exkl. MWSt. von der VSt. 5/851000/004000 „Ausbau weiterer Kanäle“ zu VSt. 5/851000/004170 „Kanalbau Innenstadt“ zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgabe ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 7.105,90 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter.

Ich gebe meinen Vorsitz an meine Kollegin ab.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE: BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem ersten Antrag geht es um die Tourismuskommission Steyr, Neuernennung der Mitglieder. Es geht um die Mitglieder der verschiedenen Fraktionen. Die SPÖ besteht aus dem Mitglied

Vizebürgermeisterin Friederike Mach und als Ersatzmitglied Gerald Hackl. Die ÖVP – GR Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner, Ersatzmitglied: GR Eva Wührleitner. Die GRÜNEN STEYR – Mitglied Herr Ing. Wilhelm-Karl Enzlberger und Ersatzmitglied GR Andreas Kupfer. Die FPÖ – Mitglied GR Hans Payrleithner, Ersatzmitglied: GR Roman Eichhübl. Bürgerforum Steyr FRECH – Mitglied GR Mag. Michaela Frech, Ersatzmitglied Mag. Kurt Koller. Ich möchte dazu noch erwähnen, dass eine Änderung des Tourismusgesetzes dies möglich macht, dass Mitglieder dieser Kommission nicht unbedingt Gemeinderatsmitglieder sein müssen. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung über den Wahlvorschlag der SPÖ-GR-Fraktion. Wer dafür ist, bitte nur die SPÖ-Mitglieder, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke, einstimmig.

Nächste ist die ÖVP. Wer ist dafür? Auch einstimmig. Danke.

Die GRÜNEN. Wer ist dafür? Danke, einstimmig.

Die FPÖ-GR-Fraktion. Wer ist dafür? Einstimmig.

Bürgerforum Steyr FRECH. Einstimmig.

Somit ist der Antrag überall einstimmig angenommen worden. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen zur Hundeabgabeordnung der Stadt Steyr. Entsprechend dem Hundehaltegesetz ist eine Änderung dieser Hundeabgaben notwendig geworden. Ich bitte auch diesem Antrag zuzustimmen.

19) GemHun-1/00 Hundeabgabeordnung der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Steuerangelegenheiten vom 27. Oktober 2003 wird die in der Anlage beigeschlossene Hundeabgabeordnung der Stadt Steyr genehmigt.

Die Kundmachung dieser Verordnung hat gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr, LGBl. Nr. 9/1992 i.d.g.F., durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr zu erfolgen. Die Verordnung tritt mit 1. 1. 2004 in Kraft. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich komme zu meinem nächsten Punkt. Da geht es um BMW-Motoren, um die Förderung der 7. Ausbaustufe. Im ersten Halbjahr 2001 teilte BMW-Motoren mit, dass geplant sei, in den Jahren 2002 bis 2004 die 7. Ausbaustufe des BMW-Motorenwerkes mit einer Gesamtinvestitionssumme von 521,6 Mio. Euro zu errichten.

Das Investitionsvorhaben umfasst folgende Teilbereiche: Forschung und Entwicklung mit 28,7 Mio. Euro, Umweltschutzaufwendungen- und –investitionen in der Höhe von 6,3 Mio. Euro. Ich möchte dazu anmerken, dass diese Aufwendungen für Forschung und Entwicklung und Umweltschutzaufwendungen natürlich auch sehr wichtig für die Gesamtindustrie hier in Steyr ist, auch für unsere z. B. Kläranlage wo entsprechend gefilterte und hochwertige Wässer, und vielleicht einmal in Zukunft gar keine Abwässer mehr kommen, verwendet wird. Für Schulungsaufwendungen verwendet BMW 17,9 Mio. Euro, für Innovative Maßnahmen 9,7 Mio. Euro und für sonstige Investitionen, das sind die eigentlichen Maschineninvestitionen, 459 Mio. Euro. Diese Investition ist ja schon sehr weit fortgeschritten und es werden ja bereits dieses Jahr die entsprechenden Anlagen in Betrieb genommen. Ich möchte dazu festhalten, dass eine Förderung vorgeschlagen wird und zwar in den Jahren von 2004 bis 2009 sollte die Stadt Steyr dieses Investitionsvorhaben unterstützen mit jeweils Jahresbeiträgen von 363.365,00 Euro von den Jahren 2004 bis 2008 und im Jahr 2009 mit einem Betrag von 416.105,00 Euro. D. h., eine Gesamtförderung, das entspricht 7 % dieser Förderungssumme, die Bund, Land und Stadt Steyr bezahlen, von 2.232.930,00 Mio. Euro. Ich bitte diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

20) Fin-208/01 BMW-Motoren GmbH und BMW Österreich Holding GmbH; Hinterbergerstraße 2,

4400 Steyr; Förderung der 7. Ausbaustufe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen vom 27. November 2003 wird der BMW-Motoren GmbH und der BMW Österreich Holding GmbH, Hinterbergerstraße 2, 4400 Steyr, zur Realisierung der 7. Ausbaustufe des BMW-Motorenwerkes Steyr mit Gesamtkosten in der Höhe von 409,9 Mio. Euro folgende Förderung durch die Stadt Steyr gewährt und dem Abschluss der beiliegenden Förderungsvereinbarung zugestimmt.

2004: EURO 363.365,00

2005: EURO 363.365,00

2006: EURO 363.365,00

2007: EURO 363.365,00

2008: EURO 363.365,00

2009: EURO 416.105,00

Gesamtförderung maximal: EURO 2.232.930,00

Die einzelnen Beträge sind in den jeweiligen Jahren entsprechend zu budgetieren. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau Dr. Braunsberger.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Hohes Präsidium, sehr geehrte Kollegen des Gemeinderates, ich finde es richtig und gut, dass der BMW-Motoren Steyr eine Förderung zukommt. Aber ich halte es genauso wie Frau Mag Frech es mit den Kindern hält, ich bin für die Gleichbehandlung aller Unternehmer betreffend Förderung. Ich habe mir die Richtlinien für die Vergabe von Förderungsmitteln an Gewerbetreibenden herausgesucht und sie im Vergleich zu den Richtlinien der BMW-Motoren gesetzt. BMW hat sich zu verpflichten, um die Förderung zu erhalten, dass sie 2400 Arbeitsplätze sichert. 2400 ArbeitnehmerInnen sind aufrecht zu erhalten, der Beschäftigungsstand definiert sich inklusive vorübergehend beschäftigter Leiharbeitskräfte und Teilzeitbeschäftigte können anteilig berücksichtigt werden. Die Richtlinie für die Vergabe von Förderungen an Gewerbetreibenden ist viel straffer und strikter gefasst. Ein Gewerbetreibender bekommt die Förderung nur, wenn er Arbeitsplätze schafft und erhält. Also er hat noch die zusätzliche Aufgabe weitere Arbeitsplätze zu schaffen und qualifizierte Dauerarbeitsplätze zu schaffen. Also er kann sich nicht Teilzeitarbeitsplätze anteilig anrechnen. Ich habe bereits im Finanz- und Rechtsausschuss angeregt, eventuell die Förderungsrichtlinie für Gewerbetreibende zu überarbeiten und die auch ein bisschen lockerer zu fassen, wie es der BMW-Motoren zugute kommt. Leider hat der Herr Bürgermeister zu mir gesagt, dass wir eine unterschiedliche ideologische Betrachtungsweise haben. Ich bin nicht der Meinung, dass eine Ungleichbehandlung eine ideologische Andersbehandlung ist, sondern es ist einfach nicht fair, diese Vorgehensweise.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Selbstverständlich ist es begrüßenswert, dass BMW seitens der Stadt Steyr gefördert wird, dagegen hat niemand was. Allerdings denke ich mir, muss man sich auch immer ein bisschen die Dimensionen anschauen. Und wenn man sich jetzt die bisherigen Förderung die BMW in den letzten Jahren erhalten hat, nämlich die Ausbaustufen 1 bis 5, dann waren das immerhin fast 160 Mio. Schilling. 160 Mio. Schilling, das ist kein Klacks. Im Endeffekt haben wir sehr, sehr viel immer in den Ausbau der Industrie investiert aber sehr wenig in den Bereich der Klein- und mittleren Unternehmen. Die kleinen und mittleren Unternehmen sind sicherlich das Rückgrat der Wirtschaft die auch nicht zu vergessen sind. Ich kann mich gut erinnern, wie heuer die Hochwassersituation war, wo eine meiner Anregungen war, doch den betroffenen Betrieben, auch als positives Signal seitens der Stadt, die Kommunalsteuer entweder zu refundieren oder überhaupt für einen gewissen Zeitpunkt darauf zu verzichten. Das war also überhaupt nicht möglich. Darüber ist nicht einmal diskutiert worden, da war man nicht einmal dazu bereit das zu berechnen, wie viel das ausmacht. Hingegen bei einem größeren Unternehmen da geht das immer alles relativ einfach. Ich bin ja von ihnen verbal geprügel worden, im Jahr 1997 glaube ich war das, wie es um die Förderungen gegangen ist, ...

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Geprügelt haben wir sie nie Frau Kollegin!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Verbal bin ich sehr geprügelt worden Herr Kollege Eichhübl. Man hat nicht gewusst soll man mich beschimpfen als Kommunist oder als Neoliberalen, dazwischen waren die Schwankungen. Und zwar deshalb, weil ich eigentlich nur eines gewagt habe, infrage zu stellen, ob es tatsächlich immer der richtige Weg ist, mit Förderungen Großbetriebe zu ködern, oder ob nicht eigentlich das Wesentlichere wäre, die Infrastrukturmaßnahmen zu setzen. Ich denke da beispielsweise an den Autobahnanschluss an BMW oder die bessere Schienenverbindung usw. Damals war es so, dass ein großer Aufschrei im Gemeinderat war. Ich kann mich noch gut erinnern, ich bin auch zitiert worden zum damaligen Direktor von BMW, zum Herrn Kopf, weil er wissen wollte warum ich da Kritik äußere. Dann sind wir fast eine Stunde beisammen gesessen und am Ende des Gesprächs hat er mir fast Recht gegeben und hat gesagt, ...

Zwischenrufe: Aber nur fast!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

... schauen sie, so auf die Art, man muss es halt probieren. Wenn die Stadt bereit ist diese Förderung zu geben, dann nehmen wir sie natürlich. Hätte ich gewusst, und das war ganz interessant, dass sich die Stadt nicht einmal Straßensanierungen leisten kann, dann hätte die Stadt das auch irgendwie sagen müssen. Ich denke mir, wenn wir jetzt vor der Situation stehen, sehr geehrte Damen und Herren, dass wir uns Straßensanierungen de facto kaum mehr leisten können, dass wir uns Brückensanierungen de facto nicht leisten können, Schulwegsicherungen von ein paar tausend Euro nicht leisten können, dann denke ich mir, würde wahrscheinlich auch BMW Verständnis dafür haben, dass wir vielleicht im Förderungsbereich nicht ganz so großzügig sind wie wir es jetzt sind. Ich bin sehr gespannt Herr Finanzreferent, wie sie in den nächsten Jahren damit umgehen, weil ich habe in den letzten Monaten sehr oft gehört, wir werden in den nächsten Jahren noch eine schlechtere Finanzsituation vorfinden, der Bund zahlt immer weniger, die Ertragsanteile schwinden, wir müssen immer mehr an das Land abliefern und zugleich verpflichten wir uns aber jetzt bestimmte Beträge bis einschließlich 2009 zu zahlen obwohl wir nicht einmal wissen wie ist unsere Finanzlage 2007, 2008, 2009. Trotzdem sagen wir das zu. Das ist immerhin ein Betrag von 2,2 Mio. Euro, also mehr als 30 Mio. Schilling. 30 Mio. Schilling sind kein Klacks. Ich weiß, mir ist gegenüber im Ausschuss auch argumentiert worden, das Land schreibt uns das auch wieder irgendwie vor, wir müssen 7 % der Fördersumme übernehmen. Aber ich glaube sehr wohl, vielleicht halten sie es für naiv, dass in Verhandlungen noch der eine oder andere Prozentpunkt vielleicht drinnen gewesen wäre, weil jede 1.000,- Euro inzwischen die wir uns irgendwo ersparen können sind wichtig.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, es ist schon lustig, wie wir da um des Kaisers Bart streiten. Weil wenn ich mich erinnere, wir haben einmal eine ähnliche finanzielle Notlage gehabt, sage ich jetzt einmal unter Anführungszeichen, das ist schon eine Zeit her, und damals haben wir auch die Förderungen seitens der Stadt bezahlen müssen und da haben wir genauso darüber diskutiert ob wir es uns leisten können oder nicht. Es ist sogar einmal vorgekommen, dass wir ein Jahr ausgesetzt haben, kann ich mich erinnern, weil es einfach nicht drinnen war. Die zweite Geschichte ist, und das ist vielleicht schon aus ihrer Erinnerung entschwunden, das Grundstück von der Ausbaustufe, von der neuesten Ausbaustufe jetzt, hat das Land auch mit 80 Mio. Entsorgungskosten subventioniert und das war auch kein Klacks, weil die haben ja auf dem Grundstück jede Menge Überreste der Vergangenheit gefunden und das haben wir auch, wir alle im Prinzip, mit Steuergeldern subventioniert. Was heute angesprochen wurde, und das ist auch höchst interessant, weil wir heute schon ein bisschen Ideologiedebatten her herinnen führen, diese Arbeitsplatzgarantie. Natürlich haben wir damals auch gesagt, bei der ersten Förderung, 2.300 Arbeitsplätze. Das ist auch nicht zu 100 % eingehalten worden. Jetzt steht wieder 2.400 Arbeitsplätze drinnen mit allen möglichen Maßnahmen. Aber wer ist denn in der Vergangenheit so aufgetreten gegen Arbeitsplatzgarantien ect. in der Verstaatlichten und hat immer Feuer geschrien, wenn es darum gegangen ist, dass eine bekannte österreichische Persönlichkeit gesagt hat, lieber Schulden machen, aber dafür haben die Arbeiterinnen und Arbeiter einen Arbeitsplatz. Da ist geschrien worden und gesagt worden, das geht nicht mehr, das müssen wir jetzt privatisieren ect. Ich meine, im Prinzip ist das eine „Wünsch dir was Geschichte“. Wenn es funktioniert, können wir froh sein darüber. Aber stellen sie sich einmal eine

Situation vor, wenn man das so in der Intensität was da herinnen diskutiert wird weiterführen würde. Gehen wir her und sagen halt zahlen wir nichts, gibt es halt kein BMW, sollen sie halt nicht ausbauen. Ich meine, in Wahrheit ist es doch so, dass wir in hundertfacher wenn nicht in tausendfacher Weise diese eingesetzten Gelder über die Zukunft wieder zurückbekommen. Stellen sie sich vor, BMW würde nicht existieren. Diese Steuergelder die wieder zurückfließen für die Stadt, die brauchen wir unbedingt. Diese fast kleinliche Diskussion um das eine oder andere „Prozenterl“ was wir ihnen noch herunterreißen könnten, das ist doch lächerlich. Das ist absolut lächerlich und ich denke mir, ich finde das äußerst seltsam. Ich finde es zwar legitim, dass man darüber diskutiert, aber wenn man schon weiter denkt, wenn man in die Zukunft der Stadt denkt, können wir heilfroh sein, dass BMW da ist.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich kann mich dem nur anschließen, weil eines soll man auch nicht vergessen, die Klein- und Mittelbetriebe sind ja die Zulieferer für die Großbetriebe. Durch die Großbetriebe haben natürlich die auch ein Arbeitsvolumen und eine Betätigung. Das darf man auch nicht vergessen, das sollte man auch nicht aus dem Kopf streichen. Ich weiß das aus eigener Erfahrung. Hätten wir in Steyr keine Großbetriebe, hätten die Klein- und Mittelbetriebe auch viel weniger Arbeit. Das sind schon die Zulieferer für die Großbetriebe.

Der Nächste zu Wort gemeldet ist der Herr StR Hauser.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich möchte mich da ein bisschen an die Wortmeldung des Herrn GR Apfelthaler anschließen. Lieber Kurt, ich denke mir du bist ja in deiner Betrachtungsweise völlig richtig. Die Frau Vizebürgermeisterin hat jetzt auch schon ein Wort gesagt, wo ich mir denke, auf das sollte man in Wirklichkeit nicht vergessen. Also eines ist einmal klar, bei all diesen großen Ansiedlungen bzw. bei diesen großen Dingen die hier gebaut werden gibt es immer diese Förderungsrichtlinien die ja nicht wir alleine bestimmen und daher ist einfach der Vergleich der Förderungsrichtlinien falsch. Ich erlebe, dass wir in der heutigen GR-Sitzung ständig irgendwelche Dinge vergleichen und dabei vergessen, dass manchmal etwas ein Apfel ist und das andere Mal eine Birne. Jetzt schaut man sich etwas an, wo in Wirklichkeit vorgeschrieben wird, dass, wenn es eine 50 %ige Bundesförderung gibt, sozusagen der Rest der Förderung, die restlichen 50 % vom Land und der Gemeinde gefördert werden müssen. Wenn wir jetzt sagen, dass wir als Stadt hier mit einem Förderungsvolumen von 7 % aussteigen und dies ist das, was uns sozusagen von den anderen vorgeschrieben wird, dass wir das mitleisten müssen, damit der Betrieb da überhaupt diese Investition tätigt, dann muss man halt auch eingestehen, dass wir uns aussuchen können, wenn wir diese 7 % Förderleistung nicht bringen, dass dann irgendeiner sagt, na dann fördere ich dich auch nicht und der andere sagt, ich fördere auch nicht und dann sagt der Betrieb, dann investieren wir nicht. Bitte, da geht es um ein Investitionsvolumen von BMW-Motoren von 500 Mio. Euro. Da denke ich mir ganz einfach, da muss uns endlich einmal bewusst werden, was das für die anderen Wirtschaftszweige mit sich bringt. Da geht es ja nicht darum, dass die Stadt jetzt sozusagen hier 2,2 Mio. Euro bis zum Jahr 2009 beisteuern muss, sondern da geht es um eine langfristige Sicherung von Arbeitsplätzen einerseits in diesem Werk, aber von Sicherung der Arbeitsplätze, egal ob das jetzt in der Bauwirtschaft, in der Maschinenwirtschaft oder sonst irgendwo ist. Ich denke mir, das sollten wir letztendlich auch berücksichtigen bei dieser ganzen Geschichte. Ich möchte mich da auch anschließen, dass ich sage, ja wo hätten wir denn die Zulieferbetriebe die sich bei uns ansiedeln könnten bzw. die hier arbeiten damit sozusagen dieses BMW-Motorenwerk in dieser Situation entsteht. Ich erinnere mich zurück, wie heilfroh wir waren, wie der Spatenstich für BMW-Motoren gemacht wurde und wir damit ausgleichen konnten, dass jene Leute, die nicht mehr in den Steyrer-Werken arbeiten konnten, wieder einen Arbeitsplatz gefunden haben. Ich möchte das schon ein bisschen zu bedenken geben, dass wir auf diese Dinge auch immer wieder zurückdenken sollten bzw. auch in der Zukunft denken sollten, dass letztlich diese Region Steyr aus dem Ziel-2-Gebiet herausgefunden hat, weil es diese Industriebetriebe gibt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man nicht hören will, dann hört man auch nicht. Wir sind nicht der Meinung, dass nur ein einziger Cent oder Euro bei der Förderung von BMW

gestrichen werden soll. Sie haben vollkommen Recht Herr Kollege Hauser, es ist ein Gesamtförderübereinkommen. Es wäre sogar so, wenn ein Partner ausfällt, dann würde ein anderer seine Förderung zurückrufen. Er macht sie abhängig davon, dass sie vollständig erfüllt wird. D. h., es ist müßig darüber zu diskutieren, ob wir diese Förderung jetzt in dieser Art und Weise wollen, ja oder nein, sie ist so zu machen. Ich glaube, dass es für die Region in Steyr auch gut ist und ich unterstütze das wirklich ausdrücklich. Auch nicht Kritik sondern der zusätzliche Anstoß von der ÖVP-Fraktion geht in die Richtung, dass wir in den letzten Jahren, in den letzten Budgets, den Ansatz für Wirtschaftsförderung nicht einmal zur Hälfte, die normale Wirtschaftsförderung für die kleinen Betriebe, ausgeschöpft haben. Das nicht aus dem Grund, weil die Betriebe kein Geld brauchen oder sie so viel Eigenkapital haben, dass das nicht notwendig ist. Wir wissen alle, dass 53 % aller Betriebe in Österreich ein negatives Eigenkapital haben. Es geht darum, dass die Richtlinien, die wir bei der Wirtschaftsförderung anwenden, und wir haben es ja jetzt gesehen, nur bei den Kleinbetrieben so strikt anwenden, einfach änderungsbedürftig sind. Wir müssen sie den heutigen Gegebenheiten und Anforderungen anpassen. Das ist das, was wir uns vorstellen. Ich bin natürlich auch vollkommen der Meinung von der Frau Vizebürgermeisterin Mach, dass die Großbetriebe einen gewissen Impuls geben und ein ganz ein wichtiger Motor für die Wirtschaftsregion der Stadt Steyr sind. Nur eines dürfen wir auch nicht ganz außer Acht lassen. In den letzten 10 Jahren sind über 3.000 Arbeitsplätze in der Industrie, und zwar in der Gesamtindustrie, verloren gegangen. Im selben Zeitraum wurden von den vielen, fast 2.000 kleinen und mittleren Betrieben, über 2.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. D. h., bei allen wichtigen Hinschauen auf die Großbetriebe ersuche ich wirklich auf die kleinen und mittleren Betriebe nicht zu vergessen. Wenn wir wirklich wollen, dass der Budgetansatz der Wirtschaftsförderung auch verwendet wird, dann ersuche ich um eine vernünftige Anpassung der Richtlinien. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke Herrn StR Mayrhofer. Nächster ist Herr GR Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin Herrn StR Mayrhofer sehr dankbar für den ersten Teil seiner Ausführungen. Ich denke mir es ist absolut müßig über die Förderkulisse und das Förderprogramm zu sprechen. Stellen wir uns nur vor, die Stadt Steyr würde sich bei diesem Fördervertrag, wo der Bund 50 % und der Rest von Land und Kommune getragen wird, nicht beteiligen, was das für einen Blick auf unsere Gemeinde werfen würde. Darum bin ich ehrlich gesagt ein bisschen schockiert und finde es auch sehr verantwortungslos, wie die Kollegin Frech diese Diskussion hier geführt hat, wo wir sozusagen aufgerufen sein sollten, über Prozente mit BMW direkt zu verhandeln, oder, und sie hat es ja auch so in den Raum geworfen, die brauchen das ja eigentlich nicht, weil die haben eh so viel Geld und warum sollen wir die überhaupt fördern. Soviel dazu. Ich denke mir, die Diskussion hat da überhaupt nichts verloren. Worüber wir natürlich diskutieren sollten ist über das Wirtschaftsförderungsprogramm der Stadt Steyr. Ich denke mir, der Tagesordnungspunkt ist nicht der geeignete das zu machen, weil es kommt schon ein bisschen so der Anschein hervor, man rechnet hier private Unternehmen und Industrieunternehmen auf. Ich will das jetzt niemandem unterstellen, aber wenn man es unter diesem Tagesordnungspunkt dafür verwendet, könnte der Eindruck entstehen. Der Finanz- und Rechtsausschuss soll sich damit beschäftigen. Ich denke mir, da gibt es sehr innovative Ansätze, auch vom Land, die z. B. im Umweltbereich sehr viel geändert haben in den letzten Jahren, wo Unternehmen gefördert werden, die auch speziell auf neue, innovative Technologien setzen. Da gibt es sicher Ansatzmöglichkeiten aber nicht vermischen mit einer Förderung für Industrieunternehmen das wir dringend in der Stadt notwendig haben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke Herr Kupfer. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Hackl.

GEMEINDERAT GERALD HACKL:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, dass wir uns alle zu dieser Förderung bekennen ist ja zur Genüge gesagt worden. Ich möchte mich aber hier doch noch deutlich auch dagegen aussprechen, gegen dieses „ja, aber“ der Kollegin Frech, wobei ich schon vielleicht auch in der Diktion ein bisschen anders sein möchte, das ist nicht blauäugig, das ist wirklich, diese Argumentation, die Prozentzahlen sind zu hoch, eher absurd. Das ist völlig absurd hier in den Raum zu stellen. Vielleicht, wenn die Frau Frech mit BMW verhandelt hätte, wahrscheinlich direkt in München, dann wäre ein besseres Ergebnis herausgekommen. Oder, wir haben die Wahl, überhaupt die Förderungen nicht zu bezahlen. Das ist so etwas von Ahnungslosigkeit, wie es sich momentan in der Wirtschaft abspielt und was vorgegeben wird und was nicht, da kann man wirklich nur den Kopf schütteln und das möchte ich auch hier wirklich zum Ausdruck bringen. Ich glaube, dass es gut ist,

dass wir nicht die Frau GR Frech zu den Verhandlungen geschickt haben, weil da hätten wir vielleicht 8 % bezahlt oder mehr oder da hätte BMW die Ausbaustufe vielleicht gar nicht bekommen. Ansonsten möchte ich nur dem Andy Kupfer zustimmen, ich glaube man soll nicht aufrechnen Gewerbetreibende gegen Industriearbeitsplätze. Das bringt überhaupt nichts und die Gewerbegeschichte der Förderung soll man sich in Ruhe anschauen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Herr GR Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ich bin der Meinung, dass wir diese zwei Dinge nicht miteinander vermischen sollten, nämlich die Gewerbeförderung. Wir haben von dieser Stelle aus des Öfteren verlangt, dass man die Richtlinien für die Gewerbeförderung überarbeitet. Ich weiß nicht, warum man das bis heute nicht getan hat. Es sind jene auch aufgerufen die im Finanz- und Rechtsausschuss sitzen, wie die Kollegin Dr. Braunsberger. Man hätte dort ja schon längst Maßnahmen oder Initiativen setzen können. Es ist ja nicht das erste Mal, dass wir darüber diskutieren. Wir haben das auch immer wieder getan, wenn wir Förderungen für Klein- und Mittelbetriebe beschlossen haben. Niemand hier herinnen, ganz egal welcher Couleur, hat etwas gegen Klein- und Mittelbetriebe. Es ist wirklich absurd sich herauszustellen und zu sagen, dieser Gemeinderat ist mehrheitlich gegen Klein- und Mittelbetriebe, wir subventionieren nur die Großindustrie. Tatsache ist, und das ist ein Faktum, der Herr Bürgermeister hat uns ganz am Anfang heute in seinem Bericht die aktuellen Arbeitslosendaten uns gesagt. Bitte, wir haben die höchste Arbeitslosenquote in Oberösterreich. Leider, wieder einmal. Wir sind immer im Spitzenfeld der letzten Jahre gewesen. Es ist eine Tatsache, dass wir diese Betriebe natürlich fördern, fördern wollen. Ein Großteil dieser Investitionen kommt ja nicht nur auf dem Steuerweg zurück, sondern auch jenen Betrieben zugute, die sie hier immer, der Herr Mayrhofer vor allem auch, durch die Wirtschaftskammer vorgeben vertreten zu müssen oder auch hier tatsächlich vertreten. Das ist auch eine Tatsache und das sollte man auch hier glaube ich einmal sagen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Wir vertreten zu deiner Beruhigung auch Industriebetriebe, lieber Kollege Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Abschließend möchte ich vielleicht noch einen Aspekt hier in die Diskussion einbringen, der mir persönlich auch immer ein Anliegen ist, wenn Betriebe in dieser Größenordnung gefördert werden. Ich glaube man sollte auch immer wieder bei den Verhandlungen diese Unternehmen darauf aufmerksam machen, dass sie eine Verpflichtung der Jugend gegenüber haben, nämlich ich meine jetzt im konkreten die Lehrlingsausbildung immer wieder auch hier investieren. Man hat manchmal den Eindruck, dass das nicht in dem Ausmaß geschieht, wie es uns gerne vorschwebt oder wie wir es uns wünschen würden. Ich würde mir auch von BMW wünschen, sie machen das in einem gewissen Ausmaß, aber ich glaube bei den Geldern die dort vorherrschen, ist das sicher ausbaufähig. Wir alle wissen, dass viele Jugendliche einen Lehrplatz suchen, dass die Situation bei den Jugendlichen nicht befriedigend ist und ich glaube, da sollte man auch immer wieder bei diesen Verhandlungen den Finger darauf halten, dass auf die Jugendlichen, die einen Lehrplatz suchen, nicht vergessen wird.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Dem kann ich mich nur anschließen, das ist ein ganz wichtiges Thema, dass die Jugendlichen Lehrplätze bekommen.

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Eines muss ich auch noch sagen, wir haben erst einen Finanz- und Rechtsausschuss gehabt, wo die Frau Dr. Braunsberger, da muss ich ihr schon helfen, anwesend war und wo sie eigentlich das angeregt hat. Das muss ich schon feststellen.

So, Herr Bürgermeister, das Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich möchte ganz vorweg einmal sagen, ich habe so das Gefühl, von einigen Diskutanten hier herinnen, dass die Bedeutung und die Tragweite dieser Investitionen einigen in diesem Raum nicht klar ist. Man muss wirklich darauf hinweisen, dass eine Investition dieser Größenordnung, 520 Mio. Euro, eine derartig große Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt, aber auch der gesamten Region und auch österreichweit hat. Ich habe es mir gerade überlegt, wie könnte man das am besten erklären. Ich kann das am besten damit vielleicht erklären, weil ich selbst ja 20 Jahre in dieser Firma gearbeitet habe und dort selbst miterlebt habe, wie die Entwicklung hier in Steyr beeinflusst wurde, von dieser Firma BMW, und welche Impulse von dieser Firma in Summe

ausgegangen sind. Also ich war die letzten 10 Jahre verantwortlich für den gesamten Werkzeugbereich. Da ist es um Werkzeugeinkäufe gegangen, im Jahr, um ca., damals in Schilling, 80 Mio. Schilling. Diese 80 Mio. Schilling sind natürlich nicht alleine in Österreich investiert worden. Aber es sind viele Betriebe in Österreich dabei gewesen, die von dieser Entwicklung und von diesem Kaufvolumen einiges lukrieren haben können. Z. B. die Firma Tyrolit in Tirol oder die Firma Plansee in Tirol, das waren Werkzeugfirmen, die ich ins Boot geholt habe, damals in meiner ersten Tätigkeit schon von 1980 bis 1990. Diese Firmen waren vorher im Münchner-Bereich noch nicht so bekannt. Da hat es kaum irgendwo einmal österreichische Werkzeughersteller gegeben, die dort große Umsätze gemacht haben. Nach der Tätigkeit der Steyrer Angestellten hat es natürlich dazu geführt, dass immer wieder auch österreichische Firmen mit BMW ins Geschäft gekommen sind und wesentliche Brocken übernommen haben. Ausgehend von Steyr haben dann die anderen Werke in München, in Dingolfing, in Landshut, in Berlin und auch in England diese Werkzeuge und diese Güter gekauft. Das ist heute noch eine Situation, und das ist jetzt wieder so bei dieser Investition, dass mit Sicherheit auch diese Produkte in Zukunft durch Angestellte, die hier in Steyr arbeiten, ins Geschäft kommen und diese Firmen hier wesentliche Vorteile haben. Aber da geht es nicht nur um solche Einkäufe, da geht es auch um die Weiterentwicklung auf dem technischen Sektor. Ich kann mich noch ganz genau erinnern, bevor ich zu BMW gegangen bin habe ich bei SKF in Steyr gearbeitet. SKF ist damals eine Wälzlagerfirma gewesen, also das war eine reine Steyrer Firma bevor es zu SKF übergegangen ist, da haben wir große Anforderungen auf dem Gebiet der Genauigkeit und der Messwerkzeuge gelegt. Ich bin damals direkt zu BMW nach München gewechselt. Ich habe nur so gestaunt, welche Messgeräte BMW verwendet hat und weil eben ein entsprechendes Geld da ist, sind diese Messgeräte, und diese Messtechnik ist auch übergegangen dann in andere Firmen. Die Leute die hier in Steyr arbeiten, haben auch die anderen Leute befruchtet. Also, ein ganz, ganz wesentlicher Punkt ist die Weiterentwicklung auch auf diesem Sektor.

Vielleicht noch einmal zum Thema Richtlinien Frau Dr. Braunsberger-Lechner und Herr Mayrhofer. Die Richtlinien für die Gewerbeförderungen, na selbstverständlich werden wir in nächster Zeit noch einmal darüber reden. Aber da geht es natürlich auch um die Themen, wenn wir einen Firma wie BMW unterstützen mit großen Förderungen, dann wissen wir, dass wir einen entsprechend verlässlichen Partner im Hintergrund haben. Das hat BMW auch in den letzten 20 Jahren bewiesen, dass diese Investitionen gut angelegt wurden und dass aus diesen Investitionen natürlich auch wieder andere Investitionen in Steyr entstanden sind. D. h., es hat immer wieder Auslagerungen von irgendwelchen Bereichen gegeben, so wie es das auch bei SKF, MAN oder anderen Firmen gibt, wo sich die Firmen immer mehr auf das Kerngeschäft konzentrieren und irgendwelche anderen Themen nach außen verlagern. Aus diesem Grund entstehen viele kleine Firmen rings um Steyr. Wie z. B. Burg Design, die in Zukunft auch Zulieferer für die Autoindustrie sein wird. Es gibt viele Bereiche und viele Beispiele, wo man erklären könnte welche Firmen nur deswegen entstanden sind, weil hier in Steyr so Großfirmen angesiedelt sind, die die Stadt Steyr auch mitunterstützt. Ich bin froh, dass das so passiert. Dass die eine oder andere Richtlinie vielleicht wieder einmal nachjustiert werden muss oder sollte, ist auch klar. Aber eines muss ich auch natürlich von dieser Stelle aus sagen, dass ein Betrieb, der nur zwischen 1 und 10 Mitarbeiter hat viel schneller den Betrieb wieder zusperren kann und zumachen kann und dass die Gefahr einer Förderung einer Firma ins Leere geht natürlich größer ist bei einer kleinen Firma als wie bei einer großen Firma wie BMW, wo ich mich verlassen kann.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Aber wenn ein Großer zusperrt, schauen wir schön aus. Das haben wir in Steyr schon einmal gehabt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Aber wenn wir entsprechende Förderungen dieser großen Firma jetzt machen, dann machen wir eine Investition in die Zukunft und in die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Region die sehr wertvoll ist. Das wollte ich an und für sich noch sagen.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Die Kleinen nicht, oder was?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Die sind genauso wertvoll.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Das schaut aber nicht danach aus.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Was der GR Payrleithner gesagt hat, das Thema Lehrlinge, das unterschreibe ich natürlich. Es wäre wünschenswert, wenn diese Firma BMW mehr Lehrlinge ausbilden würde. Wir werden selbstverständlich auch darüber reden.

Vielleicht zur Förderungssumme selbst noch. Ich habe mit dem Geschäftsführer von BMW-Motoren über die Höhe dieser Förderung natürlich auch gesprochen. Wir haben sie ja jetzt runtergesetzt von ursprünglich, wir haben ja pro Jahr immer 8 Mio. Schilling bezahlt, wenn ich in Schilling sprechen darf, auf 5 Millionen Schilling. Aufgrund der budgetären Lage haben wir dieses Förderungspaket entsprechend aufgeteilt, jetzt bis 2009 und in entsprechend niedrigeren Stufen. Ich glaube, dass das auch ganz ein wesentlicher Punkt bei diesem Antrag ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke dem Bürgermeister. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? 1 Enthaltung (Bürgerforum Frech). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich würde dem Gemeinderat jetzt vorschlagen bis 13.30 Uhr Mittagspause zu machen.

PAUSE VON 12.05 UHR bis 13.45 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich glaube, jetzt sind alle gestärkt und wir nehmen die Sitzung wieder auf. Ich würde nun unseren Finanzreferenten um seine Budgetrede ersuchen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen des Stadtsenates und des Gemeinderates, verehrte Gäste, geschätzte Vertreter der Medien. „Sparen ist die richtige Mitte zwischen Geiz und Verschwendung“, hat Theodor Heuss, der erste Präsident der Bundesrepublik Deutschland einmal gesagt und genau in diesem Sinn haben wir das Budget für das nächste Jahr erstellt. Es war keine leichte Aufgabe, das Zahlenwerk für 2004 aufzubauen und deshalb bedanke ich mich bei allen, die daran mitgearbeitet haben, speziell bei Herrn Finanzdirektor Mag. Helmut Lemmerer und seinem Team.

Das Stichwort Sparen ist schon gefallen, und ich möchte dazu noch einige Sätze sagen. Drei Punkte sind es hauptsächlich, die uns bei der Erstellung des Haushaltsplans für 2004 das Leben schwer gemacht haben.

1. Die Landestransfers belasten die Stadt immer stärker:

Die Stadt hat im ordentlichen Haushalt ans Land im Jahr 2002 12,9 Millionen Euro gezahlt, im Jahr 2003 14,5 Millionen Euro. Die Stadt Steyr wird im Jahr 2004 15,3 Millionen Euro ans Land überweisen. Berücksichtigt man die Rückflüsse, die aus dem Landhaus nach Steyr retour kommen, blieb für die Stadt im Jahr 2002 ein Minus von 10,1 Millionen Euro und im Jahr 2003 ein Minus von 11,6 Millionen Euro. Im Jahr 2004 wächst das Minus bei den Landestransfers auf 12,4 Millionen Euro. Wie man deutlich sieht, geht die Schere immer weiter zu unseren Ungunsten auf.

2. Die Ertragsanteile des Bundes werden immer geringer:

Während im Jahr 2003 der Anteil der Bundesabgaben-Ertragsanteile noch 37,5 Prozent betrug, sinkt die größte Einnahmeposition im Jahr 2004 auf nur noch 35,7 Prozent.

3. Einnahmen aus der Mülldeponie fallen weg:

Durch veränderte Bundesgesetze muss die Stadt auf Einnahmen aus der Mülldeponie in Höhe von 2,6 Millionen Euro verzichten.

Als Finanzreferent der Stadt Steyr sehe ich es deshalb als meine Pflicht an, Bund und Land aufzufordern, bei ihren Entscheidungen auch die Finanz-Situation der Kommunen mit zu berücksichtigen. Es darf kein Sanieren auf Kosten der schwächsten Körperschaftsebene der Gemeinden geben. Während wir als Stadt unsere Hausaufgaben ordentlich erledigt haben, benutzen Bund und Land uns offenbar dazu, ihre Haushalte zu sanieren. Gegen diese Vorgehensweise protestiere ich auf das Schärfste.

Ich kann ihnen aber garantieren, meine Damen und Herren, dass wir in Steyr nichts kaputt sparen werden, wir werden die Belastungen auf alle Bereiche maßvoll verteilen.

Das jetzt zu Ende gehende Steyrer Finanz-Jahr 2003 war geprägt von zwei Großbauvorhaben: Der

neuen Stadthalle und dem Seniorenzentrum Münchenholz. Die Stadthalle haben wir Ende August eröffnet, sie hat ihre Feuertaufe bereits bestanden. Sportler, Publikum und Veranstalter sind hochzufrieden mit diesem wunderschönen Veranstaltungs-Zentrum. Mit dem Bau des Seniorenzentrums liegen wir genau in Plan, aber natürlich wird dieses dringend notwendige Großprojekt noch mehrere Jahre unseren Haushalt stark belasten.

Das Budget der Stadt Steyr für das Jahr 2003 haben wir durch einen Nachtragsvoranschlag korrigieren müssen. Den Hauptgrund dafür habe ich schon vorhin erwähnt: Die Ertragsanteile haben sich schlechter als angenommen entwickelt. Dazu kommt noch, dass noch immer Ausgaben für die Sanierung von Hochwasser-Schäden anfallen.

Im kommenden Jahr werden wir den Rotstift in erster Linie bei den Personalkosten sowie beim Sach-, Verwaltungs- und Betriebsaufwand ansetzen. Konkret heißt das, dass die Kosten für das aktive Personal im Vergleich zum Vorjahr trotz Lohnerhöhungen konstant gehalten werden und dass die Kosten für Sach-, Verwaltungs- und Betriebsaufwand von 28 Millionen Euro auf 25,2 Millionen Euro gesenkt werden.

Der Budgetentwurf für das Jahr 2004 wird so gestaltet, dass auch im kommenden Jahr die Kontinuität gewahrt bleibt. Das bedeutet unter anderem, dass wir sämtlich im Laufen befindliche Projekte finanziell bedecken können.

Ich will sie, meine Damen und Herren, nicht lange mit Zahlen behelligen, darum möchte ich nur einige Eckdaten des Voranschlags 2004 präsentieren.

Für dieses Zahlenwerk sind ein ordentlicher Haushalt von 85,13 Millionen Euro und ein außerordentlicher Haushalt von 15,38 Millionen Euro berechnet worden. Das ergibt einen gesamten Budget-Rahmen von 100,5 Millionen Euro. Der Schuldenstand wird laut Berechnung Ende des Jahres 2004 69,22 Millionen Euro betragen, das bedeutet eine Pro-Kopf-Verschuldung von 1.760,-- Euro.

Die größten Projekte für das Jahr 2004 sind die Bauvorhaben Alten- und Pflegeheim Münchenholz mit knapp 4,75 Millionen Euro. Für Straßen- und Brückenbau sind 1,92 Millionen Euro vorgesehen, für den Kanalbau 1,58 Millionen Euro.

Ich möchte noch ein paar große Brocken im Haushalt des Budgets 2004 erwähnen:

Der Stadtwerke-Investitionskostenzuschuss beträgt 736.400,- Euro, für Wirtschaftsförderungs-Maßnahmen sind 664.400,-- Euro vorgesehen, und für die Renovierung unserer Pflichtschulen werden wir 588.000,-- Euro ausgeben.

Der Budgetentwurf für das Rechnungsjahr 2004, der uns heute zur Beschlussfassung vorliegt, stellt die finanzielle Plan-Grundlage der Stadt für das nächste Jahr dar.

Das umfangreiche Zahlenwerk ist daher der finanzielle Leitfaden, der nach bestem Wissen und Gewissen erstellt wurde und in dem - davon bin ich überzeugt - kein Projekt, kein Vorhaben enthalten ist, das nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ist.

Deshalb darf ich sie ersuchen, diesem Budgetvorschlag mit möglichst breiter Mehrheit zuzustimmen.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass drei Erinnerungen zum Budget 2004 eingebracht worden sind, über die wir heute hier im Gemeinderat diskutieren werden. Bei diesen Erinnerungen geht es um Subventionsmittel für Kinderbetreuungs-Einrichtungen.

Es liegt ein gemeinsamer Abänderungsantrag der ÖVP und der SPÖ vor, der folgendermaßen aussieht:

Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2004

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat, Fin-100/2003, Mag.Le/ha, beschlossen in der Sitzung des Stadtsenates vom 04. 11. 2003, wird wie folgt abgeändert:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 2004 wird

im ordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben anstelle von EURO 85.132.600,-- mit

EURO 85.104.100,-- und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen

sowie im außerordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben anstelle von EURO 15.376.100,-- mit

EURO 16.489.600,-- und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen festgestellt.

Bezüglich der in der Beilage angeführten zusätzlichen Mittel wird festgestellt, dass sie nur für die angeführten Zwecke zur Verfügung stehen und daher Kreditübertragungen für andere Vorhaben auf keinen Fall möglich sind.

Weiters werden sämtliche andere sich aus den oben angeführten Änderungen ergebenden Abänderungen des Voranschlages für das Rechnungsjahr 2004 genehmigt.

Sämtliche anderen Teile des ursprünglich vorgelegten Voranschlages für das Rechnungsjahr 2004 bleiben unverändert.

Ich bitte diesem gemeinsamen Abänderungsantrag zuzustimmen.

Ich habe in den vergangenen Tagen und Wochen versucht, mit möglichst allen Parteien Vereinbarungen zustande zu bringen, es ist mir leider nicht gelungen. Ich möchte mich vielleicht bei den Grünen entschuldigen, dass es in den letzten Tagen noch einmal ein Missverständnis gegeben hat. Ich war der Ansicht, dass es bei den Grünen Positionen gibt, wo wir uns von der sozialdemokratischen Partei nicht nähern haben können. Ich war der Annahme, dass deshalb diese Vereinbarung mit den Grünen nicht gemacht werden kann, wenn es anders ist, dann müssen wir es noch einmal ausdiskutieren, aber so ist die Vereinbarung in den letzten Tagen gelaufen. Mit der ÖVP haben wir bis heute morgen diskutiert und eine Vereinbarung zustande gebracht, die - so meine ich - ein sehr ausgewogener Voranschlag ist und ich glaube auch, dass es bei dieser angespannten finanziellen Situation, die derzeit in Steyr vorherrscht, ein sehr guter Voranschlag ist. Mit der Frau Gemeinderätin Frech hatte ich ebenfalls ein Gespräch, wo es in erster Linie um grundsätzliche Themen gegangen ist und ich habe dich auch gebeten, das noch einmal zu konkretisieren, was deine speziellen Wünsche sind. Ich habe diese Wünsche heute von dir in schriftlicher Form bekommen und ich habe es leider erst jetzt um 11.00 Uhr per E-Mail von meiner Sekretärin bekommen.

Unverständlicher Zwischenruf von Frau GR Mag. Michaela Frech

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das liegt offensichtlich am System, ich habe da die genauen zeitlichen Eintragungen drinnen, aber du hättest die Möglichkeit auch schon früher gehabt, weil das haben wir bei unserem Gespräch schon ausgemacht, dass du mir per E-Mail mitteilst, wo deine Positionen sind. Wir werden heute auch darüber diskutieren.

Mit den Freiheitlichen, mit dem Roman, habe ich auch ein sehr konstruktives Gespräch geführt. Ich glaube, dass es da nur ganz wenige Positionen gibt, da die meisten deiner Positionen auch mit unseren übereinstimmen. Es geht nur um ganz wenige Themen, wie Steinwändweg und Ennskraftmeile, wo wir uns nicht bereit erklären, in dieser finanziellen Situation mitzugehen. Bei den Beschleunigungsspuren für den Bus, haben wir ebenfalls gesagt, da würden wir uns vorerst nicht nähern, weil wir eben glauben, dass es da wichtigere Themen gibt, die heute Priorität haben, sodass wir einen Abänderungsantrag in dieser Form, wie er jetzt vorliegt, auch dir vorgelegt haben und ich nehme an, dass du das mit deinen Fraktionskollegen ausdiskutiert hast und dazu Stellung nehmen wirst.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke Herr Bürgermeister. Herr Vizebürgermeister Bremm bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Seitens der sozialdemokratischen Fraktion möchte ich zum Budget 2004 ein paar Bemerkungen machen. Das Zahlenwerk hat ja der Herr Bürgermeister Forstenlechner dargestellt und es ist ja auch nicht unbekannt. Wir haben ja erst vor wenigen Wochen den Nachtragsvoranschlag diskutiert und im Gemeinderat beschlossen. Es war schon abzusehen, dass sich die finanzielle Situation für das Jahr 2004 dementsprechend verschärft und auch dementsprechend angespannt sein wird und dass es nicht darum geht, dass wir die klassische Auseinandersetzung zwischen den Fraktionen führen, wo es darum geht, wo ein Kuchen, der noch zu verteilen ist, gerecht verteilt wird. In dieser klassischen Situation befinden wir uns leider nicht, sondern es geht darum, dass aufgrund der dargestellten Situation seitens des Bürgermeisters Einsparungen in doch beachtlichem Ausmaß getroffen werden müssen, um ein ausgeglichenes Budget, das ja im ordentlichen Haushalt, wie sie in den Unterlagen

sehen, auch äußerst schwierig darzustellen ist. Wir können den ordentlichen Haushalt nur aufgrund Rücklagenentnahme darstellen und ausgleichen. Auch im außerordentlichen Haushalt ist aufgrund der großen Projekte, die vom Bürgermeister erwähnt worden sind, auch für die nächsten Jahre eine dementsprechende Anspannung gegeben. Aus diesem Grunde war und ist es notwendig ein Budget zu erstellen, wo sich die große Begeisterung bei allen Fraktionen, auch bei unserer Fraktion, in Grenzen hält. An Ideen und Wünsche, etwas zu verbessern, neue Dinge einzuführen und neue Dinge der Bevölkerung anzubieten, scheitert es bei keiner Fraktion, alle hätten gute Ideen und Vorschläge, aber die finanziellen Möglichkeiten sind nicht gegeben. Aus diesem Grund war es und ist es notwendig in allen Bereichen gewaltige Anstrengungen vorzugeben. Eine ganz große Anstrengung und Anspannung, wie es auch der Herr Bürgermeister erwähnt hat, wird gerade im personellen Bereich sein. Ich möchte da auch seitens meiner Fraktion die Beschäftigten des Magistrates ersuchen, für diese Situation auch Verständnis zu haben, wir machen das nicht aus Jux und Tollerei, dass wir die Leute sekkieren wollen, sondern dass wir einerseits das Budget erstellen können, dass wir aber auch die Lasten, die zu tragen sind, nicht einseitig verteilen, sondern dass wir die gleichmäßig über alle Bereiche verteilen. Wobei es schon einige Punkte von unserer Fraktion gegeben hat, wo wir gesagt haben, dort muss äußerst sorgfältig umgegangen werden. Das ist im Sozialbereich, wobei es nicht ganz gelungen ist, aber wir haben dort schon eine sehr schonende Vorgangsweise getroffen, weil es gerade diese Gesellschaftsschicht am notwendigsten hat, von der öffentlichen Hand unterstützt zu werden und da gibt es mehrere Bereiche. Es ist aber nicht zu verhindern gewesen, dass wir auch in wichtigen Bereichen, was auch mein Ressort anlangt, z. B. im Bereich Schulerhaltung, Schulerneuerung oder bei unseren Objekten, wo auch dort und da dringende Sanierungsmaßnahmen notwendig wären, dass das halt in Zeiten finanzieller Nöte nicht in dem Ausmaß geht, wie man sich das wünschen würde und wie ich mir das als zuständiger Referent wünschen würde. So geht es allen meinen Kollegen aus unserer Fraktion, also wir haben hier wirklich versucht, gleichmäßig zu verteilen.

Das wäre aus meiner Sicht zu sagen gewesen, ich glaube, dass wir aber trotzdem ein Budget zur Beschlussfassung vorfinden, das sehr verantwortungsvoll erstellt worden ist und würde mir auch wünschen, dass auch in Zeiten - wie es der Herr Altbürgermeister Leithenmayr gern gesagt hat - wann es einem nass hereingeht, dass wir dann auch das Gemeinsame in den Fordergrund stellen und dass wir auch Sparmaßnahmen gemeinsam tragen und nicht nur wenn es um neue Dinge geht, wo man vielleicht mehr verteilen kann, dass man nur dann gemeinsam ein Budget trägt. Ich meine, wenn man den Wünschen und Anliegen der Fraktionen in einem hohen Ausmaß nachkommen kann, weil die finanziellen Möglichkeiten gegeben sind, da findet man sehr schnell einen gemeinsamen Nenner zur Beschlussfassung, aber es ist natürlich schwieriger dann auch mitzugehen, wenn man die Anliegen, Wünsche und Forderungen nicht so erfüllen kann. Ich glaube, im Interesse der Stadt ist es notwendig, dass wir unsere Finanzen auch immer sehr sorgfältig behandeln, dass wir nicht übermütig werden. Ich selbst habe in meiner Laufbahn die Gelegenheit schon gehabt, wo wir viele Stunden mit externen Beratern gesessen sind, um ein Budget darstellen zu können. Es ist auch nicht anders gewesen, wie wenn man so die Verhandlungen führt. Was man alles zusätzlich möchte, da war man sich sehr schnell einig, da hat es keine Grenzen gegeben, aber wenn es darum gegangen ist, auf was wir verzichten wollen, wo wollen wir Streichungen vornehmen, dort haben sich die Vorschläge sehr in Grenzen gehalten. Ich glaube, dass wir uns zurzeit noch in einer Situation befinden, wo wir trotz Anspannung doch dieses Budget beschließen können, ohne wirklich gravierende und tiefgreifende Einsparungen nach allen Seiten hin durchführen zu müssen.

Ich ersuche da auch meine Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen, gemeinsam mit uns heute dieses Budget zu beschließen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Frau Dr. Braunsberger bitte.

GEMEINDERÄTIN DR. BRAUNSBERGER-LECHNER BIRGITTA:

Ja, es ist richtig, wie der Herr Bürgermeister gesagt hat, meine Fraktion wird sich schließlich bereit erklären, dem Budget zuzustimmen, aber es sei mir doch erlaubt, einiges anzuführen und aufzuzeigen.

Wenn ein Schuldner zur Schuldnerberatungsstelle geht, wird er als erstes angehalten, eine Istsituation seiner Vermögensverhältnisse aufzulisten. Als zweites wird er angehalten, seinen Schuldenstand per Stichtag exakt aufzulisten und erst als drittes wird er angehalten, über Einsparungsmaßnahmen nachzudenken. Bei uns ist es ein bisschen so, wie wenn das Pferd von hinten aufgezümt worden ist. Es ist bis jetzt noch keine Vermögensliste, Aufstellung von Vermögen der Stadt Steyr vorhanden, zumindest habe ich sie bis dato noch nicht gesehen. Als zweites möchte ich anführen, dass der Schuldenstand nicht exakt im Budget ausgewiesen worden ist. Wir haben einige Fremdwährungskredite, besonders in Schweizer Franken, aushaftend. Auch wenn dieser

Fremdwährungskredit noch immer laufend ist, könnte man doch zumindest zum Stichtag X den Kredit ausweisen. Das ist im Budget nicht nachvollziehbar.

Ein Schuldner wird in der Schuldnerberatungsstelle auch angehalten, ein Budget zu erstellen, das es ihm ermöglicht so schnell als möglich von seinen Schulden herunter zu kommen. Mir ist aufgefallen, dass sich die Schuldentilgung seit 1996 von 6,25 Millionen Euro auf 3,4 Millionen Euro reduziert hat. Nach Rückfrage beim entsprechenden Referenten wurde mir mitgeteilt, dass von Fristerstreckungsanträge, die Bestandteil sind von Kreditverträgen, einfach Gebrauch genommen worden ist und die Schuldentilgung nicht mehr so erfolgt wie vorher, das heißt, Schulden werden einfach vor sich hergeschoben und deswegen werden auch die Zinsen mehr, die zurückzuzahlen sind. Warum wir uns schließlich dazu bereit erklären, dem Budget zuzustimmen, da möchte ich auf den Abänderungsantrag verweisen.

Es verwundert mich eigentlich, dass gerade in Zeiten, wo wir am Stadtplatz alles mögliche versuchen, dass das ganze wieder angekurbelt wird, für das Stadtmarketing im Budget kein Platz gefunden wurde. Jetzt, durch unsere Verhandlungen, ist zum Glück laut Abänderungsantrag eine Position festgehalten worden. Auch werden Liegenschaften, wie das Amtsgebäude in der Redtenbachergasse, erhalten und diese Erhaltungsbeiträge für die Liegenschaften sind wichtig, denn Vermögen aufhorten und dann verfallen lassen, bringt auch nichts.

Grundsätzlich möchte ich auch noch zum Statement vom Herrn Bürgermeister, dass Sparen das wichtigste ist, eingehen. Grundsätzlich verstehe ich die Vorgehensweise überhaupt nicht. Sie haben uns heute den Beschluss des Stadtrates mitgeteilt, oder zur Kenntnis gebracht, wo der Herr Stadtrat Mayrhofer nicht zugestimmt hat. Hier geht es um den Amtsbericht, dass man sich bereit erklärt hat, für die Dienstwohnung des Hallenwartes der Stadt Steyr, der Vermieterin, das ist die Erste GWG, die Kosten für den Umbau des Bades und des WC, die Neuverfließung und Erneuerung der Nassräume zahlen wird. Grundsätzlich, vom Gesetz her, hätte das der Vermieter zu zahlen, aber scheinbar hat die Stadt Steyr genügend Geld, etwas zu finanzieren, wofür sie vom Gesetz her nicht verpflichtet wäre. Der Gipfel am Nichtsparen ist eigentlich der, dass im Nutzungsvertrag unter Punkt § 2a die Generalsanierung vonseiten der Mieterin, also wieder vonseiten des Magistrates, übernommen wird und sich das Magistrat bereit erklärt EURO 247,50 pro Monat – gerechnet auf 15 Jahre – zu zahlen. Auf der einen Seite übernimmt das Magistrat die Generalsanierung und ist trotzdem bereit der Ersten GWG zusätzlich die Nassräume zu finanzieren. Ich weiß nicht, ob diese Vorgehensweise überhaupt mit Sparen zu tun hat.

Grundsätzlich werden wir dem Budget zustimmen und hoffen jedoch, dass wichtige Projekte, wie Aufstiegshilfe Tabor, Steg am Resthof, dynamisches Parkleitsystem usw. nicht in Vergessenheit geraten – Rom ist auch nicht an einem Tag erbaut worden – aber trotzdem sollte man mittelfristige Finanzierungsmöglichkeiten stets im Auge behalten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Herr Gemeinderat Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Die Botschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Ich muss natürlich meinen Vorrednern Recht geben, die ÖVP hat es tunlichst vermieden, dass es uns ein bisschen nass herein geht und nicht nur ein bisschen, sondern kräftigst. Das habe ich das letzte Mal 1993 oder 1994 erlebt, wo wir so – volksmundartig – auf der „Dackn“ gelegen sind und damals waren es die Grünen, die gegen heftigen Gegenwind der anderen Parteien das Budget gerettet haben und somit auch alle anderen nachfolgenden Budgets. Nicht lachen, Herr Eichhübl, das war so.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ja, ich kann es auch in hochdeutsch sagen. Wir haben uns noch nie persönlich am Budget bereichert; aber es war halt nun mal so.

Ich kann mich auch noch erinnern, andere haben das sogar verweigert, dass sogar die Rute eines Beamtenbudgets oder eines Beamten der Landesregierung im Fenster gestanden ist, weil wir das Budget nicht zusammen bringen, weil alle anderen dazu nein gesagt haben. Also, das sind halt unsere Verdienste aus der grauen Vorzeit; da hat sich aber an unserer Einstellung zum Budget prinzipiell nichts geändert. Unsere Einstellung zum Budget der vergangenen Jahre war eigentlich immer eine, wo wir gesagt haben, man muss drüber schauen, man darf nicht allzu viel verlangen, es soll nicht zu teuer werden und das Ganze soll auch finanzierbar bleiben und die Stadt soll nicht ins trudeln kommen, wenn die Rechnungen dann anstehen und der Herr Mag. Lemmerer sie dann auch

bezahlen muss. Gut, unter dieser Voraussetzung sind wir auch heuer an das Budget herangetreten und siehe da, bis eine Stunde nach Gemeinderatsbeginn haben wir nicht gewusst, ob wir mit dabei sind oder nicht. Das war dann halt eine lapidare Zettelverabreichung des Herrn Vizebürgermeisters Bremm, der gesagt hat, ja da habt ihr es und schaut es euch einmal durch. Dann haben wir festgestellt, dass wir nicht drauf sind. Was mich mithin verwundert, weil ich glaube, die Gespräche waren ja sehr konstruktiv und wir haben auch nicht übermäßig viel verlangt. Ich nehme auch dankend die Entschuldigung des Herrn Bürgermeister entgegen, der hat anscheinend eine andere Wahrnehmung gehabt wie ich, weil wir sogar noch im Nachhinein darüber geredet haben, dass das eine oder andere ein bisschen problematisch war. Ich habe aber davon nicht abgeleitet, dass wir jetzt nicht dabei sind. Macht nichts, irgendwie ist es halt traurig für manche Bereiche, aber es ist halt nun einmal so. Ich habe mir eine ganze Reihe von Budgetposten aufgeschrieben, die mir höchst brisant erscheinen, aber das erspare ich mir jetzt.

Um vielleicht noch einmal zum Anfang zurückzukommen; wenn man sich anschaut, das was jetzt quasi als Abänderungsantrag da ist, da muss ich ehrlich gesagt gestehen, das ist zehnmal so teuer, als die Grünen verhandelt haben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein!

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Es ist zehnmal so teuer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ihr habt aber auch nur 1/10 der Stimmen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ja, aber wenn man von dem her geht, Herr Kollege, dann dürfte man überhaupt – na ja, ich will ja nicht weiter reden.

Aber das Amtsgebäude Redtenbachergasse, da habe ich mir nicht gedacht, dass das von der ÖVP kommt und das erhöht das Ganze, weil zuerst waren wir nur dreimal so billig wie das Angebot der ÖVP, jetzt sind wir aber zehnmal so billig wie das Angebot der ÖVP. Wenn ich heute hergehe und mich da hin stelle als Bürgermeister, als Vizebürgermeister oder als Fraktionsobfrau und sage, ja wir müssen sparen und es geht halt nicht so usw. und wenn ich dann aber einen Abänderungsvorschlag der Grünen habe, der 1/10 von dem ausmacht, was die ÖVP hier in den Nachtragsvoranschlag hineinreklamiert, dann muss ich mich aber schon fragen, wo wir da sind. Da sage ich nicht einmal was gegen die Stadtkapelle, dass das von existentieller Wichtigkeit ist, dass wir dort Euro 6.000,-- mehr brauchen. Auf gut deutsch sage ich, na da blas hinein, wenn das eines unserer wichtigsten Dinge ist, weil dann bete ich ihnen aber wirklich schon die ganze Liste herunter, wo ich sage, das ist um hundertmal notwendiger, als vielleicht die zusätzlichen 6.000,-- Euro für die Stadtkapelle. Aber sei es drum, sie müssen es eh selber entscheiden, was für sie recht und billig ist. Nur unser Vorschlag war 1/10 davon und da muss ich mir an den Kopf greifen und sagen, das hat mit Sparwille absolut nichts zu tun. Da muss ich auch bemerken, diese Liebesbeziehung zwischen ÖVP und SPÖ, die jetzt mittlerweile schon in das siebente Jahr geht, ist ja fast schon unmoralisch, was die Kosten für die Stadt anbelangt.

Gelächter

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Wie so manches bei Liebesbeziehungen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ja, das stimmt auch. Schön war ja, dass wir voriges Jahr die Wahl gehabt haben, das war ja wirklich für manche beglückend, vor allen Dingen für jene, welche die Ideen gehabt haben und andere, die es dann weiter getragen haben und auch auf ihren Wahlplakaten stehen hatten. Das hat uns irgendwie glücklich gemacht, weil ich mir denke, ja wir sind am richtigen Weg und wir tun das Richtige für die Stadt, weil es sogar so weit gegangen ist, dass es auch bei einer anderen Partei ihren Niederschlag gefunden hat. Dann hat es natürlich großmundige Versprechungen gegeben, was man nicht alles – speziell im Jugendbereich – in der nächsten Legislaturperiode besser macht, aber davon ist leider nichts mehr zu finden. Ich glaube nicht, dass wir jetzt in Steyr die Gehsteige hinaufklappen und dass jetzt nichts mehr geht, aber in manchen Bereichen glaube ich schon, dass das Einzige was sich bewegt, die Enns und die Steyr ist. Ich denke mir, schade dass sich die Zusammenarbeit – ich sage jetzt einmal eine sehr steuerschonende Zusammenarbeit - mit den Grünen hiermit aufgekündigt hat,

es ist halt nun mal so und da können wir leider nichts machen. Wir werden halt sehen, wie wir die nächsten 6 Jahre weitertun. Ich habe mir gedacht, wir arbeiten verantwortungsvoll, dass wir jetzt aber sozusagen verzehnfacht werden, dass unser Gebot sozusagen nicht gilt und das zehnfach teure Gebot dann gilt, lässt mich an dem Sparwillen zweifeln und darum werden wir auch nicht mitstimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, voriges Jahr war es eh auch nicht. Herr GR Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

So ungewohnt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, ist ein bisschen ungewohnt.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Mich stört es aber eh nicht. Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, sehr geehrte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. In Anlehnung an die Wortmeldung des Kollegen Apfelthaler kann ich ihnen versichern, dass ich heute nicht hier heraus gekommen bin, um das Budget zu retten. Ich habe deswegen gelacht, Herr Kollege Apfelthaler, weil das wirklich so geklungen hat, als wären sie derjenige gewesen, der in die Brieftasche gegriffen hat und einiges abgedeckt hat, aber es war tatsächlich so, sie haben die Beschlussfassung des Budgets damals tatsächlich gerettet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, viele von ihnen – einige zwar nicht mit Freude – werden sich daran erinnern können, dass von kompetenter Stelle dieses Hauses bis vor einigen Monaten die Budgetsituation der Stadt Steyr eigentlich als eine gute dargestellt wurde. Vor allen Dingen was die Entwicklung des Schuldenstandes betrifft, hat man ja aufgrund verschiedener Wortmeldungen den Eindruck erhalten, als wäre das Finanzschiff der Stadt Steyr sehr gut unterwegs. Dem war aber beileibe nicht so, denn der Nachtragsvoranschlag zeigt eine sehr dramatische Entwicklung – und daher erlaube ich mir nochmals darauf hinzuweisen, obwohl ich das bereits bei der letzten Gemeinderatssitzung gemacht habe, dass dieser Nachtragsvoranschlag ein total anderes Bild gezeigt hat. Die Anhebung des ordentlichen Haushaltes musste von 85.986.400,-- Euro auf 87.618.000,-- Euro zu Beschluss erhoben werden. Also um 1.632.500,-- Euro mehr, als der Gemeinderat dieses Hauses ursprünglich beschlossen hat. Der Abgang im ordentlichen Haushalt erhöhte sich um 0,8 Mio. Euro auf 4,6 Mio. Euro, obwohl die Einnahmen in einigen Teilbereichen sich etwas besser entwickelt haben, als man ursprünglich tatsächlich laut Voranschlag 2003 angenommen hat. Der außerordentlicher Haushalt – und das war sehr bedeutsam – erhöhte sich um 8,9 Mio. Euro auf 31 Mio. Euro. Die Abdeckung der Abgänge erfolgte vor allem durch Darlehensaufnahmen und zum Teil durch Rücklagenentnahmen bzw. aber auch durch Vermögensveräußerungen. Die Rücklagen reduzierten sich im Jahr 2003 von 9.921.800,-- Euro auf 5.269.700,-- Euro. Der Schuldenstand, meine sehr geehrten Damen und Herren, stieg sehr massiv an, nämlich von 38.964.400,-- Euro auf genau 58.751.200,-- Euro. Forscht man nach diesen Ursachen der Entwicklung, so ist einerseits festzustellen, dass große Vorhaben wie die Errichtung der Sport- und Veranstaltungshalle – inzwischen hat sie sich eher auf eine Stadthalle reduziert, entspricht also was den Zweck betrifft, nicht mehr so ganz unseren Vorstellungen und den Vorstellungen einiger Gemeinderatsmitglieder – aber auch die Errichtung des Alten- und Pflegeheimes im Münchenholz das Budget sehr stark belastet haben. Natürlich waren auch Grundstücksankäufe – zwar im geringeren Ausmaße, ich erinnere an die Unterhimmler Au in der Größenordnung von mehr als 20 Mio. Schilling – für das Budget sehr bedeutsam. Ich nenne hier bewusst auch nur einige Beispiele und andererseits, das muss man aber auch wieder sehr deutlich feststellen, obwohl die Aufgaben der Stadt immer vielfältiger wurden und werden, haben sich die Bundesertragsanteile im Grunde genommen nicht verändert, sie stagnieren auch in Zukunft, aber vor allen Dingen haben wir vonseiten des Landes immer weniger Rückflüsse zu erwarten und müssen im Gegensatz dazu vonseiten der Stadt immer höhere Beiträge leisten. Diese gesamte Entwicklung, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat sich fortgesetzt und setzt sich auch in dem heute zur Beschlussfassung vorliegenden Voranschlag für das Jahr 2004 fort. Trotz der Anhebung von Tarifen, heute haben wir ja bereits einige Beispiele in diesem Gemeinderat gehabt und beschlossen, ich nenne auch wiederum Wasser, Kanal und auch in den Freizeiteinrichtungen, im besonderen aber bei den Abfallgebühren aufgrund einer neuen Deponieordnung, sinken die zu erwartenden Einnahmen der Stadt. Andererseits erhöht sich aber der Schuldenstand von 69,2 Mio. Euro, zuzüglich der laut Abänderungsantrag geplanten Ausweitungen, um einiges. Die Erhöhung des Schuldenstandes beträgt somit – und das ist jetzt aktuell – von einem Budget auf das andere, 31,5 Mio. Euro und beträgt somit mehr als 70 Mio. Euro, laut den Erwartungen für das Budgetjahr 2004. Dieser rapide Anstieg des Schuldenstandes auf mehr als 70

Mio. Euro ist ja, glaube ich von allen so festzustellen, mehr als besorgniserregend. Denn eines ist sicher, die Schulden von heute sind die künftigen Steuern von morgen. Gleichzeitig reduziert man die Rücklagen, das wurde auch bereits mehrmals ausgeführt, auf einen geringfügigen Restbetrag. Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, viele geplante Vorhaben und Zukunftsprojekte, die so in den letzten Jahren und Jahrzehnten hier in diesem Gemeinderat diskutiert wurden, können aufgrund der dramatischen Budgetsituation nicht umgesetzt werden. Darunter, das darf ich ebenfalls anführen, Straßensanierungen, die jetzt im übrigen doch etwas höher dotiert werden, die Stadtplatzumgestaltung, Steg über die Enns, Aufstiegshilfe Tabor, Citynahe Parkgarage, Radwege, Verkehrsmaßnahmen, Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs usw., die Liste könnte natürlich beliebig weit fortgeführt werden, aber sie alle wissen, wovon ich spreche. Zum Stadtmarketing, Frau Kollegin und Fraktionsobfrau der ÖVP, wurde offensichtlich nicht nichts vorgesehen, sondern es wurden keine Mittel beantragt, soweit ich das beurteilen hab können. Es heißt, es hat niemand der Mühe wert gefunden, Mittel zu beantragen, das sollte man in diesem Raum vielleicht auch einmal klarstellen und im übrigen wird ja in diesem, von ihnen unterzeichneten, Abänderungsantrag dann ein entsprechender Betrag vorgesehen. Aber, und das ist sehr dramatisch, es fehlt eigentlich an Finanzmittel für die dringendst notwendigen Sanierungsmaßnahmen bei den Straßen, beim Kanal und vor allen Dingen auch bei den stadteigenen Liegenschaften. Organisationen wie die Caritas, die sich um finanzielle Unterstützung seitens der Stadt für ihre Kindergärten und Horte bemühen, fühlen sich – ich glaube, auch nicht zu unrecht – etwas vernachlässigt und im übrigen gibt es ja ein Schreiben, das allen Fraktionsobleuten, vor allen Dingen dem Herrn Bürgermeister, zugewandt ist, mit der Bitte um Verlesung. Ich nehme an, dass das der Herr Bürgermeister noch nachholen wird.

Auch für weitere dringendst notwendige Bau- und Sanierungsmaßnahmen im städtischen Freibad, sehe ich für das nächste Jahr keine rosigen Zukunftsaussichten; nämlich deswegen, weil ja die vorgesehenen Mittel nur dann zum Tragen kommen, wenn es tatsächlich eine definitive Zusage des Landes auf eine 40 %ige Förderung dieses Vorhabens geben wird. In Erinnerung an Listenreihungen im Zusammenhang der Hallenbadsanierung, darf ich daran erinnern, dass wir an zehnter Stelle auf dieser Förderungsliste stehen und daher ist es – aus meiner Sicht bedauerlicher Weise – nicht zu erwarten, dass tatsächlich heuer diese Förderungszusage vom Land kommen wird. Auch die finanziellen Abdeckungen der Notwendigkeiten in den kommenden Jahren wird sehr problematisch sein und ich greife ebenfalls ein Beispiel heraus. Das ist der vorgeschriebene Umbau des Alten- und Pflegeheimes Tabor; die Summe, die ich da gehört habe, traue ich mich fast gar nicht nennen, es geht da offensichtlich um 20 Mio. Euro und mehr und vor allen Dingen aber auch, wird sich die Finanzlage der Stadt im Bezug auf die Betreuung des Alten- und Pflegeheimes in Münchenholz nicht verbessern. Diese Aufgaben sind aber zu erfüllen und es wird von den Verantwortlichen große Anstrengungen nach sich ziehen, um tatsächlich diese Vorgaben – wie sie auch verpflichtend sind – zu erfüllen und diese finanziellen Hürden zu überwinden. Alle Ausgaben sind in Zukunft zu hinterfragen und allgemeine Sparmaßnahmen werden unumgänglich sein, wenn sie auch teilweise unangenehm sein werden. Aber, es ist einfach so, dass man aus weniger Geld nicht ohne weiteres mehr machen kann und entsprechende, wenn auch unangenehme Maßnahmen, setzen muss. Dazu gehört aus unserer Sicht, meine Fraktionskollegen und ich haben ja kein Geheimnis daraus gemacht, dass ein automatisches Nachbesetzen von Dienstposten in der Verwaltung, nach Ausscheiden oder Pensionierung von Mitarbeiter, nicht mehr passiert. Dazu gehört auch ein Veräußern von stadteigenen Liegenschaften, wie Teile des ehemaligen Wirtschaftshofes oder das Amtsgebäude Promenade, um auf einige dieser Bereiche einzugehen. Es gäbe ja noch eine Reihe von weiteren Gebäuden, die anzuführen wären, denn die Stadt hat ja einiges an Gebäuden und Liegenschaften in Besitz. Vor allen Dingen habe ich auch bereits mehrmals darauf hingewiesen und wir haben auch einen derartigen Antrag in der letzten Gemeinderatssitzung behandelt, dass ja die Stadt aufgrund der finanziell angespannten Lage nicht die Möglichkeit hat, diese Gebäude teilweise auch nur notwendigsten Sanierungsmaßnahmen zu unterziehen. Also, da könnte man durchaus diese Auflistung, die wir besprochen haben, Herr Bürgermeister, weiter fortführen, was an Gebäuden zu veräußern wäre. Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, in Anbetracht der wirklich sehr dramatischen finanziellen Entwicklung, in der sich die Stadt befindet, habe ich mich namens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion beim Gespräch mit der Herrn Bürgermeister, dem Herrn Mag. Lemmerer und dem Herrn Fraktionsobmann Vizebgm. Bremm mit den Forderungen an das Budget sehr zurückgehalten. Natürlich spielt auch das eine Rolle, dass wir ja nicht mehr so wie bisher Ressortverantwortlichkeit ausüben. Dennoch haben wir auf fehlende oder gekürzte Finanzmittel in vielen Bereichen hingewiesen und ebenfalls auch Einsparungsmaßnahmen vorgeschlagen. Im Besonderen war es uns ein Anliegen, und da darf ich auch wieder auf einige Punkte eingehen, dass Mittel in größerem Ausmaße für die Straßensanierung bereitgestellt werden, eine rasche Verkehrslösung am Ennsknoten liegt uns nach wie vor sehr am Herzen, und zwar im Interesse der dortigen Anrainer und Bewohner dieses Bereiches und deswegen haben wir auch bei

den Budgetverhandlungen für das Jahr 2003 eine Vereinbarung getroffen, die eine Vorfinanzierung dieser Umbaumaßnahmen im vorgenannten Bereich vorgesehen hätte, aber aus den verschiedensten Gründen ist das leider nicht zum Tragen gekommen. Die Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs durch Ampelbeeinflussung habe ich ebenfalls angeführt und zwar deswegen, weil ja vonseiten der Stadtwerke, vor allem in den neuen Bussen, die in den letzten Jahren angeschafft wurden, bereits die technischen Einrichtungen dafür vorgesehen sind. Die Errichtung eines Wartehäuschen bei der Bushaltestelle Zwischenbrücken war uns auch ein Anliegen, ebenso die Beleuchtung am Steinwändweg und bei der sogenannten Ennskraftmeile. Ich habe es vorher bereits erwähnt, natürlich auch die Fortführung der dringendst notwendigen Stadtbadsanierung. Nun meine sehr geehrten Damen und Herren, noch einige Worte zum vorliegenden Abänderungsantrag, den die SPÖ-Mehrheit in Einigung mit der ÖVP eingebracht hat. Es ist vor allen Dingen festzustellen, dass der Voranschlag folgende Änderung erfahren soll, nämlich eine Reduzierung der Einnahmen und Ausgaben im ordentlichen Haushalt um 28.500,-- Euro und im außerordentlichen Haushalt eine Erhöhung um insgesamt 1.113.500,-- Euro. Es ist des weiteren festzustellen, dass bei den Einnahmen im ordentlichen Haushalt die Rücklagenentnahme um 1.013.000,-- Euro gekürzt wurde. Im außerordentlichen Haushalt gibt es eine Reihe von weiteren Vorhaben, die natürlich das Budget wieder belasten und auch eine entsprechende Bedeckung notwendig machen. Ich darf hier herausheben, dass herausgestrichen wurde der Abbruch der alten Sporthalle am Tabor – die neue wird es wahrscheinlich nicht sein – obwohl sie, wie der Kollege Payrleithner gesagt hat, an der falschen Stelle steht, aber sie erlauben mir doch, nachdem eh alles so ernst ist, dass ich hie und da ein paar launische Bemerkungen mit einbaue. Die Sanierung der Margaretenkapelle wurde um 10.000,-- Euro erhöht, vor allen Dingen die auch von uns gewünschten Straßensanierungen haben in mehreren Bereichen eine Ausweitung erfahren. Nämlich einerseits um 70.000,-- Euro, dann wieder um Euro 175.000,-- und andererseits hat man aber auch einige Vorhaben, wie ein WC am Resthof auf Null budgetiert. Die Sanierung des Leopoldbrunnens wurde entsprechend angehoben, was auch sehr positiv zu beurteilen ist. Es sind natürlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, einige Bereiche nicht nur in diesem Abänderungsantrag, sondern auch generell im Voranschlag enthalten, die nicht unsere helle Begeisterung hervorrufen. Mein Kollege Payrleithner wird ja noch auf einiges zu sprechen kommen und wie gesagt es gibt aber auch Bereiche, die unsere Zustimmung finden. Wir stehen also wieder vor der Situation, dass es nicht möglich ist, über einzelne Budgetkapitel getrennt abzustimmen, sodass man sich also entscheiden muss. Man muss abwägen für und wider und das haben wir gemacht. Nämlich eine Abwägung aller Fakten und der zu setzenden Maßnahmen und wir haben festgestellt, dass es doch vonseiten der Rathausmehrheit vorgesehen ist, entsprechende Sparmaßnahmen einzuleiten. Der Herr Bürgermeister hat ja bereits darauf hingewiesen, was die aktiven Personalkosten betrifft, dass diese von 28 Mio. Euro auf 25,2 Mio. Euro reduziert werden und dass auch Objekte verkauft werden sollen und dass es aber auch dennoch möglich ist, in vielen Bereichen Vorhaben umzusetzen. Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass es auch unsere Zustimmung findet, dass Straßensanierungen höher dotiert werden, dass für Stadtmarketing nunmehr ein Betrag von Euro 218.000,-- vorgesehen ist und einige andere auch positive Anmerkungen möchte ich damit beenden, dass auch eine Ampelbeeinflussung vorgesehen ist, zumindest der Beginn dieser Maßnahme. Ich habe wie gesagt nur einige Beispiele genannt, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme bereits zum Schluss, entgegen meiner sonst üblichen Redezeit von 2 bis 3 Stunden. Ich kann ihnen nur mitteilen, dass wir uns sehr wohl bewusst sind, dass es eine schwierige Situation ist, dass wir uns bewusst sind, dass wir schwächer als bisher auftreten, wir sind uns aber trotzdem der Verantwortung gegenüber den Bürgern bewusst, anerkennen die Bereitschaft von Sparmaßnahmen seitens der Rathausmehrheit, anerkennen die Tatsache, dass viele Bereiche doch abgedeckt werden und dass vor allen Dingen nicht nur Sparmaßnahmen in einzelnen Bereichen durchgeführt werden, sondern eigentlich in allen Bereichen und das ist durchaus anzuerkennen und daher werden wir vonseiten der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion diesem Voranschlag für 2004 die Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Frau Frech, wollen sie sich melden?

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Herr Mayrhofer bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Es gibt auch menschliche Bedürfnisse.

Gelächter

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ich habe bewusst ein bisschen gewartet, sonst wird mir womöglich die nächste Liebesbeziehung vorgeworfen.

Gelächter

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, von diesem humoristischen Einwurf einmal abgesehen, glaube ich, haben wir heute nicht allzu viel Grund recht glücklich und froh zu sein. Vor allem ich, als Referent für die Bauangelegenheiten, vor allem dem Straßenbau, kann nicht davon sprechen, dass das ein Budget ist, welches meine Zustimmung findet und mit dem ich glücklich sein kann. Sparen, hat der Herr Bürgermeister gesagt, ist eine Kunst, mit etwas anderen Worten. Ich gebe ihm Recht, wenn es wirklich gelingt, sparsam umzugehen und zu sparen. Einfach notwendige Investitionen, Instandhaltungen aufzuschieben, ist kein Sparen. Es entlastet vielleicht das Budget des heurigen Jahres, aber es holt uns ein. Und im verstärktem Ausmaß werden uns diese Kosten einholen. Wenn sie sich – und ich habe bereits mehrmals versucht das zu vermitteln – die Entwicklungen im Straßenbudget anschauen, so haben wir uns seit den 90iger Jahren fast halbiert. Fast bei jedem Budget hat es geheißen wir müssen sparen, wir können die Forderungen, die notwendigen Investitionen im Straßenbau nicht vornehmen, wir kürzen es. Die Bauabteilung hat hier, voll bewusst der Verantwortung, die sie hat, gewisse Einsparungen gemacht, die sinnvoll sind, wenn man in absehbarer Zeit andere Maßnahmen ergreift – und ich darf das ausführen. Wenn ich z. B. nur eine Grobbitumenschicht aufbringe und die Verschleißschicht nicht gleich, so geht das einige Jahre gut. Verschleißschicht heißt aber jenes, ich sage das jetzt bitte vereinfacht, der Herr Hingerl wird mich hoffentlich nicht korrigieren, dann heißt das, dass ich die Haltbarkeit der Straße verbessere, wenn ich diese Verschleißschicht oben habe. Mache ich es nicht, leidet die Straße vor allem und verstärkt natürlich bei starkem Verkehr und hoher Tonnagebelastung. Wir haben eine große Anzahl, nicht ein paar sondern eine große Anzahl, von Straßen nicht mit einer Verschleißschicht versehen, wie es notwendig wäre. Eine normale Straße hat eine Haltbarkeit von 30 Jahren, nach 30 Jahren muss sie neu gemacht werden. Bringe ich jedoch die Verschleißschicht nicht auf, dann ist der Instandhaltungsaufwand und die Notwendigkeit, die Straße ganz zu machen viel früher da. Wenn ich das jetzt anschau – und ich hoffe im Interesse aller, dass ich das jetzt nicht vorlese – wir haben hier ungefähr 50 Straßen, wo wir die Verschleißschicht nicht aufgebracht haben, wo wir also akuten Handlungsbedarf haben. Jetzt können wir sagen, gut, heuer geht es beim besten Willen nicht, aber es muss uns bewusst sein, dass das in den nächsten 1, 2 oder 3 Jahren für ungefähr 50 Straßen notwendig ist. Das ist nicht etwas, was irgendwo einfach herausgesogen ist, sondern das ist belegbar, diese Unterlagen liegen auf. Nicht nur das, ein jeder von uns, der diese Straßen benützt, kann sich über den Zustand dieser Straßen überzeugen. Ich bin schon sehr überrascht, wenn der Herr Bürgermeister und Finanzreferent dann dasitzt und wirklich der vollen Überzeugung ist, dass die Straßen in Steyr gut sind. Oder ich glaube, das neue Lieblingswort ist pipifein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das ist aber nicht meins.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Wenn die Straßen pipifein sind, wie er bei der letzten Besprechung gesagt hat.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Habe ich das gesagt? Das ist nicht mein Vokabular.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Jawohl, Herr Bürgermeister. Das heißt, der Herr Bürgermeister ist der Meinung, bei uns in Steyr sind die Straßen pipifein und in Ordnung. Viel Vergnügen für alle Straßenbenützer. Jetzt möchte ich aber wirklich etwas einfordern. Wir sind seit dem letzten Jahr aufgrund der Gemeindehaushaltsordnung verpflichtet, eine Finanzplanung zu machen, und zwar auch eine mittelfristige. Vor allem dann notwendig, wenn wir BZ-Mittel vom Land brauchen. Das ist keine „Kannbestimmung“ sondern eine „Mussbestimmung“, gemeinsam mit dem Budget muss eine mittelfristige Finanzplanung beschlossen werden und sie muss aktualisiert werden, jedes Jahr. Das heißt, ich fordere das nicht nur ein, weil es auch die OÖ Landesregierung will, sondern ich fordere es ein, weil wir heute wissen müssen, wie entwickeln wir uns und wie entwickeln wir unsere Stadt weiter.

Meine Vorredner haben ja schon darauf hingewiesen, wir haben ja einige wirklich wichtige Vorhaben, die wir jetzt beiseite geschoben haben. Aber bitte wann kommen wir dazu? Wann werden wir diese notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen machen? Wie finanzieren wir das in 2, 3, 4 oder 5 Jahren? Wo ist dieser mittelfristige Finanzplan? Es kann doch niemand sagen, dass wir seriös wirtschaften, wenn wir eine Momentaufnahme machen. Der Herr Eichhübl hat es ja vollkommen richtig gesagt, das hat man ja alles noch im Ohr, wenn man an die Wahlveranstaltungen denkt, wie es geheißen hat, wir sind ja so super unterwegs. Oder der Herr Apfelthaler, es läuft so super und unser Budget haben wir im Griff usw. Zwei Monate später, meine Herrschaften, man sieht wie schnelllebig die Zeit ganz offensichtlich in Steyr ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
In Österreich!

Unverständlicher Zwischenruf von Herrn GR Gerald Hackl

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Meine Herren, vor zwei Monaten war das vollkommen unbekannt, wir sind gänzlich überrascht. Uns hat es vollkommen unvorbereitet erwischt, oder was heißt das?

Unverständlicher Zwischenruf von Herrn GR Gerald Hackl

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Der Herr Hackl darf sich sicher nach mir zu Wort melden, die Frau Vizebürgermeisterin wird seine Wortmeldung sicher aufnehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ja, ganz sicher merke ich mir das vor.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Das heißt, es muss uns auch allen bewusst sein, dass wir das heurige Jahr das erste Mal bei den Straßen weniger ausgeben als wir insgesamt einnehmen, nämlich als Gesamtes einnehmen. Wir haben sowohl im ordentlichen Haushalt, als auch im außerordentlichen Haushalt mehr an Bedarfszuweisungen, Zahlungen von Anliegerbeiträgen, Zahlungen von Bund und Land als wir für die Straßen ausgeben. Die Stadt zahlt im heurigen Jahr keinen einzigen Euro aus ihren eigenen Mitteln für die Straßenerhaltung, im Gegenteil. Trotz des Abänderungsantrages wird weniger ausgegeben, als für Straßen eingenommen wurde. Wir sanieren damit das Gesamtbudget zulasten der Straßen. Das möchte ich wirklich heute hier zu Protokoll geben, weil das ist nicht richtig, das ist nicht verantwortungsvoll und das wird uns auf Sicht gesehen am Kopf fallen. Jetzt kann man natürlich sagen, sparen! Man muss sparen, man kann nicht einfach nur Geld ausgeben, das ist vollkommen richtig. Bei einem unserer ersten Gespräche bezüglich Budgetverhandlungen hat der Herr Kollege Bremm mir auch gesagt, macht doch Vorschläge, wo wir einsparen können. Einer der Vorschläge, und da bin ich wirklich sehr froh, dass er bei Herrn Vizebgm. Bremm auf fruchtbaren Boden fällt, sind die Liegenschaften. Wir haben den Finanzdirektor bei uns in der Fraktion gehabt, den Herrn Mag. Lemmerer, und wir haben ihn gefragt, wo im Budget sind die Einnahmen der Liegenschaften der Stadt. Da hat er gesagt, da gibt es keine. Dann haben wir gesagt, das gibt es doch gar nicht, wir reden immerhin von ungefähr 1000 Objekten, die der Stadt gehören.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Da sind aber die Gartenbänke auch dabei!

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Da täuschen sie sich aber; ungefähr 1000 Objekte. Das heißt, es sind Null Erträge vom gesamten Liegenschaftsbesitz. Das was aus diesen Objekten, Liegenschaften, Besitztümern eingenommen wird, geht für die Erhaltung auf. Laut Aussage vom Herrn Mag. Lemmerer ist sogar das zuwenig und die Stadt muss zuschießen. Wenn es tatsächlich so ist, dann glaube ich, sind wir dringendst aufgerufen, diese Liste so schnell wie möglich durch zu ackern und uns von jenen Objekten und Liegenschaften zu trennen, die wir strategisch als Stadt nicht brauchen und wo wir auch sozial keine Verpflichtung haben. Das heißt, wir müssen schauen, dass wir von den Liegenschaften einen Ertrag erzielen, damit wir die Schulden zurückzahlen können, dass wir sie vorzeitig tilgen können und mit den freiwerdenden Mitteln der Kreditzinsen, die wir nicht bezahlen müssen, dass wir hier unseren Haushalt besser ausgleichen können.

Die zweite Geschichte, und das möchte ich jetzt schon noch ein bisschen genauer ausführen, weil ich glaube, hier ist man sehr oberflächlich drüber gegangen, das sind schon auch die Kindergärten. Ich bringe es deswegen jetzt aufs Tapet, weil es nur ein Teil ist, der einmal herausgegriffen wurde, aber weil er uns auch präsentiert wurde. Von Außenstehenden präsentiert wurde, die gesagt haben, schaut euch das an, da läuft etwas nicht so, wie es laufen soll. Jetzt kann ich natürlich über den Umfang der Leistungen streiten. Ich kann ihnen nur eines sagen – und in diesem Raum sind einige davon, die ihre Kinder in einem Privatkindergarten untergebracht haben – wir waren mit den Leistungen absolut zufrieden. Natürlich gibt es in einem Privatkindergarten auch eine logopädische Betreuung, selbstverständlich, das ist auch dort kein Problem. Zu sagen, alle Magistratskindergärten habe längere Öffnungszeiten und über den Sommer offen; einige haben längere Öffnungszeiten, im Sommer ziehen wir es in zwei Kindergärten zusammen, das sind ungefähr 80 bis 90 Kinder, die hier betreut werden. Aber Faktum ist eines, wie schaut es in Summe aus, wir haben 832 Kinder in Steyr, davon gehen 598 in Magistratskindergärten, 234 in Privatkindergärten. Das heißt, das ist nicht das Vergnügen von einigen wenigen, fast 1/3 aller Kinder in Steyr geht in Privatkindergärten. Es gibt sehr viele Kommunen, wo es gar nichts anderes gibt als Privatkindergärten. Prophylaktisch zu sagen und einfach hinzuwerfen, aber wir sind besser und darum ist bei uns der Aufwand so hoch, das traue ich mir so nicht wiederzugeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das hat auch niemand gesagt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das Gesamtbudget für die Kindergärten beträgt 2004 Euro 1.841.000,-- und davon Euro 48.000,-- für die Privatkindergärten. 48.000,-- Euro wendet die Stadt für fast 1/3 aller Kinder in Steyr auf. Wir haben einen Sachaufwand pro Kind im städtischen Bereich von 907,-- Euro, im privaten Bereich von 499,-- Euro. Wir haben einen – und das klingt jetzt sehr theoretisch und buchhalterisch – wir haben einen Abgang im städtischen Bereich von Euro 3.079,-- pro Kind und Jahr, im privaten Bereich von Euro 866,--. Wenn ich jetzt hypothetisch sagen würde, wenn der städtische Bereich so vernünftig und verantwortungsvoll mit den Finanzmittel agieren würde wie die privaten Kindergärten, dann wäre hier ein theoretisches Einsparungspotential von Euro 1.320.000,-- pro Jahr. Ich habe das jetzt als Beispiel gebracht, weil wir sehen, dass wir auch in Bereichen durchaus aufgerufen sind uns zu überlegen, ob wir nicht Einsparungen machen können, wo wir vielleicht sagen, wenn wir nur überblicksmäßig hinschauen, da können wir eh nichts tun, das ist der soziale Bereich, den müssen wir machen, das müssen wir uns leisten. Nur, ich rufe sie alle auf, besuchen sie Privatkindergärten, schauen sie sich den Leistungsumfang dort an und dann sagen sie mir bitte, dass sie das Gefühl haben, dass die Kinder dort schlecht betreut sind. Das ist mit Sicherheit nicht der Fall.

Wir haben hier in diesen Vorhaben, in diesen Voranschlagsstellen für 2004 angeführt – auch nur ein ganz kleines Segment herausgenommen – wir haben nicht gespart bei Mitteln für unser Personal, und zwar für die Personalvertretung, Bezugsvorschüsse sind gleich geblieben – Euro 50.900,-- - Ehestandsdarlehen Euro 21.800,--, laufende Transferzahlungen Euro 30.000,-- usw., Personalvertretungssubvention, Personalvertretungsdarlehenskassen, Aufstockung – ebenfalls Euro 3.000,--, alles gleich geblieben wie in den Vorjahren. In Summe bitte immerhin auch 1,5 Mio. Schilling – in Schilling noch – die wir zusätzlich zu unseren normalen Personalkosten auch aufwenden für unser Personal. Durchaus in Ordnung, wir haben immer mitgestimmt und haben gesagt, auch Unternehmen unterstützen ihre Personalvertretung. Nur in Zeiten, wo man überall sparen muss, sogar bei Dingen, die wir brauchen, ist es, glaube ich, nicht angemessen, dass wir gewisse Bereiche vollkommen vom Spargedanken auslassen. Das dokumentieren wir auch in Kleinigkeiten, wenn ich mir anschau, Personalvertretung ein Kopiergerät beantragt Euro 2.600,--, genehmigt Euro 2.600,--. Bei den Schulen schaut es dann anders aus; Volksschule 2 Tabor ein Kopiergerät beantragt – Euro 2.600,--, da haben wir natürlich auf Euro 2.000,-- gekürzt und so geht es durch. Das heißt, die Personalvertretung bekommt natürlich einen besseren Kopierer, wie z. B. eine Schule. Jetzt können wir natürlich darüber streiten, aber ich sage nur, wenn sparen, dann überall sparen, gleichmäßig und ausgewogen. Das heißt, auch wenn meine Fraktion zustimmt, ich möchte klar zum Ausdruck bringen, ich bin der Meinung, dass dieses Budget eine Momentaufnahme ist, dass es ein gewisses Panikbudget ist und mir fehlt – und ich fordere es wirklich ein – umgehend eine mittelfristige Finanzplanung zu machen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Also, ich würde es nicht als Panikbudget bezeichnen. Eines möchte ich auch sagen, Herr Mayrhofer, sie haben jetzt wieder die Zahlen der Kindergärten in den Raum gestellt. Ich glaube, sie sind kein Hellseher, wenn wir von den Kreuzschwestern keine Unterlagen haben und ich habe das bei der Anfrage in aller Klarheit gesagt, dass die Unterlagen fehlen, sodass man auf Zahlen nicht eingehen

kann. Dann können sie jetzt nicht wieder mit Zahlen herumschmeißen, denn dann sind sie für mich ein Hellseher, dann haben sie die Fähigkeiten, die ich nicht habe, dass sie alles voraussehen können. Ich habe das mit unserer Finanzabteilung durchgenommen, sonst würde ich mich nicht herstellen und sagen, dass die Zahlen nicht richtig sind. Das können sie mir glauben, sonst würde ich das nicht machen, wenn ich mir nicht sicher wäre. Ich habe das als Antwort bekommen und ich glaube, dass ich unserer Finanzabteilung schon trauen kann und sie haben mir auch erklärt, warum man das nicht vergleichen kann. Es hat noch nie wer die privaten Kindergärten schlecht gemacht, das muss ich auch einmal sagen, ich habe mich immer eingesetzt, dass sie Subventionen bekommen, aber ich lasse die stadt eigenen Kindergärten auch nicht schlecht machen. Wir dürfen nicht vergessen, dass in den stadt eigenen Kindergärten sehr viel sozial schwächere drinnen sind und unsere Aufgabe ist auch, für diese die Möglichkeit zu schaffen, dass sie das gleiche Recht haben, wie die Kinder wo die Eltern besser verdienen. Es ist klar, wenn ich heute Euro 112,- als Beitrag zahle, dann muss uns auch bewusst sein, dass es viele Leute gibt, die sich das nicht leisten können, aber die Kinder sollen das gleiche Recht haben, von der pädagogischen Ausbildung her, was alle anderen Kinder auch haben. Da ersuche ich einmal um Verständnis und das ist unsere soziale Aufgabe, was wir als Kommune zu tragen haben und das lasse ich mir von niemanden nehmen und hinter dem stehe ich auch.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Frau Vizebürgermeisterin, ich korrigiere sie ungern, aber ich möchte eine Korrektur anbringen, die sie bei dieser und bei der letzten Rede angebracht haben. Sie haben gesagt, sie sind nicht zuständig für die privaten Kindergärten. Da darf ich sie korrigieren, sie sind als Sozialreferentin zuständig für die Kinderbetreuung in Steyr. Dazu zählen neben den städtischen Kindergärten selbstverständlich auch die privaten Kindergärten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Da muss ich ihnen wieder widersprechen, aber ich melde mich eh nachher zu Wort. Eines möchte ich schon dazu sagen, ich bin zuständig dafür, Unterstützungen zu geben nach Finanzmöglichkeiten und das haben wir bisher gemacht.

Unverständlicher Zwischenruf von Herrn Stadtrat Gunter Mayrhofer

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der Herr Kupfer hat sich zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte ganz kurz an der letzten Diskussion anschließen bzw. dieser laufenden über die Kinderbetreuung. Ich muss sagen, dass ich extrem unglücklich über die Diskussion bin, weil wenn ich so durch die Reihen schaue und die Mimiken, Wörter und Sätze aufgreife, spüre ich schon irgendwie, dass es doch so hingestellt wird, die Privaten sind die, die mit der Stadt nichts zu tun haben, die Privaten sind die, die sich nur die Reichen leisten können und die Städtischen können mit den Privaten nicht verglichen werden. Ich glaube, dass beide Einrichtungen für uns wichtig sind. Ich glaube, dass diese Diskussion in einem anderen Gremium geführt werden muss. Ich glaube, dass sie sehr ernsthaft geführt werden muss, weil da muss man nämlich andere Sachen auch noch betrachten, dass es bei städtischen Einrichtungen z. B. keine Betreuung für Kinder unter 3 Jahren gibt. Wir kennen alle das Problem der alleinerziehenden Mütter, wo das Problem derzeit zum Großteil von den Privaten aufgefangen wird, dafür gibt es auch eine städtische Unterstützung. Ich bin auch der Meinung, dass die Sozialreferentin für die Privaten zuständig ist, sie sucht ja auch das Gespräch mit ihnen, aber es ist auch nicht zu trennen. Darum möchte ich bei dieser Diskussion schon ein bisschen zur Seriosität aufrufen und das nicht auseinander zu dividieren, weil beide Einrichtungsformen für uns wichtig sind.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das glaube ich auch!

Unverständlicher Zwischenruf von GR Kurt Apfelthaler

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Weil mir der Kurt das gerade sagt, das hätte ich jetzt eh vergessen. Es hat mich ehrlich gesagt heute bei der Anfragebeantwortung schon gestört, wie auch immer diese Schreiben auch verfasst sind, aber ich glaube, es kann nicht sein, dass von der Stadt unseren Bürgern gegenüber signalisiert wird, dass wir nicht bereit sind, mit ihnen zu reden. Diese Gesprächsbereitschaft muss es jederzeit geben, egal wie auch die Briefe verfasst sind. Ich habe das wirklich für unglücklich gehalten und ich denke mir, so ein runder Tisch, wie es da vorgeschlagen ist, wäre auch bei dieser Gelegenheit nicht schlecht. Ich

muss dazu sagen, mein Sohn ist in einen privaten Kindergarten gegangen, weil er unter 3 Jahre alt war, wir beide berufstätig waren und wir haben bei diesem privaten Kindergarten weniger bezahlt als bei einer städtischen Einrichtung, damals. Also, so ist es nicht, dass bei privaten Kindergärten nur die Reichen sind und dass dort keine sozialen Aspekte berücksichtigt werden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Aber Nulltarif gibt es bei den privaten Kindergärten keinen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das stimmt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr Kupfer, weil sie gerade von den Kids & Company, wo ihr Sohn gegangen ist, sprechen. Die waren bei mir und haben gesagt, Frau Mach, ist der Betrag, den wir jedes Jahr bekommen haben, eh wieder im Budget drinnen? Da habe ich gesagt, selbstverständlich unterstützen wir euch wieder. Das ist für mich auch selbstverständlich, nur muss man auch die Formulierung des Schreibens und der Anfrage ein bisschen ins rechte Licht rücken.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Mag sein, dass es da Verletzungen gegeben hat, ich denke mir, alle handelnden Personen sollen an dem runden Tisch zusammenkommen und dann sollte darüber diskutiert werden. Der Kurt hat schon angesprochen, wie die Situation bei diesem Budget für die Grünen ist und wie es bei den Verhandlungen war und ich möchte das noch ein bisschen ausleuchten. Es ist für uns keine glückliche Situation, denn – und das muss ich auch mit aller Klarheit sagen – für uns ist das eine Aufkündigung der Zusammenarbeit, die eigentlich schon nach der Wahl begonnen hat, wo man auch die Stärkung der Grünen im Gemeinderat nicht bei der Vergabe der Ausschüsse respektiert hat. Wir haben, denke ich mir, einen sehr bescheidenen Wunsch gehabt, der ist nicht respektiert worden. Wir haben uns bei den Budgetverhandlungen ähnlich – wenn ich dem glauben darf, was der Kollege Eichhübl und die Kollegin Braunsberger gesagt haben – auch sehr verhalten eingebracht und wir haben auch Einsparungsmöglichkeiten aufgezeigt. Ich denke, diese Kernforderungen, die wir speziell am Schluss bei den Verhandlungen gehabt haben, die waren nicht wirklich viel, da hätte man drüber schauen können. Wir haben ja auch die Einsparungsmöglichkeiten gezeigt und das Witzige daran ist, dass unsere Einsparungen jetzt im Budget drinnen sind, aber die Forderungen der Grünen sozusagen nicht drinnen sind. Man will scheinbar mit den Grünen nicht mehr zusammenarbeiten wie in der Vergangenheit. Ich glaube, dass es der Bürgermeister schon will, aber dass es in der Fraktion der Sozialdemokraten Personen gibt, die es nicht so wünschen, das möchte ich hier auch in aller Offenheit sagen. Zweiter Aspekt: Was herausgestrichen worden ist bzw. was in der Diskussion kommt ist das, dass wir eigentlich in Bereiche nicht mehr investieren und neue Projekte, neue Ansätze nicht mehr gefördert werden. Ich werde das dann bei meinen näheren Ausführungen noch bringen, das ist in der Stadtplanung, in der Kultur und das ist in der Jugendarbeit. Überall dort, wo wir diese Ansätze in den letzten Jahren eingebracht haben, wo wir versucht haben, die Stadt an Projekten anzugleichen, wie es in anderen Städten schon lange üblich ist. Ich sage in der Stadtplanung, bitte schauen wir nach Waidhofen, schauen wir nach Krems, schauen wir in Städte, die vergleichbar mit Steyr sind. Genau dort, wo wir im letzten Jahr angesetzt haben, dort hören wir wieder auf, sprich Schiffmeister – aber dort komme ich dann noch hin. Was auch noch dazu kommt, der dritte Aspekt; es ist vor der Wahl irrsinnig viel versprochen worden, am liebsten würde ich mir die ganzen Aussendungen, Plakate und TV-Diskussionen noch einmal heraus holen und ihnen vorspielen, weil alles bzw. vieles, was da gesagt worden ist, stimmt jetzt nicht mehr und ist sozusagen nicht mehr das, was jetzt notwendig ist, speziell im Jugendbereich und da fange ich jetzt an. Das Projekt Teens open space – der Herr Bürgermeister hat das über den Klee gelobt, hat das in sämtlichen Diskussionen und Aussendungen erwähnt, wie super das ist. Welche Probleme wir bei diesem Projekt auch gehabt haben – die gibt es bei jedem Projekt und speziell im Jugendbereich – aber die Planungen, die da gemacht worden sind und die Wege bis zur Realisierung, die da aufgezeigt worden sind, die waren wunderbar. Darum finde ich das irrsinnig schade und das ist auch ein fatales Zeichen an die Jugend, jetzt zu sagen, da tun wir nicht weiter, da investieren wir nicht. Das selbe ist, wir haben eine Diskussion über das Kinderschutzzentrum gehabt, was hat sich da getan? Auch wieder die Kürzung drinnen, das betrifft die Kinder.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Da ist keine Kürzung.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Wir haben in der Wahlauseinandersetzung irrsinnig viel über die Förderung von Kindern gesprochen. Wo ist das, wo zeigt sich das? Nirgends zeigt sich das Streetwork – Präventionsarbeit – nirgends. Dann die Diskussion über unsere Jugendzentren – ich bitte meine Kollegen, sich das einmal anzuschauen. Wir haben 3 Jugendzentren in Steyr; ein Jugendzentrum, das Jugendzentrum der Gewerkschaftsjugend, da wurde die Förderung voriges Jahr auf 5.100,-- Euro erhöht. Ich bitte sie, schauen sie sich das Jugendzentrum an und vergleichen sie dieses mit den anderen Jugendzentren, mit dem Gewölbe und dem Jugendzentrum im RÖDA. Die Gleichberechtigung fordern, seit Jahren. Was ist? Die bekommen um die Hälfte weniger, obwohl sie doppelt oder dreifach so viel arbeiten, so schaut es nämlich aus. Zweiter Bereich, Kultur: Dort wo alle investieren, wo alle schauen, dass sie weiterkommen, weil sie genau wissen, dass Kultur sowohl was für die Bevölkerung, wie auch für den Tourismus und auch für die Identität der Stadt bringt. Was tun wir? Nichts tun wir. Unsere Vereine, die das ganze Jahr „hackeln“, die natürlich das Geld, das wir fördern wieder herein bringen, über Steuereinnahmen etc., da gibt es keine Erhöhung. Das Akku und das RÖDA, seit 3 Jahren keine Erhöhung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das stimmt nicht.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das ist so, seit 3 Jahren ist das festgeschrieben mit Euro 30.0000,-- und Euro 40.000,--.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Jeweils Euro 10.000,-- für Röda und Akku.

Unverständlicher Zwischenruf von Frau Vizebgm. Friederike Mach

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ja, jetzt eine außerordentliche Subvention, aber nächstes Jahr ist das wieder nicht drinnen.

Unverständlicher Zwischenruf von Herrn Bgm. Ing. David Forstenlechner

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Wir diskutieren Stadtplatz im Aufbruch, es gibt großartige Vorschläge, alle sind dabei und was machen wir? Stadtmarketing – wichtig – da tun wir etwas. Aber was vermarkten wir eigentlich, wie schaut denn bitte unser Museum aus? Wie schaut denn bitte unser Heimatmuseum aus, das wir in ein Stadtmuseum umwandeln können? Ist uns eigentlich bewusst, was wir mit einem Museum, umgebaut und belebt, für den Stadtplatz für eine Wirkung bringen könnten? Ist uns bewusst, wenn wir den Bereich Zwischenbrücken besser nützen, wenn wir endlich den Stadtplatz einmal angehen und dort etwas tun, in die Planung des Stadtplatzes investieren, dass wir da eigentlich viel mehr machen könnten?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Machen wir auch.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Eine Forderung von uns war das Programm kino, eine ganz zentrale Forderung.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Wieder etwas Neues?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Und wieder etwas mit Kosten.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ja, man merkt es ja eh, Kunst und Kultur ist in dieser Stadt nicht wichtig. Kunst und Kultur ist in diesem Gemeinderat nicht wichtig. Herr Vizebürgermeister, das Zentralkino Steyr gibt es seit 30 Jahren.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ja, das weiß ich.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Weil sie sagen, es ist was Neues. Es ist nichts Neues, es ist eine Institution, die es seit 30 Jahren gibt. Es gibt einen Projektvorschlag, es arbeiten über 30 Personen mit, vom Herrn Röba bis zu den Schulen, um dieses Kino wieder zu beleben. Es gibt Gespräche mit dem Land, hier zu investieren und ein Programm kino hier in Steyr einzurichten. Was sagt die Stadt? Ist uns „wurscht“, schon wieder was Neues, brauchen wir nicht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Da sind wir aber bis jetzt noch nicht mit einbezogen worden. Ich weiß nichts davon.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Der Herr Locicnik war eh dabei.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Wie gesagt, es gibt eine Kulturabteilung, die sowieso dabei ist. Wenn da die Kommunikation im Haus nicht funktioniert, kann ich nichts dafür.

Nächster Punkt, Stadtplanung. Wie haben wir uns über den Klee gelobt, dass wir einen Wettbewerb machen, Schiffmeister – Eybl. Wir waren mit einem großen Artikel im Standard drinnen. Wir haben gesagt, ja genau, da müssen wir weitermachen, das ist auch für den Stadtplatz wichtig.

Schiffmeisterhaus – Steg zum Neutor, könnte eine Belebung für den Grünmarkt sein. Was lesen wir jetzt, Schiffmeisterplanung gestrichen.

Grünraumkonzept – wir haben irrsinnig viel Geld für die Biotopkartierung ausgegeben. Nur, den Bestand haben wir aufgenommen, die Maßnahmen, wie es jetzt weitergeht, da gibt es kein Geld mehr – gestrichen.

Unfallhäufigkeitsstellen, Verbesserung der Verkehrssicherheit, da gibt es Konzepte und Vorschläge – gestrichen. Schulwegsicherung auf der Ennsleite und im Münichholz – gestrichen. Fahrradmarketing, haben wir jetzt 3 Jahre gemacht – brauchen wir nicht mehr. Beschleunigung der Busspuren – brauchen wir auch nicht mehr. Gestaltungsbeirat – Kürzung von 20.000,-- Euro auf 15.000,-- Euro, ist höchstwahrscheinlich auch nicht mehr so wichtig. Aber was uns wichtig ist – und da komme ich zum Ende – wir haben gerade vor Sitzungsbeginn einen Amtsbericht bekommen. Weihnachtsträume werden war, 24.000,-- Euro für die Christkindlwelt, die sowieso nicht geht, da gibt es schon ein Geld.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So ein Blödsinn, Christkindlwelt, wo schon 5000 Leute da waren.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Da schauen sie einmal hin, wenn sie Zeit haben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Dann war er noch nie dort.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Dann stellt's ihn an in der Schlange.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

5000 Menschen war bis jetzt dort.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Aha, das müssen wir subventionieren, aber die Kultur muss nicht subventioniert werden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das ist auch Kultur.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Frau GR Mag. Frech bitte.

Unverständlicher Zwischenruf von Herrn GR Andreas Kupfer

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wollt ihr noch ein bisschen streiten?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Die Frau Frech hat das Wort.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein, ich höre eh gerne zu.

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich kann zu den Grünen nur sagen: „Willkommen im Club“, sie sehen das Budget inzwischen auch ein bisschen kritischer. Wobei eines schon ganz interessant ist und das hat einer der Vorredner ja schon erwähnt. Bis vor wenigen Monaten ist eigentlich die Mehrheit da herinnen, und da meine ich nicht nur die SPÖ, sondern auch durchaus andere Fraktionen, an die Öffentlichkeit gegangen und haben das Budget immer über den grünen Klee gelobt, wie toll sich nicht die Finanzdaten der Stadt entwickeln und wie lieb das ganze nicht ist. Ein paar Monate später schaut alles völlig anders aus, auf einmal heißt es, wir können uns die einfachsten Dinge nicht mehr leisten. Auf einmal haben wir keine Rücklagen mehr bzw. nehmen Rücklagen für den ordentlichen Haushalt. Das muss man sich einmal vorstellen, dass ich heute meine laufenden Ausgaben durch Rücklagenentnahme finanziere. Das haben wir früher nur im außerordentlichen Haushalt gemacht, jetzt aber auf einmal müssen wir schon zu diesen Dingen greifen. Das ist doch nicht wahr, meine Damen und Herren, diese Entwicklung hat sich seit Jahren abgezeichnet, nur die meisten da herinnen wollten es halt nicht hören. Ich bin jedes Jahr wieder da gestanden, so milde belächelt, nein, das stimmt ja alles nicht, wir haben so tolle Finanzdaten. Nur wodurch haben sich diese tollen Finanzdaten unter anderem denn ergeben? Man hat ganz einfach in den Voranschlag immer Dinge hineingegeben, nämlich ausgabenseitig, die man dann eh nicht verwirklicht hat. Dann hat man sagen können, wir haben ja wieder eingespart, aber wir haben die Projekte nur von einem Jahr in das nächste geschoben und wir schieben und schieben. Jetzt auf einmal geht das Schieben schon gar nicht mehr und die Projekte sind völlig raus geflogen und es werden nicht einmal die wesentlichsten Dinge gemacht. Jedes Jahr stimme ich gegen das Budget, aber nicht weil ich gegen einzelne Projekte bin und nicht weil ich justament dagegen stimme möchte, sondern weil ich seit Jahren etwas einfordere. 1997 habe ich mich hier heraus gestellt und habe gesagt, eine zentrale Forderung ist eine mittelfristige Finanzplanung und 1997 hat es geheißen, ja, die kommt demnächst. Jedes Mal, wenn ich den Herrn Finanzchef Lemmerer gefragt habe, wann kommt die mittelfristige Finanzplanung, dann hat es geheißen, im nächsten Halbjahr. Meine erste Frage beim Budgetgespräch mit dem Herrn Bürgermeister war wieder: Wann kommt die mittelfristige Finanzplanung? Antwort, wie immer, im nächsten Halbjahr. Meine Damen und Herren, wir haben aber nicht mehr 1997, wir haben 2003 und es gibt diesen mittelfristigen Finanzplan noch immer nicht. Nicht nur, dass ich das fordere, man zählt ja nicht viel da herinnen, aber der Rechnungshof fordert das auch. Dem Rechnungshof ist es versprochen worden, meine Damen und Herren, im Rechnungshofbericht für das Verwaltungsjahr 2000, erschienen im Jahr 2001, hat die Stadt eine Stellungnahme abgegeben. Der Rechnungshof hat kritisiert, dass es keinen mittelfristigen Finanzplan gibt, es wäre ganz wichtig den zu machen und diesen Finanzplan auch als dynamisches Planungsinstrument laufend fortzuschreiben. Was war im Jahr 2001 die Stellungnahme der Stadt? Laut Stellungnahme der Stadt Steyr, wird der Finanzplan für die Jahre 2001 bis 2004 Mitte des Jahres 2001 vorliegen und auch im Hinblick auf den Stabilitätspakt jährlich aktualisiert werden. Das hat man dem Rechnungshof fix zugesagt. Jetzt haben wir bald 2004 und es sollte der Finanzplan von 2001 bis 2004 vorliegen, aber es gibt ihn nicht. Jetzt könnte man sagen, das ist eine Formalgeschichte, ob es einen Finanzplan gibt oder nicht ist doch eh piepegal. Es ist nicht piepegal und zwar deshalb, weil jetzt in der Stadt nicht mehr klar ist, ...

Unverständlicher Zwischenruf von Frau Vizebürgermeisterin Friederike Mach

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich habe das neue Wort „piep“ deshalb, weil beim Kollegen Mayrhofer war es pipifein und bei mir im Budgetgespräch war es „pipifax“, weil der Herr Bürgermeister bei vielen Themen, die ich angesprochen habe, gemeint hat, das wären ja alles „Pipifaxthemen“.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das habe ich überhaupt noch nie gesagt. Das ist nicht mein Vokabular, ich habe noch nie pipifein gesagt.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Sonst hätte ich es nicht, aber auf diese „Pipifaxthemen“ komme ich dann eh noch näher zu sprechen.

Dass es diesen Finanzplan nicht gibt, hat wesentliche Folgen für die Stadt. Wenn sie sich jetzt anschauen, es ist keine Formgeschichte, ob ich einen Finanzplan habe oder nicht, sondern derzeit ist nicht mehr klar, wo die Stadt Steyr hinsteuert. Mir kommt das vor wie ein Schiff, da gibt es einen Kapitän, aber es ist nicht mehr ganz klar, gibt es einen Steuermann und wo steuert das Ganze hin und wird auch gegengesteuert, wenn irgendetwas aus dem Ruder läuft. Ich muss ihnen ehrlich sagen, ich sitze jetzt 6 Jahre hier herinnen, ich gehe in jeden Ausschuss und ich bekomme wirklich sehr viel mit, denke ich mir und das Interessante ist, selbst ich als Gemeinderat der Stadt Steyr, der in jedem dieser Ausschüsse drinnen ist und die Dinge klar verfolgt, kann nicht mehr sagen, was passiert in den nächsten Jahren, was wird umgesetzt, was nicht. Wir haben den Bürgerinnen und Bürgern extrem viele Dinge versprochen, das können sie in alten Gemeinderatsprotokollen nachlesen, wir haben fixe Beschlüsse, die nie umgesetzt worden sind. Wir haben politische Einigungen in vielen Themen, die nie umgesetzt wurden. Da geht es nicht um ein paar Forderungen von der einen oder der anderen Partei und weil dort irgendein Gemeinderat von 36 einen Lieblingswunsch hat, sondern das sind Dinge, da herrscht Konsens, das sind Dinge, die beschlossen worden sind, allein sie werden nicht umgesetzt und keiner weiß, wann. Ein paar Dinge sind schon genannt worden, Steg über die Enns – rausgeflogen. Aufstiegshilfe Tabor – reden wir nicht mehr drüber.

Zwischenruf: Wo wurde das beschlossen?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Im Stadtentwicklungskonzept haben wir Dinge drinnen stehen, im Verkehrskonzept haben wir auch Dinge stehen, die nie umgesetzt worden sind. Eines wäre wenigstens ehrlich, zu sagen, diese Projekte werden schlichtweg nicht gemacht, dann weiß der Bürger wenigstens woran er ist, aber jetzt steht alles so im Raum, es wird in das nächste Jahr geschoben, in das übernächste Jahr, man weiß auch gar nicht, ob es kommt, es ist alles extrem schwammig. Gerade im Bereich der Planung wird natürlich auch eingespart, ich war bei der letzten Sitzung des Gestaltungsbeirates und habe auch merken müssen, dass in Zukunft in den Gestaltungsbeirat auch anscheinend weniger investiert werden soll. Nach dem Motto, das können wir selber auch entscheiden. Nur, wir berauben uns damit einer Qualität, weil es macht einen Unterschied, ob wir intern etwas entscheiden und planen, oder ob hochkarätige Experten von außen auch zusätzliche Impulse in die Stadt hinein bringen. Aber das wollen wir ja anscheinend gar nicht mehr so richtig. Wie gesagt, wenn man sich jetzt diesen Voranschlag ein bisschen im Detail anschaut, da muss ich schon sagen, dass sich im Großen und Ganzen die Vorgehensweise gegenüber früher nicht allzu stark geändert hat. Aber ein paar Dinge waren schon neu, dass wir diesen Voranschlag fix und fertig gedruckt auf den Tisch bekommen, bevor wir noch überhaupt darüber reden, das sind wir ja eh schon gewohnt, das war bis dato immer so, das regt einen schon gar nicht mehr groß auf. Ist zwar auch etwas seltsam, weil wir haben einen Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss und da könnte man eigentlich vielleicht im Vorfeld diesen Voranschlag schon behandeln, bevor er gedruckt wird und über einzelne Positionen reden, aber gut das war immer schon so, wird wahrscheinlich so bleiben. Was aber neu war ist, dass jetzt bei diesen Vorhaben Dinge herausgestrichen wurden, die wir ja ohnedies machen müssen, wo es gar keinen Verhandlungsspielraum gibt. Ich war ehrlich gesagt entsetzt, wie ich lesen musste; Klimabündnis, Beitritt – wir sind zum Klimabündnis beigetreten, haben uns dazu bekannt und dann steht da, Mitgliedsbeitrag Euro 6.700,--, den wissen wir auch, weil der wird nach der Einwohnerzahl berechnet, da kann man also nicht sagen, wir wissen noch nicht was der ausmacht und dann lese ich 0,--. Da denke ich mir, das kann doch nicht sein, ich kann doch nicht zum Klimabündnis beitreten und dann sagen, ich zahle den Mitgliedsbeitrag nicht. Der Herr Bürgermeister hat mir gesagt, das war wahrscheinlich ein Fehler, allerdings habe ich nicht gemerkt, dass der Fehler korrigiert worden wäre.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Der ist schon korrigiert worden.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Weiß ich nicht, wo. Da bin ich gespannt, also im Abänderungsantrag habe ich nichts davon gefunden, vielleicht ist es irgendwo versteckt. Aber ich meine, das kann es doch nicht sein, ich kann nicht Dinge, die völlig klar auf der Hand liegen, dass ich die reingeben muss, dann sagen, da verhandeln wir dann im Budget darüber. Oder, Straßensanierungen; der Kollege Mayrhofer hat es schon ein bisschen angesprochen. Was mich bei diesen Straßensanierungen jetzt wirklich extrem schockiert, ist der Punkt, dass wir ja nicht auskönnen. Es ist ja nicht so, dass sich die Straßen von selbst sanieren, sondern je länger wir mit diesen Sanierungsaktivitäten warten, desto teurer wird die Straßensanierung. Deshalb verstehe ich eine Vorgehensweise nicht, wo man sämtliche Straßensanierungen immer versucht über Jahre hinweg zu schieben und dann wird's umso teurer. Der Bürger hat ein Recht auf diese Infrastruktur. Wenn ich jetzt z. B. schau, der Leitnerberg, über 10

Jahre hat es gedauert, bis der Leitnerberg saniert worden ist, jedes Jahr ist es verschoben worden, es ist dann teurer geworden. Jetzt ist der Leitnerberg in der ersten Sanierungsetappe und was musste ich dann im Budget lesen, Leitnerberg, zweiter Finanzierungsbetrag Euro 0,--. Es war völlig klar, dass wir den Leitnerberg fertig sanieren werden, weil wir werden ja nicht die eine Hälfte sanieren und die zweite Hälfte nicht, aber im Voranschlag streichen wir es einmal heraus, weil dann hat man vielleicht ein bisschen Verhandlungsspielraum, dass irgendjemand zustimmt. Das kann es doch bitte nicht sein. Die angesprochenen Kindergärten, ich will ja nicht mehr allzu viel hinzufügen, aber eines ist mir schon extrem wichtig und da muss ich meinem Vorredner, dem Andi Kupfer auch Recht geben, diese Anfragebeantwortung heute, war für mich eine absolute Zumutung, nämlich den Leuten gegenüber, die private Kindergärten betreiben. Einfach deshalb, weil die Fragen nicht wirklich beantwortet worden sind, weil sehr polemisch agiert worden ist und weil eine wesentliche Forderung – und da sind wir uns hoffentlich mehrheitlich einig – die sein muss, dass private Kindergärten gleichgestellt sind mit städtischen Kindergärten. Diese Aussage, die sie getroffen haben Frau Vizebürgermeisterin, ich bin in erster Linie für meinen Betrieb zuständig – sprich die städtischen Kindergärten – das möchte ich so nicht im Raum stehen lassen. Wir sind genauso verantwortlich für die privaten Kindergärten und wir können und entscheiden, ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nein!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Meines Erachtens sind wir das, ihrer Meinung nach nicht, aber ich hoffe, dass es doch den einen oder anderen Kollegen hier herinnen gibt, der das auch so sieht, dass wir eine Verantwortung haben für jede Kinderbetreuungseinrichtung. Im Sozialausschuss, beispielsweise, muss ich sagen hat mich das auch sehr irritiert, dass man behauptet hat, wir städtischen Kindergärten sind halt qualitativ besser.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Das habe ich aber nie gesagt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Das haben nicht sie gesagt, das ist von Beamtenseite gekommen, aber ich maße mir nicht an zu wissen, wer qualitativ besser ist. Ich denke mir, sie haben beide ihre Berechtigung und sie arbeiten alle gut, aber die einen gegen die anderen auszuspielen, das halte ich nicht für gut und es müssen beide die gleichen Rahmenbedingungen haben. Wenn ich mir den Budgetentwurf anschau, habe ich mir schon eine Frage gestellt. Da suchen einzelne Kindergärten um ganz unterschiedliche Beträge an, was ja auch klar ist, weil die Kindergruppenszahl eine andere ist, weil die Öffnungszeiten andere sind und was passiert dann aber, im Sinne einer wohl so verstandenen Gleichbehandlung, die aber keine ist, alle bekommen dasselbe. Die einen suchen um Euro 11.000,-- an, kriegen Euro 8.000,--, die anderen suchen um Euro 16.500,-- an, kriegen Euro 8.000,-- und interessanterweise die, die um Euro 5.500,-- angesucht haben, bekommen auf einmal auch Euro 8.000,--. Da bekommt wer mehr, als er beantragt hat.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nein, Moment einmal, wer hat denn um Euro 5.500,-- angesucht. Moment, Frau Mag. Frech, das muss man schon richtig stellen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Vielleicht ist das falsch, ich habe das nur vom Herrn Mag. Lemmerer bekommen. Ansuchen beantragt – Euro 5.500,-- Teilzeitkindergarten der Kinderfreunde, Voranschlag Euro 8.000,--. Beantragt Waldorfkindergarten Euro 5.500,--, Amtsvorschlag Euro 8.000,--. Wenn das so nicht stimmt, dann korrigieren sie es bitte, aber irgendwie ist das für mich schon eigenartig, wenn man dann über einen Kamm schert und sagt, wir geben allen das gleiche, egal welche Öffnungszeiten, egal wie viele Kinder. Wenn sie das gleiche Exemplar haben, dann finden sie es auf der Seite 7. Das kann es nicht sein, Frau Vizebürgermeisterin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Das stimmt ja nicht.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Dann stimmen die Zahlen nicht, aber die habe ich nicht gemacht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Liebe Frau Mag. Frech, sie haben jetzt gerade gesagt, sie sind schon so lange im Gemeinderat und sie haben immer gewusst, dass alle privaten Kindergärten jahrelang 100.000,-- Schilling an Subvention bekommen haben.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ja, ist eh nicht gerecht gewesen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Vor zwei Jahren sind alle um 10.000,-- Schilling auf Euro 8.000,-- erhöht worden. Sagen sie mir da jetzt nicht was neues, das haben wir nie beschlossen. Sie können immer nachschauen, was war im Budget drinnen, sie haben die Möglichkeit. Bitte schauen sie nach, bevor sie da sagen, die Kinderfreunde; wie der Herr Mayrhofer gesagt hat, ist eh klar, wieder die Kinderfreunde.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ich kann nur nach dem gehen, was ich bekommen habe und da steht das oben.
Ich denke mir, wir sind genauso verpflichtet für die privaten Kindergärten auch aufzukommen.
Zu ein paar anderen Positionen, die schon relevant sind, denke ich mir, und die ich auch nicht ganz verstehe. Da gibt es einen Gemeinderatsbeschluss vom 03. Juli 2003, wonach die Streetworker aufgestockt werden sollen und beantragt sind Euro 118.600,-- und im Voranschlag stehen dann 76.400,-- Euro drinnen. Das verstehe ich auch nicht ganz, wie gibt es diese Diskrepanz, da gibt es einen Gemeinderatsbeschluss dazu.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nein, Euro 118.000,-- gibt es keinen, das stimmt ja nicht.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ja, es ist bei manchen Positionen dann oft wirklich nicht ganz schlüssig, wie es zu dem einen oder anderen kommt. Nachmittagsbetreuung von der Sonderschule beispielsweise. Es ist extrem wichtig, diese Nachmittagsbetreuung in der Sonderschule Punzerstraße anzubieten. Wer sich dort schon einmal näher damit beschäftigt hat, da gibt es viele verhaltensauffällige Kinder, da gibt es viele Kinder, die von zuhause her eher vernachlässigt werden, da hat diese Nachmittagsbetreuung eine ganz zentrale Funktion.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Darum haben wir sie ja.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ja eh, aber Euro 35.000,-- würden sie brauchen und Euro 14.600,-- bekommen sie.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Sie wissen ja gar nicht, wovon sie reden.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Nein, natürlich nicht, ich bin ja dumm, Herr Kollege Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Das habe ich ja gar nicht gesagt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Nein, aber sie haben es in den Raum gestellt, ich kann damit leben.
Wo ich bei meinen Rückfragen nur ein Achselzucken bemerkt habe, war beim Thema Hochwasserschutz. Sie können sich erinnern, wir gewähren eine Subvention für den Einbau von Hochwasserschutzmaßnahmen, ich denke mir, gerade das Jahrhunderthochwasser hat gezeigt, dass es wichtig ist, möglichst starke Vorsorge zu machen, vor allem weil wir damit im Endeffekt ja letztlich sparen, weil wenn das Hochwasser weniger Auswirkungen für den Privaten hat, wird er auch weniger Unterstützung von Stadt und Land brauchen. Das was wir dafür ausgeben, ist ohnedies sehr gering, max. 10.000,-- Schilling, ich sage deswegen bewusst 10.000,-- Schilling, weil die Verordnung immer noch nicht auf Euro umgestellt worden ist. Aber was ist für nächstes Jahr vorgesehen? Statt es aufzustocken, Euro 800,-- für das ganze Jahr, da kann ich maximal einen Fall behandeln. Euro 800,-- Subvention für den Einbau von Hochwasserschutz, ja ist so, schreiben wir halt ein bisschen etwas

hinein, hoffentlich sucht keiner an, weil sonst haben wir eh ein Problem.
Volksschule Resthof – haben wir einen Architektenwettbewerb 1997 beschlossen. Das hat ein Heidengeld gekostet, inzwischen haben wir eine Umplanung machen müssen, weil die Klassenzahl nicht mehr gestimmt hat. Ja alleine, wann wird diese Schule kommen? Ich muss ihnen ehrlich sagen, ich glaube schon gar nicht mehr daran, weil eigentlich hätte sie schon vor 10 Jahren hinkommen müssen. Geben sie mir Recht, Herr Kollege Lengauer, wir haben einen riesengroßen Stadtteil ohne Volksschule. Jetzt wären 60.000,- Euro zumindest für Projektplanung hineingekommen – ja, auf 0,- Euro gestellt. Volksschule Resthof ist kein Thema mehr, bitte warten. Die Sporthalle Tabor, da bin ich der ÖVP sehr zu Dank verpflichtet, dass es

hier gelungen ist, diese 175.000,- Euro heraus zu reklamieren, weil Euro 175.000,- für einen Abbruch auszugeben ist ein Wahnsinn, wo man den Jungen eigentlich mehr oder weniger in den Raum gestellt hat, sie können sie als Skaterhalle verwenden, oder vielleicht zumindest für etwas anderes.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wer hat denn das gesagt?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Dann wird argumentiert, da gibt es ein Gutachten, dass das demnächst zusammenfallen wird und dann recherchiert man ein bisschen und kommt drauf, ja Gutachten gibt es keines. Aber das wird halt argumentiert, da gibt es ein Gutachten, die Halle fällt sonst zusammen, also reißen wir sie ab.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Stellen sie nicht einfach etwas in den Raum, was kein Mensch gesagt hat.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Sie waren beim Gespräch nicht dabei, Herr Kollege Bremm, dann können sie es auch nicht wissen.

Unverständliche Zwischenrufe von Vizebgm. Gerhard Bremm und Vizebgm. Friederike Mach

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Im letzten Verkehrsausschuss hat wieder einmal einer der Mitglieder des Verkehrsberaters den dringenden Appell getätigt, wir sollten für die Beseitigung von Unfallhäufungsstellen mehr ausgeben. Es gibt eine Reihe von Maßnahmen die in Kooperation mit der Polizei ausgearbeitet worden sind und mit dem Amt, alleine es scheitert daran, dass man nicht bereit ist, bei einzelnen Maßnahmen ein paar Tausend Euro auszugeben. Das sind keine Millionenbeträge, das sind jeweils Maßnahmen, wo man mit ein paar Hundert, mit ein paar Tausend Euro auskommt. Alleine, das Geld dafür ist nicht da, obwohl wir, wie gesagt, jene Stadt in Österreich sind, die pro Tausend Einwohner die meisten Verkehrsverunfallte hat, nämlich 14 pro Tausend und das hat sonst keiner. Wenn ich mir das jetzt im aktuellen Voranschlag anschau, dann haben die Beamten - und die schauen sich das vorher auch an, die machen das ja nicht aus Jux und Tollerei – für eine Schulwegsicherung auf der Ennsleite 10.000,- Euro beantragt – auf 0,- Euro gestellt. Für eine Schulwegsicherung im Wehrgraben von Euro 7.000,- auf 0,- Euro gestellt und eine Verkehrssicherung im Bereich der Dukartstraße 5.000,- Euro – auf 0,- Euro gestellt. Schulwegsicherung, Verkehrssicherung hat anscheinend keinen Stellenwert, da sind wir lieber Spitzenreiter bei den Verkehrsunfällen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Bei der Nordspange ist aber das Land zuständig.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ja, und das angesprochene Fahrradmarketing – ich habe ohnedies den Eindruck gehabt, das ist jetzt wieder etwas, was nach unten geht, brauchen wir nicht mehr. Radausschuss – hoffe ich – wird es weiterhin geben, nachdem wir im letzten Verkehrsausschuss darauf gedrängt haben, der Andi Kupfer und ich, dass es ihn wieder geben soll. Nur wenn wir kein Geld zur Verfügung haben, dann wird wahrscheinlich relativ wenig passieren.
Dass wir im Prinzip seit Jahren nicht mehr an diesem autofreien Tag teilnehmen, halte ich auch für eine Schande, vor allem wo wir jetzt Mitglied dieses Klimabündnisses sind und das auch eine Aktion des Klimabündnisses ist, dass wir da nicht versuchen, das Klimabündnis mit Leben zu erfüllen, ist mir auch etwas zu wenig.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Einmal haben wir nicht teilgenommen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja, und die Notschlafstelle, Dachdeckenerneuerung, ich glaube, das ist kein Luxus, Wärmedämmung ist auch kein Luxus, 27.000,-- Euro haben sie beantragt – 0,-- Euro sind vorgesehen.

Wie gesagt, das geht über Seiten so dahin. Eines habe ich noch ganz interessant gefunden, man braucht da herinnen wirklich so diese Jahresdimension, dass einem klar wird, wie lange die Jahre dauern oder wie kurz sie sind, je nachdem wie man es betrachtet, weil ich kann mich erinnern, wie dort drüben die Verkehrsdrehscheibe errichtet worden ist, wie wir die ersten Pläne gesehen haben, dass ich gesagt habe, ja dort gibt es ja nicht einmal eine Toilette und das ist eine Verkehrsdrehscheibe und dort müsste es ein Toilette für die Busfahrgäste geben. Dann hat es geheißen, das brauchen wir nicht, das hätte wieder Geld gekostet, weil da gibt es ja ohnedies eine Toilette am Bahnhof. Dann war natürlich das Gegenargument – nicht nur von mir, sondern von anderen im Ausschuss auch – ja, aber das ist ja schon eher eine desolante Geschichte. Nein, das wird jetzt umgebaut und dann ist das wunderbar. So, jetzt lese ich wieder, ÖBB – Errichtung von Toiletteanlagen, Beitrag laut Vereinbarung vom 25. 02. 1999. Anscheinend hat es am 25. 02. 1999 mit den ÖBB eine Vereinbarung gegeben, dass wir da 48.000,-- Euro bei der Toilette zuzahlen. Ist jetzt auf 0,-- Euro gestellt, anscheinend ist es so, dass die ÖBB diese Toilette gar nicht errichten und jetzt wird dieser Beitrag auch nicht fällig. Nur muss man einmal schauen, 1999 war das eigentlich schon entschieden worden, dass es die Toilette geben soll, es gibt sie noch immer nicht und die bestehende wird anscheinend auch nicht saniert.

Ja wie gesagt, meine sehr geehrten Damen und Herren, da geht es nicht um Pipifaxthemen, da geht es nicht um Luxuswünsche einzelner Mandatäre, da geht es um etwas, was die Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt interessiert, um simple Infrastruktur, um Straßen, die saniert sind, das soll jeder Bürger sich erwarten können, dass er eine sanierte Straße vorfindet, dass er sanierte Brücken vorfindet, dass die Kinderbetreuung gesichert ist, dass private Einrichtungen mit städtischen Einrichtungen gleichgestellt sind, das kann doch kein Luxus sein.

Auch das, was ich ihnen, Herr Bürgermeister, gegeben habe, was so unsere Forderungen gewesen wären, oder unsere Anregungen gewesen wären, sind sicherlich auch keine Dinge, die im Luxusbereich anzusiedeln sind, sondern im Endeffekt sind es Dinge, um die man ohnedies nicht umhin kann. Ja, die Beleuchtung Steinwändweg und Ennskraftmeile ist auch schon angesprochen worden. Seit Jahren versprechen wir das und gerade dass bei der Ennskraftmeile nichts weiter geht, ist eigentlich skurril, weil jetzt haben wir einen Teil aus Garsten, der ist beleuchtet und der Steyrer Teil ist nicht beleuchtet, ist im Finsternen und ich erwarte mir als Bürger eigentlich auch, dass ich in einer Stadt eine gewisse Straßenbeleuchtung vorfinde, nämlich dort wo viel Sport getrieben wird, wo viele Leute vorbeikommen, wo es letztlich auch um Sicherheit geht, weil bei etwas was finster ist, fühle ich mich vielleicht auch als Bürger etwas unsicherer. Das ist alles weg, anscheinend sind das Luxusbedürfnisse, Herr Bürgermeister.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wenn die Garstner was schaffen, dann werden wir das vielleicht auch noch schaffen, das zu machen. Also, da ist es nicht um Luxusdinge gegangen, sondern um Dinge, die sich eigentlich der Bürger als Standard ansehen könnte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster hat sich Herr GR Hackl zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT GERALD HACKL:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Es ist ja wirklich nicht leicht, hinter der Kollegin Frech zu reden, ohne Emotionen zu zeigen, weil was da im Endeffekt an Unterstellungen, Halbwahrheiten und Vermutungen auf uns losgelassen wird, das grenzt eigentlich schon an eine Unwahrscheinlichkeit. Ich möchte nur sagen, sie hätte wahrscheinlich noch eine Stunde reden können und alles das aufzählen können, was wir im nächsten Jahr nicht machen können und wahrscheinlich auch nicht in den übernächsten Jahren. Es wird der Eindruck vermittelt, wir befinden uns in Steyr überhaupt in einer Enklave, in einem abgesonderten Raum, abgeschottet von der wirtschaftlichen Entwicklung in Österreich, von der Finanzsituation in Österreich, von den Steuereinnahmen und nur weil das die böse rote Regierung, der böse rote Bürgermeister ist, die machen jetzt all diese Dinge nicht, die sie zum Teil aufgezählt haben, zum Teil auch vom Andi Kupfer. Das passiert ja nicht aus Jux und Tollerei, das Geld ist nicht mehr da und wenn hier gesprochen wird, dass das so überraschend kommt und wir im Endeffekt in der Vorwahlzeit gesagt haben, wir haben

das Budget im Griff, dann stimmt das und die Überraschung ist groß. Die Überraschung ist nicht groß, dass weniger Geld reinkommt, nur die Überraschung ist groß – nicht nur in Steyr, sondern in allen Städten in Österreich – dass es so viel ist, dass soviel Geld fehlt, dass Hunderte Millionen Schilling an Einnahmen fehlen, aber weil es der Bund nicht abliefern. Weil nämlich der Bund, der Herr Minister Grasser budgetiert hat und sich die Gemeinden darauf verlassen haben, dass die Steuern so kommen. Wenn ich eine Wirtschaft in Österreich kaputt spare, wenn die Finanzen so gering werden und die Steuereinnahmen so gering werden, weil ja manche Steuern für die Gemeinden oder die Länder gedacht sind, und die nicht mehr abführe und mich dann hinstelle und sage, die Städte sind schuld, warum greifen wir die Rücklagen an, dann ist das wirklich skurril. Das ist völlig absurd und ich weiß nicht, was da für ein Spiel getrieben wird zu sagen, die Städte sind schuld, dass wir die Rücklagen angreifen. Wenn wir das Budget nicht im Griff gehabt hätten und so viele Rücklagen gebildet hätten, dann wären wir nämlich jetzt bankrott, aber nicht aus Eigenverschulden, sondern weil einfach der Druck oder die Finanzkraft des Bundes so schlecht ist und die Ertragsanteile sinken und gleichzeitig – und das wissen wir auch alle – die Landesabgaben enorm steigen, die Sozialabgaben steigen, der Krankenanstaltenbeitrag steigt, also in irrsinnigen Ausmaß, die vielzitierte Schere ist ja schon so weit aufgegangen, die ist nicht mehr zu schließen. Also, wir können uns noch eine Stunde darüber unterhalten, was wir noch alles hätten machen sollen oder wollen und wir haben nichts versprochen, wir haben nichts beschlossen, wir haben der Bevölkerung immer gesagt was wir vorhaben. Wir haben der Bevölkerung immer gesagt, was wir vorhaben unter der Voraussetzung, dass wir es finanzieren können. Sie stellen sich her und leiern uns eine Liste herunter, was wir jetzt alles nicht machen, weil wir offensichtlich so böse sind und die Bevölkerung ärgern wollen. Also, das zu dem, wie seriös das gemeint ist, weiß ich nicht.

Ein bisschen etwas möchte ich noch zu den Privatkindergärten sagen, weil mir das wirklich ein Anliegen ist. Also, es ist nie – seitens der SPÖ-Fraktion und der Frau Vizebürgermeisterin – gesagt worden, dass die Privatkindergärten schlechter sind, ganz im Gegenteil. Ich glaube, die Stadt hat alle Privatkindergärten all die Jahre über großzügig gefördert und im besten Einvernehmen mit den Verantwortlichen auch die Förderungen bemessen, sowohl was die baulichen Maßnahmen und Erneuerungen betrifft, als auch die jährlichen Subventionen. Nur, heuer, glaube ich, hat sich in der Qualität der Diskussion bzw. der Art, wie etwas von der Stadt gefordert oder urgiert wird, doch etwas Grundlegendes geändert und es sei gleich vorweg festgestellt, die Qualität der Diskussion oder Forderung ist nicht besser geworden. Denn aus der Urgenz, oder aus dem Wunsch, der an die Stadt herangetragen wird, die Förderung zu erhöhen, ist doch sehr unterschwellig, aber deutlich zu merken, eine Drohung geworden. Wenn ihr nicht, dann werden wir aber - und ich glaube, das muss man schon grundsätzlich einmal sagen, so legitim dieser Wunsch an die Stadtverwaltung auch ist, Drohgebärden oder Eltern als Druckmittel, sind keine guten Argumente, und verschlechtern ein bis dato doch sehr amikales Klima zwischen den handelnden Personen. Angesichts der angespannten finanziellen Situation der Stadt – für die, wie ich schon ausgeführt habe, die Stadt wirklich nicht verantwortlich ist, für die sie aber die Folgen zu tragen hat, wir alle hier als Verantwortliche – angesichts dieser Finanzsituation eine Erhöhung der Förderung der privaten Kindergärten im gewünschten Ausmaß durchzuführen, das ist einfach nicht möglich. Das ist nicht finanzierbar und daher ist es auch völlig unrealistisch oder unmaßgeblich, diese Aufrechnung, wer bekommt mehr oder weniger und wie viel können wir geben und wie viel können wir nicht geben. Da helfen auch keine Vergleiche der Zuschüsse oder Aufrechnungen gegeneinander, hier geht es auch um Verantwortlichkeit – das ist hier auch schon gefallen – allerdings auch um die Verantwortlichkeit jener, die die Privatkindergärten führen. Das heißt also, Caritas, Kreuzschwestern sind Betreiber dieser Kindergärten, die müssen ihrer Verantwortung auch nachkommen. Hier kann man nicht sagen, das Geld fehlt, wir nehmen unsere Verantwortung zurück und delegieren sie an die Stadt zurück, das ist nicht möglich, das ist nicht finanzierbar.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Herr StR Oppl bitte.

STADTRAT WALTER OPPL:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Der Kollege Hackl hat mir jetzt eigentlich viele Worte vorweg genommen und ich möchte mich in diesem Zusammenhang sicherlich nicht wiederholen. Daher möchte ich mich in meiner Wortmeldung jetzt eigentlich auf die Wortmeldung vom Andi Kupfer konzentrieren und auch zum Teil von der Frau Kollegin Frech. Ich glaube, es ist schon ein bisschen vermessen, Andi, wenn du dich so quasi herstellst und sagst, im Jugendbereich geschieht nichts und wir geben alles auf. Ich versuche das jetzt wirklich ganz sachlich darzustellen. Wir haben heuer zum ersten Mal, seit es in der Stadtgeschichte zusätzliche Mittel, ein eigenes Jugendbudget gibt, insgesamt 45.000,-- Euro für das heurige Jahr zur Verfügung gehabt. Du weißt ganz genau und viele von euch wissen es auch, wie wir gemeinsam mit den

Jugendorganisationen diskutiert haben, wie daraus wirklich Super-Projekte entstanden sind und wir haben das Geld in die Jugendarbeit investiert. Es sind über 15 zusätzliche Jugendprojekte, die immer wieder gefordert worden sind, wo wir wirklich unbürokratisch geholfen haben, wo Jugendliche gekommen sind und gesagt haben, wir hätten für Jugendliche aus Steyr das und das vor, könnt ihr uns da helfen – und wir haben wirklich auf die unbürokratische Art und Weise geholfen und das wissen auch die Jugendlichen und sie wissen das auch zu schätzen. Die Tendenz für diese Art der Jugendarbeit ist extrem steigend und ich bin sicher, dass wir im heurigen Jahr als Stadt sehr viel geleistet haben, wo wir eigentlich alle miteinander nicht gewusst haben, wie gehen wir an diese Materie eigentlich heran und wie gehen wir damit um, sowohl ich, das gebe ich ganz ehrlich zu, wie auch die Jugendlichen. Wir haben Jugendprojekte seitens der Stadt durchgeführt, Spiele in den Vierteln, 4 x 4 Steyrviertel von den Streetworkern, ebenfalls sehr gut angekommen, wir unterstützen aus dem Jugendbudget das Projekt „Mein Körper gehört mir“, das ist ein interaktives Theater in den Volksschulen von den dritten und vierten Klassen, wo eben gegen sexuellen Missbrauch an Kindern gearbeitet wird. Ich kann euch sagen, wir haben Anfang September eine Sichtveranstaltung im Saal auf der Ennsleite gemacht, wo alle Volksschulen von Steyr vertreten waren und wir haben uns bereit erklärt, 1/3 dieser Kosten zu finanzieren. Zwei Tage später haben – bis auf 2 Schulen – sämtliche Volksschulen dieses Angebot – in Absprache mit den Eltern – angenommen. Also, ebenfalls ein weiterer Beweis, dass schon etwas für die Jugend in Steyr passiert. Wir haben heuer beschlossen, ab nächstes Jahr – 3 Jahre hintereinander – Jugendgesundheitstage durchzuführen, ebenfalls ein Projekt, das vom Forum „Gesundes Österreich“ zu 50 % gefördert wird. Das alleine, glaube ich, sagt schon was da an Qualität dahintersteckt. Wir haben heuer im Frühjahr in Arbeitsgruppen bereits begonnen am Jahresthema für das nächste Jahr zu arbeiten. Wir werden nächstes Jahr als Arbeitsthema das Hauptthema Suchtprävention, Alkoholmissbrauch bei Jugendlichen unter 14 Jahren durchführen. Dabei sind sämtliche Schulen beteiligt, es ist das Institut für Suchtprävention mit eingebunden, die sind da federführend, das Institut für Suchtprävention in Linz. An diesem Projekt arbeiten viele Institutionen mit, nicht nur die Lehrer – ich will sie jetzt nicht im Detail aufzählen – aber unter anderem auch die Polizei und es herrscht da ein ausgesprochen gutes Klima der Zusammenarbeit. Wir sind vorgestern mit den Vertretern der Wirtschaft beieinander gesessen – wobei ich mich bei der Gelegenheit auch hier noch einmal offiziell bedanken möchte – es war ein sehr konstruktives Gespräch, auch die Steyrer Wirtschaft will in dieses Projekt unterstützend mit einsteigen und wir haben da wirklich eine ausgezeichnete Gesprächsbasis gefunden. Ich glaube, auch das ist eine neue Qualität in der Arbeit im Bereich der Jugendarbeit. Ich könnte jetzt noch etliche andere Beispiele aufführen. Nur zum Schluss, Andi, Teens-Open-Space; heuer mit 15.000,- Euro im Bereich Jugend budgetiert und so auch durchgeführt. Wenn du dir das Budget anschaust, dann wirst du im Budget vom Jahr 2003 den Ansatz von 45.000,- Euro drinnen finden und jetzt schau dir das nächste Budget an, da stehen dann 60.000,- Euro drinnen. Das sind genau die 15.000,- Euro, wo ich mich verpflichten werde – und das erkläre ich jetzt ganz offiziell – dass das sehr wohl für das Projekt Teens-Open-Space zur Verfügung steht. Es geht weiter und es wird weiter gehen, dass es natürlich immer mehr sein kann und könnte, das ist uns allen klar. Ich glaube, das hat der Kollege Hackl auch ganz eindrucksvoll gesagt. Wenn ich mit meinen 1,74 m, wenn ich die Hand ausstrecke, vielleicht auf 1,85 oder auf 1,90 m komme, dann kann ich nicht hinauf auf 2,50 m oder gar auf 3,00 m, das ist nun einmal Fakt. Mir geht es dabei auch nicht gut, mir wäre es auch anders lieber gewesen. Wenn ihr euch die Budgetanmeldungen anschaut, was ich im Jugendbereich angemeldet habe, Frau Kollegin Frech, z. B. Jugendzentren, da hätte ich sehr wohl die Mittel so angemeldet, dass alle Jugendzentren finanziell die gleiche Zuwendung bekommen. Das ist leider nächstes Jahr nicht möglich, ich werde aber meinen Kampf dafür nicht aufgeben und ich hoffe, dass wir besser früher als später wieder Zeiten bekommen, wo wir uns auch finanziell ein bisschen mehr rühren können und da können sie versichert sein, dass ich einer der größten Befürworter bin. Stichwort Streetwork, Frau Kollegin, da muss ich schon sagen, sie schauen sich alles sehr genau im Detail an, aber da dürften sie offensichtlich nicht ganz im Detail nach geschaut haben, weil die 118.600,- Euro, das wäre der Betrag gewesen, wenn wir einen vierten Streetworker bekommen hätten. Den habe ich angemeldet, aber noch einmal, wenn ich auf 3,00 m hinauf muss und ich komme nur auf 1,80 m, dann hilft es mir nichts, dann muss ich das so zur Kenntnis nehmen, aber dann sind diese 76.400,- Euro genau der Budgetansatz, den wir für die 3 Streetworker brauchen, die wir ja heuer im Juni, wie sie ja richtigerweise gesagt haben, beschlossen haben. Soviel möchte ich zum Bereich Jugend sagen. Zum Verkehr, da erlaubt mir bitte eine Absolution, da bin ich gerade mitten beim Einlesen und ich war natürlich auch was die finanziellen Mittel betrifft in der Vorbereitung nicht dabei. Aber soweit ich das jetzt mitbekommen habe, wenn jetzt einzelne Projekte seitens der Beamtenschaft heraus gestrichen worden sind, dann heißt das nicht unbedingt, dass nicht trotzdem budgetäre Mittel vorhanden sind, wo wir punktuell das eine oder andere Verkehrsprojekt, Beruhigungsprojekt durchführen können, so hat es mir zumindest der Herr Baudirektor in einem kurzen Gespräch erklärt. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Herr GR Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrte Herrn Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Das ist ein anderer Stil – Kulturbudget 2004. Auch im Kulturbudget wurde gestrichen, es wurden Maßnahmen der Musikpflege gestrichen, die sonstigen Subventionen, sonstige Einrichtungen – Heimatpflege - gestrichen, Maßnahmen zur Kunstpflege – gestrichen. Es wurden aber auch Dinge gestrichen, die da und dort kritisiert wurden, weil man meinte, die Stadt hätte das nicht tun sollen, so wurde die Passion heraus gestrichen, nächstes Jahr Motiva nicht dran, Herbstzeitlos wurde gestrichen. Wir haben ein Minus im Vergleich zum Vorjahr von Euro 181.000,-- im ordentlichen Haushalt und ein Minus von 29.000,-- Euro im außerordentlichen Haushalt. Kunst und Kultur sind wichtige Nahrungsmittel für die Seele, auch für uns in Steyr wird das wohl so gelten, oder müsste das so sein. Kultur ist eine öffentliche Aufgabe. Meine Frage, sind wir als Stadtgemeinde gute Nahversorger in Sachen Kultur? Werden wir bzw. das Kulturbudget 2004 dieser Aufgabe gerecht? Ich denke, es sind grundsätzliche Überlegungen notwendig, denn manches ist auch ohne Geld besser zu machen, sinnvoller zu machen und ich glaube, gerade in Zeiten, wo uns das Geld fehlt, müsste man auch diese Dinge einfach beachten und von hier beginnen. Kultur, sagte ich, ist eine öffentliche Aufgabe, die Stadtkultur hat dringliche Aufgaben zu erfüllen.

1. Die Stadt muss Servicestelle für die Kulturschaffenden sein, Service, Hilfestellung – materiell, finanziell, von den Räumlichkeiten her – eine Sache, die wir ernstlich angehen können, ohne dass sie viel Geld kostet.
2. Die Stadt hat einen Vermittlungsauftrag, der auch künstlerisch anspruchsvolle Programme ermöglichen soll, auch an junge Künstler, so wie das beim Musikfestival am Anfang einmal war.

Wir haben also die Aufgabe, Dinge zu ermöglichen, die andere nicht schaffen können. Die Stadt hat aber auch die Aufgabe, als Veranstalter dafür zu sorgen, dass interessante, von anderen Kulturschaffenden nicht wahrgenommene Programme Auftrittsmöglichkeiten erhalten. Die Stadt hat Sorge zu tragen für Vielfalt und Qualität hinsichtlich der traditionellen Kultur, der modernen Kultur, der experimentellen Kultur, kreatives Gestalten, Sorge um das Heimathaus usw., um nur einige Dinge zu nennen. Es soll einfach der Kultursehnsucht, dem Kulturempfinden, den Kulturwünschen und der Kreativität der Steyrer Bürgerinnen und Bürger entsprochen werden. Können wir dies nun mit unserem Budgetansatz erfüllen? Ich frage das ganz ernstlich. Natürlich wäre einiges zu fordern und manches wäre einfach besser, wenn es da wäre, so müsste ein höherer Prozentsatz im Verhältnis zu den allgemeinen Ausgaben der Stadt da sein um damit einfach dringend notwendige Erweiterungen für einen Vergaberahmen im Kulturausschuss zu schaffen. Wenn wir das Budget betrachten, wir haben keine Streichungen bei den laufenden Subventionen, es wurde kein Kulturverein, kein Trachtenverein, kein einziger Verein wurde herausgestrichen. Sie sind alle drinnen, aber die Anzahl der Kulturschaffenden, der Kulturbringenden wird immer größer und hier bräuchten wir sicherlich eine größere Summe für die sonstigen Subventionen, die leider sehr gering ausgefallen sind. Wesentlich wäre auch, und das meine ich ganz ernst, eine weitaus großzügigere Vorsorge für unser Stadtmuseum, sprich Heimathaus. Auch hier wäre eine ganz große Summe notwendig, wichtig und dringend, weil unser Heimathaus, unser Stadtmuseum einfach wirklich Zukunft hätte, für die Stadt was bringen könnte. Der kleine Schritt wird uns zwar ein Stückchen vorwärts helfen, aber die großen Träume, die wir eigentlich mit Spur Wien hatten, werden halt noch lange nicht verwirklicht werden. Ich denke auch, dass arbeitgerechtere Räumlichkeiten in unserem Kulturamt notwendig wären, denn unser Kulturamt ist in den Räumlichkeiten wirklich eingeengt, ich möchte fast sagen, menschwürdige Begegnungen zwischen Kulturschaffenden und Bediensteten sind nur mit äußerster Anstrengung möglich. Von der personellen Überforderung möchte ich jetzt gar nicht sprechen. Auch hier, wenn wir schauen, was an Arbeit über unser Kulturamt in der letzten Zeit hereingekommen ist, unendlich viel, auch hier müsste man an irgendwelche Möglichkeiten denken, aber vielleicht gelingt das mit einer Umschichtung der Räumlichkeiten. Ich bin aber nach wie vor überzeugt, dass gemeinsames Reden, gemeinsamer Einsatz, für die Kultur Erfolge bringt. Ich hoffe, dass unser Kulturreferent in dieser Gemeinderatsperiode nicht mehr so oft im Regen stehen gelassen wird, trotz einstimmiger Beschlüsse im Kulturausschuss. Ich hoffe, dass einstimmige Anregungen des Kulturausschusses mehr beachtet werden, ist doch unser Kulturreferent jetzt Vizebürgermeister, also die Kultur wurde ja aufgewertet.

Hoffnung gibt mir der jährliche Einsatz aller im Kulturausschuss tätigen Mandatare, auch in dieser Periode haben wir das bei der ersten Sitzung schon gesehen. Hoffnung gibt mir der Fleiß, der im Kulturamt tätigen Bediensteten. Hoffnung gibt mir die doch gute Gesprächsbasis, mit den meisten

Gruppen der Kulturschaffenden und die ganz große Hoffnung ist, dass nach Einführung des Kulturentwicklungsplanes auch wir von unserer Stadt sagen können, das Image der Stadt hat sich gewandelt, Steyr ist nicht nur wunderbare alte Eisenstadt, Steyr ist nicht nur Schulstadt, Steyr ist nicht nur Christkindstadt, Steyr ist auch eine Kulturstadt geworden. Mit dem heurigen Budgetansatz sicherlich noch nicht ganz, aber ich gebe die Hoffnung nicht auf, der Wille ist da, einmal, ich möchte fast sagen bald wird es so sein, wenn wir zusammenhelfen und der Kultur den Wert geben, den sie haben müsste.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Frau Dr. Braunsberger zum Zweiten.

GEMEINDERÄTIN DR. BRAUNSBERGER-LECHNER BIRGITTA:
Ich frage nochmals an, wo der mittelfristige Finanzplan vorliegt, oder wann er zumindest eingehalten wird? Seit 01. 01. 2003 sind die Gemeinden Oberösterreichs verpflichtet, einen mittelfristigen Finanzplan zu erstellen. Der § 16 der Gemeindehaushaltsordnung sagt, dass der vom Gemeinderat beschlossene mittelfristige Finanzplan längstens bei der Erstellung des Voranschlages zu berücksichtigen ist. Der mittelfristige Finanzplan ist alljährlich zugleich mit dem Voranschlagsentwurf für das nächste Finanzjahr dem Gemeinderat zur allfälligen Anpassung an geänderte Verhältnisse und zur Fortführung für ein weiteres Finanzjahr vorzulegen. Das ist ja bis jetzt nicht geschehen und diesbezüglich frage ich an, wann diese mittelfristige Finanzierungspläne vorliegen.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Ist das für die Gemeindeordnung überhaupt gültig?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nein!

GEMEINDERÄTIN DR. BRAUNSBERGER-LECHNER BIRGITTA:
Es wird analog angewendet.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nein!

GEMEINDERÄTIN DR. BRAUNSBERGER-LECHNER BIRGITTA:
Wir haben uns aber erkundigt es wird analog angewendet.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN DR. BRAUNSBERGER-LECHNER BIRGITTA:
Na und, gerade bei den großartigen Wahlversprechungen, die getätigt worden sind, die in keiner Weise berücksichtigt worden sind, wäre es für den Bürger der Stadt Steyr von absoluter Notwendigkeit und Wichtigkeit, dass man einen Plan vorlegt, dass sie zumindest wissen ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Machen wir eh.

GEMEINDERÄTIN DR. BRAUNSBERGER-LECHNER BIRGITTA:
Ja und wann? In der Statutarstadt Linz wird es genauso analog angewandt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Frau Doktor, sie werden beim Schlusswort eh eine Antwort bekommen.
Gerhard, ich gebe dir den Vorsitz, ich möchte mich auch kurz zu Wort melden.
Meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Es ist ja heute ja sehr viel gesprochen worden und natürlich ist es mir als Sozialreferentin auch ein Anliegen, Stellung zu nehmen. Ich könnte mich jetzt auch – wie der Herr Mayrhofer mit seiner Straßenliste – herstellen und könnte sagen, ja in meinem Sozialbereich ...

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, ich werde eh dazu sagen, was ich im Sozialausschuss gesagt habe, gerade in meinem Bereich habe ich natürlich auch Wünsche, ich habe auch mehr angemeldet, wie der Kollege Oppl in der Jugend, habe ich natürlich auch Sachen angemeldet, die aber leider auch dem Sparstift zum Opfer gefallen sind, Herr Mayrhofer, ich habe nicht mehr bekommen. Wenn das Land nicht so viele gesetzliche Auflagen an uns hätte, hätte ich auch freiwillig mehr Geld zur Verfügung. Leider ist es so, dass ich im Budget vor allem am meisten gesetzliche Auflagen habe, was ich zahlen muss und vertragliche Leistungen und da kann ich nicht aus. Ich habe sehr wenige Mittel auf freiwilliger Basis zur Verfügung. Eines möchte ich schon in den Raum stellen, dass mein Wunsch war – nicht nur mein Wunsch, weil ich habe heute noch nicht gehört, dass irgendetwas von den alten Leuten geredet worden wäre, außer Kollege Eichhübl, der gesagt hat, wir müssen im Altersheim am Tabor etwas machen. Sonst hat es keiner der Mühe Wert gefunden, ein Wort über die alten Menschen zu verlieren, die unsere Betreuung und Unterstützung brauchen, es ist nicht einmal erwähnt worden. Eines möchte ich sagen, ich habe in meinem Bedarfs- und Entwicklungsplan 9 Heimhelferinnen vorgesehen und angemeldet, habe aber keine einzige drinnen. Jetzt möchte fragen, wenn der Druck immer mehr wird und vom Krankenhaus Sparmaßnahmen aufgrund des Bundes und des Landes vorgeschrieben werden, dass die Leute halb krank nach Hause geschickt werden und keine Betreuung haben – die Familienverbände haben sich geändert, die meisten leben alleine und haben niemand mehr, der sich um sie kümmert – da muss ich sagen, das ist ein Problem, wo es für jeden Gemeinderat wichtig wäre zu fragen, ja wie betreuen wir denn die, das wäre ja unsere Uraufgabe. Darum sage ich ja, ich habe noch nichts gehört und das geht eigentlich schon ein bisschen ab, dass man sagt, wer nimmt den die Betreuung vor. Ich möchte auch sagen, es kann natürlich schon sein, wenn ich es jetzt nicht ins Budget hineinbekomme und es ist nicht drinnen, dass ich dann nicht locker lassen werde. Wir haben ein Jahr vor uns, wo ich sagen muss, da werde ich mich vehement einsetzen, das kann ich versichern. Eines möchte ich auch noch kurz erwähnen, es sind auch noch ein paar andere Punkte herausgefallen, aber ich kann jetzt nicht alle, die mir herausgefallen sind, in dem Kreis erwähnen, weil dann würde ich es so machen wie der Herr Mayrhofer. Mir blutet auch das Herz, hätte der Herr Karl Holub gesagt, wenn ich an das denke, was da los ist. Aber ich möchte schon noch eines dazu sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, eines ist mir wichtig, wie man in den Wald hinein ruft, so tönt es zurück und ein jeder, der das Schreiben bekommen hat, Caritas oder auch Kreuzschwestern, muss überlegen, ob er nicht das Sprichwort verwendet, dass er sagt, he, das sind ja nicht mehr Ansuchen, das ist ja eine Forderung und da wird man ja gezwungen. Wir haben im Budget von 1994 auf 1995 überall Kürzungen vorgenommen, ich habe aber nicht gesehen, dass in einem Ansatz eine Kürzung vorgenommen worden ist. Es ist für jeden der selbe Budgetansatz drinnen, wie für das Jahr 2003. Ich hätte versucht in den Bereichen eine Erhöhung anzustreben, nicht dass man sagt, ich fahre über die drüber, aber es ist mir halt nicht gelungen, weil wir das Geld nicht haben. Der Ansatz ist aber nicht gekürzt worden und darum habe ich auch erwähnt was der Kollege Kupfer gesagt hat. Wie die Obfrau der Kindergruppe Kids & Company bei mir war, hat sie gesagt, ich möchte nur wissen, ob der gleiche Budgetansatz drinnen ist, oder bekomme ich weniger Geld. Ich habe ihr gesagt, dass der selbe Budgetansatz drinnen ist, sie werden nicht weniger bekommen. Ich ersuche endlich um Verständnis, wenn es heißt, ich soll mich einer Diskussionsrunde stellen; das gehört im Sozialausschuss einmal bearbeitet und dann erst in der Diskussionsrunde, aber so fangen wir nicht an, weil das führt zu nichts. Da reden wir um des Kaisers Bart und wir wissen im Endeffekt wieder nicht mehr, wenn wir nicht mehr Geld haben, können wir ihnen auch nicht mehr geben. Man kann über das Thema reden, für das gibt es einen Ausschuss, aber nicht alle miteinander auf einmal, das führt zu nichts, weil das ergibt nur einen Wirbel und nicht mehr. Ich würde auch jeden ersuchen, der sich jetzt vehement einsetzt, dass er das auch weiter gibt, dass das Schreiben so präpotent und eine Frechheit ist, wie es der Kollege Hackl gesagt hat, und dass das kein Mandatar notwendig hat. Wir haben niemanden etwas weggenommen, wir haben niemanden etwas gekürzt und wenn man so ein Schreiben bekommt, da muss ich sagen, das vertrage ich nicht. Ich bin jederzeit bereit, die haben in den letzten 2 Jahren über 2 Mio. Schilling bekommen, aber so lassen wir mit uns nicht umgehen. Ich ersuche alle, das so zur Kenntnis zu nehmen, wir werden uns mit dem Thema befassen, aber erpressen lassen wir uns nicht, dazu sind wir nicht da. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Danke, ich gebe dir den Vorsitz wieder zurück.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Gerhard bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ein paar Bemerkungen möchte ich noch machen. Zum Einen zu den Grünen, die hier da doch sehr massiv dargestellt haben, dass die Budgetgemeinschaft jetzt von den Sozialdemokraten abgebrochen worden ist. Also, um das jetzt in das richtige Licht zu rücken, wir haben keine mehrjährige Vereinbarung gehabt, wir haben jedes Jahr anständige Budgetgespräche geführt und es ist uns auch oft gelungen. Wir wissen das auch und haben uns auch danach verhalten, dass wir in einer kritischen Phase oft die Unterstützung seitens der Grünen bekommen haben, aber voriges Jahr seit ihr auch mit dem Budget nicht mit gegangen.

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Nein, voriges Jahr ward ihr nicht dabei, voriges Jahr haben wir es gemeinsam mit der ÖVP und der FPÖ beschlossen. Eine, die nie mitgegangen ist, war die Kollegin Frech, ich wünsche mir es, dass wir es einmal zusammenbringen, aber wahrscheinlich bleibt es bei den Wünschen.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Mag. Michaela Frech

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Jeder Diskussionsredner hat es in Wirklichkeit so dargestellt, es geht nur immer darum, was möchte ich mehr haben, wo sind meine Anliegen, meine Forderungen, meine Wünsche nicht erfüllt worden. Es hat keiner einen konkreten Vorschlag gebracht, wo man einsparen kann, bis auf einen Diskussionssteilnehmer, der Kollege Mayrhofer.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

He, he, he!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Wart ein wenig. Der Kollege Mayrhofer hat im Rahmen des Budgets einen konkreten Vorschlag gebracht, wo man einsparen kann. Aber mit diesem Vorschlag, Herr Kollege Mayrhofer, werden die Sozialdemokraten nicht mitgehen. Ich möchte bei der Frage der Kindergärten ein klares Bekenntnis abgeben, weil du es angeschnitten hast, da könnten wir in der Form einsparen, wenn wir mehr und verstärkt privatisieren.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Nein!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Es ist nicht unsere politische Absicht, die Kindergärten in Steyr zu privatisieren, das wird mit uns nicht möglich sein und das werden wir nicht tun. Wir wollen und wir haben mit den Privaten immer gut zusammen gearbeitet, wir haben diese, nach unseren finanziellen Möglichkeiten, auch unterstützt und subventioniert, ob das beim laufenden Betrieb ist, oder bei der Sanierung und Erneuerung der Kindergärten. Also, da sind ja nicht wenige Gelder geflossen, aber wir werden an unseren städtischen Kindergärten und Einrichtungen nicht kratzen lassen, weil ich glaube, das ist die vordergründigste Aufgabe der öffentlichen Hand, solche Dinge zu führen und nicht den Weg der Privatisierung zu beschreiten. Das möchte ich da ganz klar zum Ausdruck bringen. Eines möchte ich auch noch sagen, weil es seitens der ÖVP sehr leidenschaftlich gebracht wird, die Auflistung der 1000 Objekte in städtischer Hand. Es gibt keine 1000 Objekte im Eigentum der Stadt, es wäre vielleicht schön, wenn wir diese hätten, weil dann täten wir uns vielleicht in der einen oder anderen Sache leichter. Es gibt rund 1000 Liegenschaften, von ein paar Quadratmeter an bis zu größeren Flächen, Hallen und irgendwelche Garagen usw. und ich möchte auch die Erwartungshaltung dämpfen, die da vielleicht entsteht – von den 1000 können wir vielleicht ein paar 100 auf den Markt hauen. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, diese Erwartungshaltung muss ich etwas dämpfen, wir haben schon in der Vergangenheit versucht, eine Reihe von Objekten zu verkaufen, wir haben auch einige verkauft, wo wir gesagt haben, die brauchen wir nicht, wir haben verschiedene Dinge veräußert und es wird sich in einem bescheidenen Rahmen halten, was wir in der nächsten Periode, in den nächsten Monaten oder Jahren verkaufen können. Wir können keine Wohnungen im größeren Ausmaß verkaufen, wir werden auch nicht das Rathaus verkaufen können und wir werden auch nicht den Wirtschaftshof und verschiedene andere Dinge verkaufen können. Leider Gottes ist es so, dass sich äußerst wenige Objekte anbieten werden, wo wir anständige Erlöse erzielen können. Das ist nicht vorhanden, ich habe mir das ja angeschaut und weiß auch wovon ich rede.

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Zur Jugend möchte ich auch noch etwas sagen, der Kollege Oppl hat es eh ausführlich erläutert. Ich bin mittlerweile 14 Jahre im Gemeinderat, aber so viele Projekte für die Jugend, wie wir in der letzten Zeit erarbeitet und unterstützt haben, das ist noch nie geschehen. Da haben auch viele – und auch ihr als Grüne – ihren Beitrag geleistet und auch mitgearbeitet, darum ersuche ich jetzt auch um Verständnis, wenn jetzt einmal etwas Zusätzliches nicht geht, dann kann man sich jetzt auch nicht ins Eckerl stellen, den Beleidigten spielen und sagen, die bösen Sozialdemokraten sind gegen die Jugend. Alle Projekte, die wir in den vergangenen Jahren für die Jugend gemacht haben, sind im Budget verankert, wir haben dort keine Streichungen vorgenommen. Nur eines, was ihr zusätzlich gefordert habt, da haben wir gesagt, das können wir nicht tun, wenn wir in anderen Bereichen, in Schulen usw. sparen müssen und Streichungen machen müssen, dann können wir nicht gleichzeitig wieder etwas Neues tun. Vielleicht ist die Zeit in ein paar Jahren wieder besser und dann wird man über neue Projekte reden können. Ich habe es eh heute schon einmal gesagt, es ist ja immer so, dass man immer mit etwas Neuem kommt, aber man sagt nicht gleichzeitig, das brauchen wir jetzt nicht mehr und dafür machen wir das, wir doppelten immer nur auf und irgendwann geht das nicht mehr und jetzt ist der Zeitpunkt da, wo das nicht möglich ist. Zur Jugend-Kultur gehört auch das Röda dazu und eines möchte ich da schon sagen, lieber Herr Kollege Kupfer, man sollte schon auch einmal ein bisschen etwas akzeptieren und eine gewisse Anerkennung sollte man auch dafür finden. Das ist auch Jugend-Kultur, die wir dort unterstützen, wir haben das Röda wirklich in der größtmöglichen Form und mit den größtmöglichen finanziellen Mitteln unterstützt. Gerade im vergangenen Jahr, nach der Hochwasserkatastrophe, haben wir dort den Cent nicht dreimal umgedreht, sondern wir haben gesagt, wir wollen dort wieder eine Infrastruktur herstellen, die für diese Jugendarbeit auch würdig ist.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das passt eh!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Dann sagen sie das einmal dazu, sie sagen immer nur das, was ihnen nicht passt.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Andreas Kupfer

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Das wissen ja die anderen Kolleginnen und Kollegen hier herinnen nicht. Die Öffentlichkeit weiß es ja nicht, dass sie mit dem Röda und mit vielen eh so zufrieden sind, das gehört ja auch dazugesagt.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Andreas Kupfer

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich verstehe es ja, ich bin schon lange genug in der Politik, ich weiß, dass man beim Budget auch die Gelegenheit nützt, diese Fraktion, die die Hauptverantwortlichkeit trägt, auch zu kritisieren, das ist ja legitim, aber ein bisschen sollte man die Kirche im Dorf lassen und nicht so tun, wie wenn alles schlecht wäre und alles wäre scheiße, die Stadt ist heruntergewirtschaftet. Wir befinden uns nach wie vor in einer guten Position, wir müssen jetzt nur ein bisschen sparen und da muss man um Verständnis ersuchen.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Roman Eichhübl, ich habe dir auch zugehört.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Roman Eichhübl

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Was habe ich leicht gesagt?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Scheiße!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ja, schaut schön aus, habe ich gesagt.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich möchte nur noch eines sagen, weil das ein ernstes Thema ist. Der Sonderhort im Munichholz, liebe Kollegin Frech, wenn sie sich herstellen und nur kritisieren, weil ich gesagt habe, sie wissen da nicht, was da wirklich ist. Ich kann sie beruhigen, uns liegt der Sonderhort im Munichholz – der Frau Vizebürgermeister, dem Herrn Bürgermeister und mir – ganz besonders am Herzen, weil wir wissen, dass dort Kinder untergebracht sind, die wirklich vom Schicksal hart getroffen sind. Die kommen aus desolaten Familien, die sind in einem hohen Ausmaß verhaltensauffällig und für die haben wir auch eine große Verantwortung zu tragen. Es ist nur so, dass wir den Hort installiert haben und hinterher ist die Auflage gekommen, dass das nur befristet ist. Jetzt sind wir dabei, und ich bin da in intensiven Gesprächen mit der Frau Dir. Zöchling, dass wir diesen Hort, diese Einrichtung mit der Nachmittagsbetreuung auf die Füße stellen. Ich hoffe, dass das möglich sein wird und dass das auch finanziell zu tragen ist, dass wir auch die Überlegung anstellen, dort eine Ganztagschule zu machen. Damit wäre dort langfristig die Nachmittagsbetreuung in einer hochqualitativen Form abgesichert. Da sind wir in Gesprächen und darum lasse ich es nicht gelten, wenn sie sich da herstellen und uns kritisieren und tun, wie wenn wir eh schon wieder mit dem Rasenmäher drüberfahren würden – über diese Einrichtungen. Sie können uns glauben, die sind bei uns mindestens so gut aufgehoben, wie bei ihnen, da können sie sich darauf verlassen, weil uns das nämlich persönlich und politisch ein großes Anliegen ist. Ich erinnere mich nur an Debatten der Produktionsschule. Dort geht es nämlich in weiterer Folge um die Kinder, die aus diesen Sonderhorten herauskommen und dann nicht die Voraussetzungen mitbringen, dass sie eine normale Berufslehre beginnen können. Das ist nämlich die Fortführung in diesem Bereich.

Zur Volksschule Resthof möchte ich auch zum x-ten Mal – aber heute sage ich es zum letzten Mal, ich verspreche es – sagen; solange die Förderungen vom Land Oberösterreich nicht eintreffen, können und werden wir die Resthofschule nicht bauen. Das liegt nicht im Einflussbereich der Stadt, dass wir dort noch nicht weiter sind, sondern wir haben versucht, dort die Voraussetzungen zu schaffen, mit dem Architektenwettbewerb, mit der Planung, wir haben im heurigen Frühjahr eine Umplanung beschlossen, die ist mittlerweile auch schon langsam auf der Schiene, aber die finanziellen Zusagen für die Förderungen vom Land Oberösterreich sind bei weitem noch nicht eingetroffen und es ist noch nicht abzusehen, wann wir wirklich die Zuschüsse für diese Schule bekommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, als nächster hat sich Herr GR Payrleithner zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Die alljährliche Budgetdebatte ist natürlich die Gelegenheit, sich über den Tagesordnungspunkt hinaus mit allen relevanten Anliegen dieser Stadt zu beschäftigen. Ich glaube, es ist auch gut so, dass viele davon Gebrauch machen. Zum Budget selber vielleicht noch ein Wort. Der große Wermutstropfen ist natürlich der Anstieg der Gesamtverschuldung, der Kollege Eichhübl hat sich ja schon sehr ausführlich dazu geäußert. Es ist auch ein Umstand, der uns sicherlich noch länger beschäftigen wird, weil der Anstieg der Gesamtverschuldung in diesem Ausmaß, wahrscheinlich noch unsere Nachkommen beschäftigen und belasten wird, wenn wir alle schon nicht mehr hier herinnen sitzen und das ist sicher ein ganz negativer Trend. Darum haben wir uns auch dazu bekannt, diesmal nicht mit einer großen Forderung hier anzutreten, jeder von uns, alle 36, da bin ich überzeugt, haben zweimal dieses Rednerpult hier betreten und jedem fällt etwas ein, an Verbesserungen, an Wünschen, an Bauvorhaben usw. – jeder möchte ja nur das Beste in dieser Stadt. Wir haben das heuer, mit wenigen Ausnahmen, nicht getan und wir bekennen uns dazu, dass man Sparmaßnahmen setzt. Wir haben auch jahrelang gefordert, dass man vor allem in der allgemeinen Verwaltung hier auch einmal den Sparstift ansetzt, es kann ja nicht so sein, dass wir immer mehr Personal zahlen und dadurch den Handlungsspielraum in der Stadt reduzieren. Ich glaube, das ist auch im Interesse aller. Ansätze dafür sind das erste Mal vorhanden und das ist, glaube ich, gut so. Ein paar Dinge möchte ich noch ansprechen, die jetzt hier so gefallen sind. Die ÖVP-Fraktion ist heute der Meinung, dass man das Budget mit dem Verkauf von Immobilien sanieren kann. Wir haben auch immer gefordert, das ist ja auch hinlänglich bekannt, dass man den ehemaligen Wirtschaftshof im Schlüsselhof raschest verkauft. Wir haben das schon gefordert, bevor dort die Produktionsschulpläne auf dem Tisch gelegen sind, auch die Bezirksverwaltung ist ja jetzt ausgeschrieben. Ich sage das auch aus dem Grund, weil man nämlich den Wirtschaftshof im Schlüsselhof auch schon einmal ausgeschrieben

hat und dann nämlich nicht verkauft hat und ich jetzt nicht möchte, dass dasselbe bei der Bezirksverwaltung passiert, wo es konkrete Anbieter gibt. Das ist sicher ein interessantes Objekt und ich hoffe, dass es bald zu einem Verkaufsverfahren kommt. Ich möchte daher das mit dem Wirtschaftshof im Schlüsselhof noch einmal hier ansprechen, nachdem der ARBÖ seine Fahrzeuge dort auch abgezogen hat, nachdem die Rederbrücke mehr oder weniger fertig ist, dass man alles, was man für die Produktionsschule nicht braucht, raschest verwertet. Es ist ein sehr wertvoller Grund in bester Lage, wo sicher - das könnte ich mir vorstellen - Wohnungsgenossenschaften dafür Interesse haben. Ich weiß jetzt nicht, wie viele Objekte wirklich interessant und verwertungsmäßig relevant sind, aber es ist wahrscheinlich nicht möglich, dass wir damit das Budget sanieren können. Ich glaube das muss man seriöser Weise auch dazusagen, weil wenn ich gute Preise erzielen möchte, dann muss ich mir dazu Zeit lassen können und unter Zeitdruck, in Steyr, bei den ohnehin sehr schlechten Immobilienpreisen, das wissen wir alle, dass in Steyr dieser Markt nicht gerade floriert, wird uns das wahrscheinlich kurzfristig nicht gelingen. Langfristig werden wir sicher, über die zwei von mir erwähnten Objekte hinaus, auch noch andere Einrichtungen, die wir wirklich nicht mehr brauchen, zum Verkauf anbieten können.

Die Frau Kollegin Frech hat eines auch angesprochen und es ist mir auch ein Bedürfnis, da noch einmal nachzuhaken und zwar die Hochwassergeschichte. Der Kollege Apfelthaler hat nämlich vor kurzem erwähnt, dass die Stadt sozusagen von weiteren Maßnahmen Abstand nehmen soll, unter anderem aus finanziellen Gründen, weil ja ohnedies gar kein Geld mehr dafür vorhanden ist, wenn ich richtig gelesen habe, in einer Stellungnahme in den Oberösterreichischen Nachrichten.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Das Land Oberösterreich hat das gesagt!

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Dann würde ich dir empfehlen, dass du das Budget des Landes Oberösterreich einmal näher studierst. Im Budget des Landes Oberösterreich sind nämlich 7 Mio. Euro – und das ist ja bitte kein kleiner Betrag – für Hochwassermaßnahmen im nächsten Jahr enthalten. Ich würde den Finanzreferenten wirklich auffordern, sich da auch ein bisschen anzustellen, dass wir Finanzmittel aus diesem Topf für die Stadt lukrieren können. Wir haben hier noch Handlungsbedarf, es ist nicht so, weil jetzt 14 oder 15 Monate vorbei sind und es aus den Augen und dem Sinn ist, dass uns darum diese Katastrophe vielleicht nicht in diesem Ausmaß berührt und betrifft. Ich würde dich schon bitten, hier auch beim Land vorstellig zu werden, wieweit diese 7 Mio. seitens der Stadt angezapft werden können, um Maßnahmen für den Hochwasserschutz setzen zu können, allzu viel haben wir ja – bis auf diese Ausbaggerungsmaßnahmen – noch nicht gemacht – und die haben sich auch für viele Bürger eher in Grenzen gehalten. Es gibt hier Beschwerden vieler Bürger, die meinen, es sei zuwenig ausgebaggert worden. Es gibt auch diese Studie, die inzwischen fertig ist, da sollten wir auch schauen, welche Teile wir davon auch in Steyr umsetzen können.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Die wird im Jänner präsentiert.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Das ist, glaube ich, eine ganz wichtige Sache, diese Dinge können in Hundert Jahren wieder passieren, sie können aber auch nächstes Jahr wieder passieren und dann sollen wir uns nicht dem Vorwurf aussetzen, wir hätten da nichts getan, nur weil die Zeit angeblich alle Wunden heilt. Ich glaube, als verantwortungsvolle Gemeindevertreter sollen wir uns mit diesem Thema noch auseinandersetzen. Das ist auch ein Teil des Budgets, vielleicht nicht nur unser Budget. Den Kreisverkehr Nordspange möchte ich noch erwähnen, weil auch der Taborknoten erwähnt wurde, hat man auch schon vor Jahren angekündigt, auch der Herr Bürgermeister hat uns einmal zugesagt, dass dort unbedingt Maßnahmen notwendig sind, das sollten wir auch nicht aus den Augen verlieren. Neben den Straßen vom Kollegen Mayrhofer, ist auch der Kanal noch zu erwähnen, Altstadtbereich – katastrophale Zustände - muss auch in Angriff genommen werden. Christkindlwelt – unsere Fraktion war ja wirklich nicht jene, die sich hingestellt hat und gesagt hat, das ist die beste Idee und es war alles so super, was sich dort abgespielt hat, vom Anfang bis heute. Man muss aber fairerweise auch sagen, dass es im Moment und heuer, in dieser Weihnachtssaison, relativ gut geht. Es sind sehr viele Leute dort und ich kann jetzt nur hoffen und das hier deponieren, dass man jetzt schon schaut, dass diese Bahn auch nächstes Jahr wieder funktioniert, weil ich glaube, es wäre wirklich schade, wenn das heuer das letzte Mal wäre. Das ist die Hauptattraktion dieser Christkindlwelt, glaube ich, und wenn die aus technischen Gründen oder Kostengründen nächstes Jahr nicht mehr funktionieren würde, würden wir uns selber einer Attraktion als Christkindlstadt berauben. Heuer geht es ja so recht und schlecht, aber ich glaube, wir sollten heuer

schon daran denken, wie wir das nächste Jahr bewerkstelligen. Das zum Thema Christkindl, es ist nicht alles so schlecht, wie es heute dargestellt wurde, ich bin auch kein Freund des Kitsches, aber man muss zur Kenntnis nehmen, dass vielen Menschen offensichtlich diese Art der Weihnachtsattraktion gefällt und der Ansturm ist nicht gerade klein.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
5000 haben wir.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Ich bin gleich fertig, ich halte niemanden mehr auf. Zum Abschluss, weil das in diesem Abänderungsantrag auch erwähnt wird; die Abbruchkosten für die alte Sporthalle sind ja auf Null reduziert worden. Der junge Kollege von der ÖVP hat ja vor kurzem in einem Printmedium den Vorschlag gemacht, das für Jugendliche zur Verfügung zu stellen und wenn man das jetzt nicht abreißt, dann sollte man diesem Vorschlag vielleicht durchaus näher treten. Ich finde das gar nicht so schlecht, vielleicht kann man da – wenn man eh anderweitig kein Geld hat – inzwischen irgendwelche Einrichtungen, für Skaterfahrer oder so, das ist gar nicht so ein schlechter Vorschlag. Zum Abschluss noch zur Stadtmarketinggeschichte – also, eines ist schon ein bisschen hanebüchen, wenn man zuerst, nach jahrelangen Diskussionen eine Stadtmarketingdirektor einstellt und dann muss man ihm erst in einem Abänderungsantrag ein Budget geben, dann frage ich mich schon, warum hat man das nicht gemacht, oder wollte man das eh überhaupt nicht. Die Sinnhaftigkeit ist mir da ehrlich gesagt nicht ganz klar.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Schau Hans, das eine war ein Beamtenvorschlag und der ist jetzt zuständig für das Stadtmarketing, musst das halt so sehen.
Herr Mayrhofer zum Zweiten bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich führe es dem Sauerstoffmangel und der fortgeschrittenen Stunde zu, dass etwas, was man spricht, ganz anders wiedergegeben wird, darum möchte ich dich, lieber Vizebürgermeister Bremm schon korrigieren. Ich habe nicht verlangt, die städtischen Kindergärten zu privatisieren, auch nicht zu verringern, mein Aufruf ist ergangen, einen Vergleich gegenüber allen anderen Kindergärten herstellen; da brauchen wir nicht nur die Privatkinderergärten in Steyr nehmen, da können wir durchaus auch Kindergärten aus ganz Oberösterreich hernehmen – nicht nur die teuersten aussuchen, sondern wirklich einmal einen flächendeckenden Querschnitt herannehmen – und ich habe aufgezeigt, wenn man über Einsparungen redet, dass es nicht heilige Kühe geben darf, wo man sagt, da gibt es gar nichts zum Einsparen, sondern auch in diesem Bereich wird es mit Sicherheit auch Möglichkeiten geben, einzusparen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir haben aber eingespart.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Also, das wirklich so zu verstehen, wie ich es auch gesagt habe. Produktionsschule, du hast es richtig angesprochen, gerade bei der Produktionsschule wäre die Möglichkeit zu Sparen wirklich da gewesen, nämlich dann, wenn man das von uns vorgeschlagene genommen hätte, dass wir uns wo eingemietet hätten und nicht ums sündteure Geld – aber eh alles nur theoretisch, weil wir warten eh schon ein Jahr, dass die Produktionsschule dort einzieht. Zuerst hat es geheißen, so schnell wie möglich den Antrag durch und ihr verzögert nur, die armen Jugendlichen stehen auf der Straße, aber jetzt gehen sie auch auf vier verschiedene Stellen hin. Genau das was wir gesagt haben, wenn wir helfen, dann sollten wir schnell helfen, wir haben nichts gegen die Produktionsschule, aber wir sprechen uns gegen den Standort aus. Manchmal bekommt man auch im Nachhinein recht. Der Herr Payrleithner hat angesprochen, dass die ÖVP gemeint hat, wir können das Budget durch den Verkauf von Immobilien sanieren. So vermessen sind wir nicht.

Unverständlicher Zwischenruf

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Nein, du kannst das dann im Protokoll nachlesen. Was wir gesagt haben ist, dass das eine

Möglichkeit ist, die zu einer Konsolidierung des Budgets beiträgt. Eines unter vielen und gerade ich habe in meiner ersten Stellungnahme ganz klar hervorgehoben, aus vielen Möglichkeiten zu sparen nehme ich einige wenige heraus und auch das ist eine Möglichkeit. Ich bin sehr neugierig und hoffe, dass diese Liste, die wir bekommen haben, auch vollständiger ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr Mayrhofer, nur einen Satz. Auch der Kindergartenbereich hat den Auftrag für Sparmaßnahmen bekommen, wie jeder andere Bereich auch. Wir haben selbstverständlich Sparmaßnahmen für das Budget vorgenommen, der Herr Mag. Lemmerer kann mir das bestätigen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Wenn wir gut und vernünftig wirtschaften, brauchen wir auch keinen Vergleich scheuen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir scheuen eh keinen.

Frau Mag. Frech zum Zweiten.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Also, ich glaube, es ist als Abschluss schon vielleicht ganz wichtig, die Dimensionen ein bisschen zurechtzurücken. Heute ist seitens der SPÖ-Fraktion sehr viel argumentiert worden, dass Einsparungen vorgenommen werden müssen. Man würde viele Dinge ja gerne machen, aber man kann sie nicht machen, weil die Budgetsituation so trist ist, weil der Bund so böse ist, weil das Land so böse ist usw. – um ihre Worte zu verwenden, Herr Kollege Hackl. Sie haben schon recht, manches hat der Bund verursacht, manches hat das Land verursacht, andererseits gibt es aber viele Dinge, wo wir säumig waren und ich erinnere wiederum an den Rechnungshof, der z. B. im Jahr 2001 festgestellt hat, dass Aufgabenreformen nicht ausreichend durchgeführt wurden, dass Personalkosteneinsparungen nicht ausreichend durchgeführt wurden, ich bin gespannt, wie es beim nächsten Rechnungshofbericht aussieht. Nur um zwei Beispiele herauszunehmen, dass das Geld sehr wohl da ist, diese Behauptung stelle ich in den Raum und die lässt sich auch beweisen. Wenn man etwas haben will, war das Geld in den letzten Jahren immer da und ich will da gar nicht Projekte aus vorigen Jahren heranziehen, sondern noch vor wenigen Monaten, wo ja an sich diese triste Finanzsituation schon absehbar war. Ein Beispiel vor ein paar Monaten, die Eröffnung der Sporthalle, da hat man 37.000,-- Euro zur Verfügung gestellt. Das ist mehr als eine halbe Million Schilling. Jetzt kann man sagen, das war es wert, oder das war es nicht wert. Das will ich gar nicht, aber Faktum ist, 37.000,-- Euro wurden für einen einzigen Tag ausgegeben. Nachhaltigkeit nicht vorhanden. Auf meine Frage, was hat der Eröffnungstag gekostet, wurde mir zumindest vom Ausschuss so geantwortet, 37.000,-- Euro. So, und heute liegt in der Post ein Antrag für den nächsten Stadtsenat, der Andi hat es vorher schon kurz erwähnt, Thema Christkindlwelt. 24.000,-- Euro, jetzt nicht für die Bahn in der Christkindlwelt, Herr Kollege Payrleithner, womit man vielleicht noch argumentieren könnte, weil das wichtig ist, nein, 24.000,-- Euro für Weihnachtsschmuck. Aber nicht einmal für Weihnachtsschmuck, den wir ankaufen, weil das könnte ich ja noch nachvollziehen, touristische Attraktion usw., sondern wir gewähren 24.000,-- Euro Subvention – zumindest im Einvernehmen mit dem Herrn Bürgermeister – als außerordentliche Subvention zur Förderung des Fremdenverkehrs an jemanden, der das Weihnachtsmuseum betreibt. Ohne Nachhaltigkeit; wenn im nächsten Jahr dieses Weihnachtsmuseum dort nicht mehr ist, gibt es trotzdem diese 24.000,-- Euro. Wenn wir wenigstens den Schmuck dafür ankaufen, dann hätte ich vielleicht dafür noch Verständnis, aber 24.000,-- Euro und ich weiß dann gar nicht was im nächsten Jahr ist. Da ist das Geld auf einmal da und dann erklären sie mir, für eine Schulwegsicherung haben wir kein Geld. Nein, das kann es nicht sein.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist heute sehr viel gesagt worden und die Frau Dr. Braunsberger-Lechner hat ja ganz richtig festgestellt, dass man zuerst einmal die Istsituation beleuchten soll, dass man den Schuldenstand natürlich auch immer im Auge haben soll und dass man daraus dann Maßnahmen ableiten soll, die zur Verbesserung der Gesamtsituation führen sollten. Vor wenigen Monaten, bzw. vor einem guten halben Jahr ist bei den Betrachtungen der Zahlen noch nicht ganz so klar herausgekommen, dass eine Entwicklung eintritt, wie sie jetzt eingetreten ist. Das heißt, dass wir vom Bund immer weniger Ertragsanteile bekommen und dass wir an das Land immer mehr zahlen müssen. Diese Situation mit dem Müll z. B., die haben wir natürlich schon vorhersehen

können, da haben wir schon gewusst, diese Bestimmung wird kommen und wir werden ab nächstes Jahr natürlich zahlen müssen. Das Thema Hochwasser ist voriges Jahr hereingekommen, da sind auch immer wieder Mittel notwendig und dass wir natürlich entsprechende Investitionen in der Vergangenheit getätigt haben, ist ja kein Geheimnis. Das alles zusammen hat natürlich zu einer Situation geführt, die wir jetzt vorfinden und ich glaube, dass wir trotzdem sehr pfleglich und sehr sorgsam mit unseren Geldern umgehen und dass wir das natürlich jetzt auch vermehrt und verstärkt machen müssen. Ich glaube, dass der Umgang mit den Geldern der Stadt Steyr sehr gut gemacht wird und dass auch alle Beamten bei diesem Entwurf dazu beigetragen haben, um in allen Bereichen entsprechend einzusparen. Wenn ich zu den Maßnahmen komme, das ist ja schon bei meiner Budgetrede angeklungen, dann werden wir selbstverständlich beim Personal, bei den Betriebsausgaben und bei den Betriebsaufwendungen entsprechend sparen. Beim Personal werden wir natürlich bei jedem Ausscheiden überlegen, besetzen wir diese Stelle überhaupt nach. Wenn wir sie nachbesetzen, werden wir überlegen, können wir sie intern besetzen und wenn beides dann nicht möglich ist, dann wird eben ausgeschrieben; damit die Leistungen, die die Stadt auch verpflichtend durchführen muss, auch für die Steyrer Bevölkerung gewährleistet sein wird. Vielleicht noch ein Wort zum Herrn StR Mayrhofer, weil er gesagt hat, es darf bei bestimmten Themen natürlich keine heiligen Kühe geben. Da gebe ich ihnen natürlich auch vollkommen Recht, es darf keine geben und wir werden allen Themen diskutieren und wir werden genauso auch bei den Sozialleistungen über Themen reden, wo vielleicht der eine oder andere glauben mag, das ist eine heilige Kuh. Zu den Themen, die von den Grünen angesprochen worden sind und die speziell der GR Kupfer gebracht hat, wo er gesagt hat, die Aufkündigung des Verhältnisses. Das ist natürlich nicht so, das ist absolut nicht in meiner Absicht, dass ich mit euch irgendein Verhältnis aufkündigen möchte, sondern ganz im Gegenteil, wir bemühen uns, und das war für mich auch bei den Budgetverhandlungen wiedererkennbar, dass es sehr viele Gemeinsamkeiten gegeben hat und wir haben auch einige Forderungen, die von euch an uns gestellt worden sind, auch schon in unserer Forderung drinnen gehabt und es waren nur ganz wenige Punkte und eines davon war für mich das Programm kino. Das Programm kino war für mich eine Forderung, wo ich gesagt habe, wenn wir dieser Forderung heuer zustimmen, dann werden wir nächstes Jahr die selbe Forderung – wieder diese 30.000,- Euro – wieder bei uns im Budget finden. Wenn wir es dann heraus streichen, werden wir wahrscheinlich ein Riesenproblem haben. Also, diese zusätzliche Einrichtung Programm kino, die mir in diesem Umfang überhaupt noch nicht bekannt war, das muss ich auch sagen, vielleicht haben mich auch irgendwelche Leute auch nicht richtig informiert, aber Tatsache ist, dass das für uns eine neue kulturelle Aktivität wäre, die uns langfristig in den nächsten Jahren Geld kosten würde. Weil du gesagt hast, Kurt Apfelthaler, das Zehnfache haben wir ausgegeben, so ist das nicht. Wir haben eure Forderungen, wie ich schon erwähnt habe, natürlich ernst genommen, wir haben einige dieser Forderungen übernommen und haben dann gesagt, bei diesen einzelnen Punkten – das waren dann in Summe nicht nur die 30.000,- Euro, sondern 75.000,- Euro um die es gegangen ist – können wir nicht mehr mit. Da hat es dann eben diese Vereinbarung mit der ÖVP gegeben, wo ich froh bin, dass es heute in dieser Form zustande kommt, dass heute ein Budget beschlossen wird, das nicht nur mit den Stimmen der SPÖ, sondern auch mit der ÖVP und der FPÖ heute beschlossen wird. Das muss ich natürlich schon mit einer gewissen Zufriedenheit und Genugtuung sagen, wenn heute ein Budget beschlossen wird, das von so einer breiten Mehrheit hier im Gemeinderat getragen wird, dann ist das ein gutes Ergebnis. Dann haben auch viele eingesehen, dass wir in Situation sind, wo wir eben sparen müssen und dass hier auch sinnvoll gespart wird, das haben wir mit diesem Abänderungsantrag auch zu beweisen versucht und ich glaube, das ist auch gelungen. Ich ersuche jetzt, über dieses Budget für das nächste Jahr zu beschließen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Hauptantrag in Form des gemeinsamen Abänderungsantrages. Man kann ja sagen, SPÖ und ÖVP haben ja unterschrieben.

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich habe keinen unterschriebenen da, darum frage ich.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Macht ja nichts. Aber ihr seid damit einverstanden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wer dafür stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP und FPÖ. Wer ist gegen das Budget? 4 (3 GAL, 1 Frech). Stimmenthaltungen? Keine. Das Budget wurde mit Mehrheit

angenommen.

Ich danke dem Bürgermeister und Finanzreferenten für das Schlusswort und überbe ihm den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So, wir sind jetzt bei der aktuellen Stunde. Gibt es eine Wortmeldung der SPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Nein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

ÖVP?

GEMEINDERÄTIN DR. BRAUNSBERGER-LECHNER BIRGITTA:

Nein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

GRÜNE?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Nein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

FPÖ?

Unverständlicher Zwischenruf

Gelächter

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bürgerforum Frech?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Herr Bürgermeister, ich hätte nur eine Frage. Sie haben im Laufe der Sitzung erwähnt, dass eine Reihe von Erinnerungen hereingekommen wären. Sind diese Erinnerungen verlesen worden?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein, das habe ich aber in meiner Rede schon erwähnt, dass diese Themen behandelt werden und laut Statut ist das genau so vorgesehen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Kann man erfahren, was in diesen Erinnerungen steht?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Es ist genau um dieses Thema gegangen, um die Kreuzschwestern, um die Kindergärten und das habe ich auch gesagt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Früher war es üblich, dass eine Erinnerung auch verlesen worden ist, damit man weiß,

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das ist in der Anfragebeantwortung der Kollegin Vizebgm. Mach alles drinnen gewesen.

Damit ist die heutige Sitzung geschlossen.

ENDE DER SITZUNG: 16.40 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Ing. David Forstenlechner

DIE PROTOKOLLFÜHRER:
OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

DIE PROTOKOLLPRÜFER:
GR Gerald Hackl, GR Roman Eichhübl